„Krim-Krise"?
„Ukraïne-Krise"?

Text-Auswahl zum nicht erklärten Krieg der Regierung Russlands

1. Teil

bis März 2014

Zankapfel Ukraine: Europäische versus Eurasische Union


Foto: snamess (CC BY 2.0)

von Kai Ehlers

Die Proteste gegen die ukrainische Regierung spitzen sich zu: Am 19. Januar versammelten sich erneut mehr als 100 000 Demonstranten auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz, um gegen Wiktor Janukowitsch zu protestieren – und gegen dessen Abkehr von einer engeren Zusammenarbeit mit der Europäischen Union. Dabei kam es erstmals im Laufe der seit Monaten anhaltenden Proteste zu größeren gewaltsamen Zusammenstößen zwischen militanten Demonstranten und den Sicherheitskräften.

Hier zeigte sich: Obwohl die Demonstrierenden darin einig sind, gegen wen sie protestieren, kann von einer gemeinsame Idee für die Zukunft der Ukraine keine Rede sein. Denn neben den beiden liberalen Parteien, der Ukrainischen Demokratischen Allianz für Reformen unter Vitali Klitschko und der Vaterlandspartei der ehemaligen Regierungschefin Julia Timoschenko, beteiligt sich auch die rechtsradikale Swoboda an den Protesten. Deren Anhänger vor allem sind für die jüngsten gewaltsamen Ausschreitungen verantwortlich. Ob diese drei Parteien bis zu den nächsten Wahlen, die voraussichtlich im Jahr 2015 stattfinden werden, tatsächlich eine gemeinsame Strategie für die Ukraine entwickeln können, ist daher mehr als fraglich. Ganz zu schweigen davon, was das für das Land bedeuten würde.

Völlige Einigkeit schien dagegen am Jahresende 2013 in Moskau zu herrschen – beim Treffen zwischen Janukowitsch und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, die sich gegenseitig in bester Laune zuzwinkerten. Offenbar haben die beiden etwas vereinbart, was außerhalb der üblichen Spielregeln heutiger Politik liegt – jedenfalls außerhalb dessen, was von den Vertretern und Vertreterinnen der westlichen Wertegemeinschaft für möglich gehalten wurde: Mit einem Handschlag wurde die Ukraine aus der Schuldenfalle befreit, in die sie nach der Eigenständigkeit 1991 geraten war. Russland bot 15 Mrd. US-Dollar, angeblich ohne Bedingung, eine Reduzierung der Gaspreise um ein Drittel, Glättung der ins Stocken geratenen Handelsbeziehungen zwischen Russland und der Ukraine, Erörterungen von besseren Eingliederungsbedingungen für in Russland lebende Gastarbeiter und noch ein paar Zugaben am Rande. Kurzum: Russland bot ein Hilfspaket, das die gegenwärtig wichtigsten ukrainischen Probleme zu lösen imstande ist.

Dagegen waren die Modernisierungsperspektiven, welche die Europäische Union der Ukraine in Aussicht stellte, wenn diese die Reformbedingungen des Assoziierungsabkommens erfüllte, eher eine Belastung als eine Stütze – trotz der 650 Mio. Euro Soforthilfe. Denn hinzu kämen die absehbaren Folgen einer EU-Assoziierung, in deren Zuge der Ukraine, wie zuvor anderen Randzonen der EU, die Reduzierung auf einen offenen Absatzmarkt für EU-Güter und die Verwandlung in ein Billiglohnland der EU droht.

Das ukrainische Dilemma

Natürlich kann auch die russische Hilfsaktion die Probleme des Landes auf Dauer nicht lösen. Und selbstverständlich erfolgte auch sie nicht ohne Gegenleistung, im Gegenteil: Es existieren klare

Bedingungen zwischen Russland und der Ukraine, ob sie denn explizit benannt werden oder nicht. So ließ Putin keinen Zweifel daran, dass die Vergabe des Kredites den Kriterien der internationalen Finanzgepflogenheiten entspricht: Die Zahlungen müssten mit Zinsen bedient und daher gegebenenfalls wieder mit neuen Krediten finanziert werden.

Und auch wenn Präsident Putin versichert, von einem Beitritt der Ukraine zur Eurasischen Zollunion sei in Moskau nicht die Rede gewesen, so ist doch klar, dass mit dem aktuellen Hilfspaket das eigentliche Dilemma des Landes nicht gelöst ist: Die Ukraine bleibt zwischen Europäischer und Eurasischer Union gefangen. Darüber hinaus, und das überschattet alles andere, sind Europäische und Eurasische Union inzwischen in ein Stadium ihrer Entwicklung geraten, das die Frage nach einem prinzipiellen Wechsel des Politikstils zwingend auf die Tagesordnung setzt – wenn denn die Geschichte sich nicht wiederholen soll, sprich: die Ukraine nicht erneut zur Kolonie oder zum Aufmarschgebiet konkurrierender imperialer Mächte werden soll.

Schauen wir nur zurück auf das Jahr 2008: Bis dahin war die Auflösung der Systemkonkurrenz nach 1989/90 über mehrere Stufen scheinbar unaufhaltsam in die Nato- und EU-Ost-Erweiterung übergegangen, begleitet von der Entwicklung der sogenannten Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP). Deren Nachbarschaftsverständnis erstreckte sich über sämtliche Nachfolgestaaten der Sowjetunion, ausgehend von Weißrussland über die Ukraine, den Kaukasus bis nach Kasachstan. Proteste Russlands dagegen blieben erfolglos, unter anderem der denkwürdige Auftritt Wladimir Putins auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007, bei dem er den Hegemonialanspruch der USA als „einziger Weltmacht“ in Frage stellte und für eine multipolare Weltordnung eintrat. Der russische Präsident fand jedoch keine Zustimmung, sondern wurde vielmehr als Störenfried stigmatisiert.

Katerstimmung in der EU

Erst der Einmarsch Russlands in Georgien 2008 setzte der weiteren Einkreisung des Landes ein unmissverständliches „Njet“ entgegen. Daraus folgte eine Wende in den Beziehungen zwischen Russland und den atlantischen Verbündeten: EU und Nato stoppten die offene Erweiterungspolitik, die ENP wurde in eine „Neue Ostpolitik“ überführt und die USA zogen sich aus ihrem europäischen Engagement zurück, um sich stärker auf Asien zu konzentrieren. Als „östliche Partnerschaft“ verfolgt die „Neue Ostpolitik“ seitdem nicht mehr den Beitritt, sondern die „Anbindung“ der „unmittelbaren Nachbarn“ durch langfristige Einbeziehung in eine von der EU ausgehende Freihandelszone, um „die politische Assoziierung und die wirtschaftliche Integration“ mit diesen Staaten voranzubringen.

Als „unmittelbare Nachbarn“ werden dabei aber nach wie vor nicht nur Weißrussland, Moldau und die Ukraine, sondern auch Georgien, Aserbaidschan und Armenien verstanden. Nach dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens zur EU, hieß es zu Begründung, seien auch diese Länder über das Schwarze Meer als engere Nachbarn anzusehen.

Seit dem EU-Gipfel im Mai 2009 laufen die sogenannten Assoziierungsverhandlungen mit den genannten Staaten. Der Abschluss eines Vertrages mit der Ukraine auf dem 3. Gipfel der „Östlichen Partnerschaft“ in Vilnius Ende 2013 war als Krönung dieser Politik gedacht, nachdem mit Georgien bereits zuvor eine Einigung erzielt worden war. Mit dem Vertrag sollte die weichenstellende Entscheidung der Ukraine in Richtung Westen besiegelt und damit auch die zögernden Regierungen von Armenien, Aserbaidschan, Moldawien und Weißrussland mitgezogen werden. Mit dem Rückzug der Ukraine aus der geplanten Unterzeichnung des Vertrages sind diese Pläne erst einmal gebremst. In der EU herrscht Verwirrung und Katerstimmung; ihre Ostpolitik muss nun neu ausgerichtet werden.

Putins »eurasischer Integrationsknoten«

Ergebnis des georgischen Krieges war aber auch die Besinnung Russlands auf seine historische Rolle als „eurasischer Integrationsknoten". Diese Orientierung hatte Putin bereits bei seinem Amtsantritt 2000 als Russlands notwendige Perspektive vorgegeben. Anders als gemeinhin berichtet, war es jedoch nicht Putin, der neun Jahre später die „Eurasische Union" als Erster ausrief, sondern der kasachische Präsident Nasarbajew. Putin griff dessen Initiative allerdings auf. Seinen Vorstellungen zufolge soll die Eurasische Union dem Modell der Europäischen Union folgen, aber deren Fehler vermeiden. Eine Wirtschaftsunion zwischen Kasachstan, Russland und Weißrussland bildete die Ausgangsbasis. Für 2015 ist die Gründung der politischen Union geplant. Tadschikistan ist bereits zum Beitritt bereit; Kirgisien könnte folgen. Die übrigen zentralasiatischen Staaten stehen ebenso im Fokus wie die Ukraine und die kaukasischen Staaten. Schnelle Erweiterungen, wie sie die EU in die Krise getrieben haben, sollen jedoch vermieden werden.

In Brüssel wird die Eurasische Union bisher unterschiedlich bewertet. Einerseits wird sie als möglicher Garant der Stabilität begrüßt, zudem auch als mögliches Bollwerk gegen China sowie gegen den wachsenden Einfluss der „Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit" (SOZ). Andererseits wird sie aber auch als Produkt Putinscher Großmannssucht kritisiert und durch vermehrte Einflussnahme auf die Staaten der eurasischen Integrationszonen zu hintertreiben versucht. Das gilt insbesondere für die EU-Politik gegenüber der Ukraine, dem nachgeordnet auch für Weißrussland sowie für die kaukasischen und zentralasiatischen Staaten.

Letztlich sind EU und USA – ungeachtet ihrer seit 2008 geänderten Arbeitsteilung – nach wie vor bestrebt, den russischen Einfluss einzudämmen. Anders als während der Phase der Nato- und EU-Erweiterungen zielt ihre jüngere Kaukasus- und Zentralasienpolitik jedoch nicht mehr auf offene Konfrontation – wenn man von der Raketenstationierung vor den Grenzen Russlands einmal absieht. Diese Politik konterkariert die vordergründige Zurückhaltung. Offensichtlich wurde im atlantischen Bündnis in den Jahren nach 2008 noch keine Einigkeit erzielt, wie mit dem Aufkommen der Eurasischen Union strategisch umzugehen ist. Angesichts der Verschiebung des globalen Machtzentrums von Westen nach Osten Richtung China schlägt der Altstratege Zbigniew Brzezinski vor, Russland nicht länger aus dem atlantischen Lager auszugrenzen, sondern einzubeziehen.

Die Eurasische Union auf der Zielgeraden

Ungeachtet dieser Widersprüche im atlantischen Lager nimmt die Idee der Eurasischen Union immer deutlichere Formen an: Bereits 2011 ist es zu einer Zollunion zwischen Russland, Kasachstan und Weißrussland gekommen. Mittlerweile gibt es eine gemeinsame Wirtschaftskommission mit Sitz in Moskau, für die mehr als 1000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig sind. In Russland werden bereits Stimmen laut, die nicht nur Tadschikistan und andere zentralasiatische Länder, sondern auch die kaukasischen Staaten in die Union einbeziehen möchten. Sogar Indien und die Türkei zeigen sich interessiert an einer Kooperation. Kurzum: Die Eurasische Union ist dabei, zu einem neuen Faktor der internationalen Politik zu werden. Darüber sollten auch die internen Streitigkeiten beispielsweise um Abstimmungsverfahren nicht hinwegtäuschen. Dabei handelt es sich, wie aus der Geschichte der EU hinreichend bekannt, lediglich um Wachstumskrankheiten.

Inzwischen unterzeichneten nicht nur Russland, Kasachstan und Weißrussland, sondern auch Tadschikistan, Armenien, Moldawien und die Ukraine ein Abkommen für die Bildung einer eurasischen Freihandelszone. Gewiss, im Falle der zuletzt Genannten sind dies noch keine Verträge, sondern bloß Absichtserklärungen. Dennoch treten dabei deutlich genug die kritischen Überschneidungen zwischen den Einflusszonen der West- und der Ost-Union zu Tage.[1]

Hier zeigt sich, dass Putins „Geschenk“ an die Ukraine zwar kurzfristig deren finanzielles Problem beseitigt; grundsätzlich und langfristig können finanzielle Transaktionen die Lage der Ukraine als geschichtlich stets umstrittenes Grenzland jedoch nicht lösen. „Ukraine“ der Name ist beredt: Er bedeutet wörtlich „an der Grenze“. Tatsächlich ist die Ukraine nach wie vor ein Puffer, ein Raum, der von beiden Seiten als potentielles Einflussgebiet verstanden wird. Und solange sich die westliche und die östliche Freihandelszone weiterhin als Konkurrenten begegnen, die sich gegenseitig mit den besseren Kapitalisierungsstrategien ausstechen wollen, wird es auch dabei bleiben. Letztlich sind die aktuellen Vorgänge in der Ukraine somit nur der schärfste Ausdruck der Probleme im umstrittenen Integrationsraum zwischen Europäischer und Eurasischer Union. Eine fortgesetzte Lagerbildung kann diese Schwierigkeiten nur verschärfen. Aus diesem Grund muss die Ukraine selbst über ihre Zukunft entscheiden können.

Mit der Forderung nach einer selbstbestimmten Politik, so viel ist klar, betreten wir den Raum einer anderen als einer bloß taktischen oder nur verbalen Wende. Es ist der Raum, in dem kooperative Solidarität statt imperiale Blockbildung als Grundkonsens persönlichen und gesellschaftlichen Zusammenlebens gilt. Doch von einer solchen Perspektive ist die heutige EU-Politik ebenso weit entfernt wie die Moskauer Vertragspartner Putin und Janukowitsch.

---

[1] Über die Folgen der nachsowjetischen Wandlungen vgl. auch www.kai-ehlers.de.

(aus: »Blätter« 2/2014, Seite 25-28)

TELEPOLIS

Die wirtschaftliche Lage in der Ukraine

Heiner Flassbeck *26.02.2014*

Wird die Ukraine zum nächsten Kandidaten für eine gescheiterte Revolution?

Was man jetzt schon klar sehen kann: Die Ukraine wird zum nächsten Kandidaten für eine gescheiterte Revolution, weil der Westen jeder neuen Regierung als Gegenleistung für Kredite Bedingungen auferlegt, die den Sinn der Revolution sofort zunichte machen. Tunesien und Ägypten lassen grüßen.

Wie die Nachdenkseiten es gestern ausgedrückt[1] haben: Die Hilfsangebote des Westens müssen als echte Bedrohung für die Ziele der Menschen angesehen werden, die für eine bessere und freiere Gesellschaft auf die Straße gegangen sind.

Die Ukraine ist in einer vergleichbaren Lage wie die osteuropäischen Länder Bulgarien und Rumänien, die wir hier[2] (der gesamte Artikel nur im Abonnement) vor Kurzem analysiert haben. Wachstum gibt es nach einer kurzen Erholung unmittelbar nach der Finanzkrise nicht mehr, weil der Konsum, auf den sich das Wachstum bis dahin gestützt hat, nicht mehr expandieren kann. Man versucht nämlich, Lohnsteigerungen zu verhindern, weil die internationale Wettbewerbsfähigkeit akut gefährdet ist.

Allerdings ist die Situation in der Ukraine noch dramatischer als in Bulgarien und Rumänien, denn das Land weist auch aktuell noch ein riesiges Leistungsbilanzdefizit auf (über sieben Prozent vom BIP, vgl. Abbildung 1). Das bedeutet, dass die Ukraine einen hohen Bedarf an Finanzierung über die Kapitalmärkte hat.



Abbildung 1

Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds lag die Zunahme des (realen) privaten Konsums noch 2011 und 2012 im zweistelligen Bereich (über 15 Prozent Zunahme im Jahr 2011). Erst 2013 kam es hier zu einem deutlichen Dämpfer. Die Exporte sind schon 2011 eingebrochen und das gesamte Wachstum kam ab 2012 zum Erliegen.

Das ist der typische Fall eines Landes, das versucht hat, seine Transformation in eine Marktwirtschaft auf der Basis von heimischen Nachfrage- und Lohnsteigerungen (die in einem sehr armen Land natürlich heiß ersehnt werden) zu vollziehen und immer wieder an Grenzen stößt, weil die Inflation erheblich zulegt (vgl. Abbildung 2). Solche Länder scheitern dann regelmäßig an der Leistungsbilanzschranke.



Abbildung 2: Inflation Ukraine

Die zweimalige massive Beschleunigung der Inflation Ende der neunziger Jahre und in den Jahren vor der Finanzkrise zeigt, dass das Land immer auf Messers Schneide geritten ist. Solch eine Entwicklung wäre nur verkraftbar, wenn die heimische Währung konsequent und unmittelbar die sich dadurch ergebenden Inflationsdifferenzen zu den Handelspartnern mit entsprechenden Abwertungen quittieren würde. Das ist aber regelmäßig nicht der Fall, weil auf den Finanzmärkten mit den Währungen solcher Länder spekuliert wird (vgl. Abbildung 3).

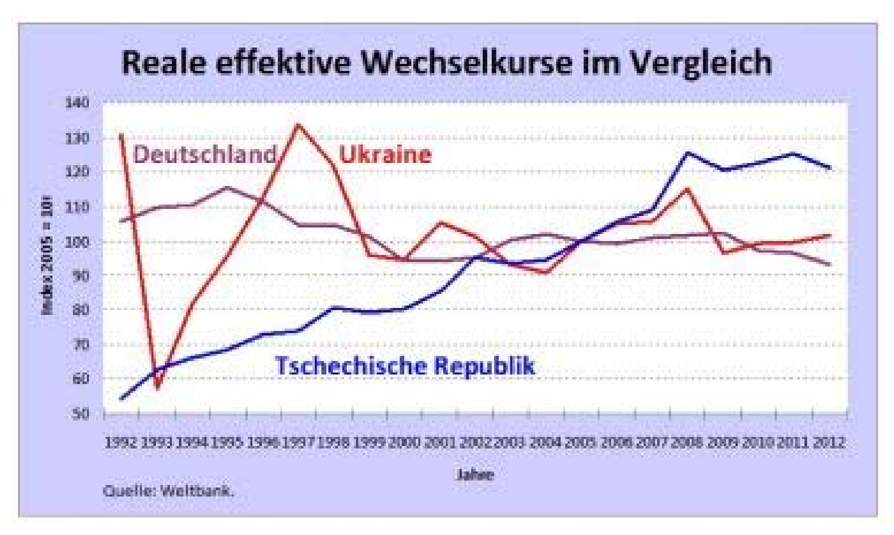


Abbildung 3: REER Ukraine

Auch die Ukraine war ein Opfer der carry trader, durch deren Finanzgeschäfte dem Land kurzfristiges Geld zufließt dank der hohen Zinsen, die in einem solchen Land wegen der relativ hohen Inflation herrschen. Folglich wird die Währung solcher Länder sogar gegen jede Vernunft auf- und nicht abgewertet. Das führt schließlich zu einer Überbewertung und einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit, der nicht mehr ausgeglichen werden kann außer durch eine starke Abwertung.

Hier kommt die Politik ins Spiel, die regelmäßig solche Abwertungen zu verhindern versucht und stattdessen auch unhaltbare Wechselkurse verteidigen möchte. Abwertungen sind natürlich unpopulär, weil entweder viele heimische Unternehmen und Privatpersonen in ausländischer Währung verschuldet sind und/oder weil - ganz banal - Importe teurer werden, an die sich die Konsumenten gerade gewöhnt haben oder die - wie Öl und Gas - sogar lebensnotwendig sind.

Die Ukraine hat, wie die Abbildung 3 zum realen effektiven Wechselkurs (also der Veränderung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Rest der Welt) zeigt, im Jahr 2008 zum letzten Mal deutlich abgewertet, nachdem sie zwischen 2004 und 2008 erheblich aufgewertet hatte. Das war nach den Vermutungen einiger Beobachter (so Spiegel-Online[3]) einer der Gründe für den Wahlverlust von Julija Timoschenko 2010. Weil man aber um das Problem der Wettbewerbsfähigkeit weiß, wird Druck auf die Löhne ausgeübt, was dann auch die heimische Nachfrage zum Stillstand bringt und die gesamte Wirtschaft in eine unlösbare Situation manövriert.

Die jetzige Krise wird vermutlich mit einer kräftigen Abwertung enden, weil es keine funktionsfähige Regierung und Zentralbank gibt, die dagegenhalten könnten. In der Tat hat die Hrywnia schon erheblich nachgegeben, fast auf den Tiefstand von 2008. Wie immer in solchen Fällen löst selbst eine starke Abwertung die Finanzierungsprobleme kurzfristig nicht, weswegen das Land beim IWF vorstellig werden muss, da es ohne IWF-Programm normalerweise von keinem anderen westlichen Land Kredite bekommt. Damit ist dann auch das "Revolutionsprogramm" in den Händen des IWF, denn der vergibt keine Kredite ohne harte neoliberale Auflagen (die berühmte conditionality).



Zentralbank in Kiew. Bild[1]: Max/CC-BY-SA-3.0[2]

Einen Vorgeschmack dazu liefert der jüngste Bericht des IWF zur Lage in den osteuropäischen Ländern. Da "findet der IWF heraus", dass zum starken Anstieg der Arbeitslosigkeit in den meisten Ländern im Zuge der Finanzkrise "schwaches Wachstum" besonders stark beigetragen habe. Aber wie fast immer in solchen Fällen kommt der IWF zu dem Ergebnis: "Labor market rigidities may also have played a role. In cutting the wage bill, there is a trade-off between a reduction in wages and in employment - the more wages adjust, the less employment has to. It is likely that poorly functioning labor markets will see relatively large adjustments of employment rather than wages" (Seite 19). Das ist falsch und wieder die alte neoklassische Sichtweise, nach der flexible Löhne jeden Einbruch der Beschäftigung abfedern können. Diese Sichtweise hat der IWF, wie wir in einem anderen Fall gezeigt haben (vollständig nur im Abonnement), zwar schon selbst infrage gestellt, doch ist das in Washington anscheinend noch nicht angekommen.

Würde man stattdessen den Ländern helfen kontrolliert abzuwerten, um ihren Export zu beleben und (unnötige) Importe zurückzudrängen, hätte die neue Regierung eine Chance, mittelfristig die Wirtschaft zu beleben und das Land zu stabilisieren. Bis die Abwertung greift, sollte man dem Land Überbrückungskredite geben, die nicht mit neoliberalen Auflagen verbunden sind. Die Währung muss auf einem niedrigeren Niveau stabilisiert werden, auch hier braucht man Hilfe des Westens (der jederzeit durch Ankauf der ukrainischen Währung mit eigener Währung eine Aufwertung seiner Währungen gegenüber der Hrywnia verhindern kann), damit nicht erneut Spekulationswellen über das Land hereinbrechen. Darüber hinaus muss auch hier eine Lohnpolitik installiert werden, die bei der Stabilisierung der Preissteigerungsraten hilft und die den Menschen eine Perspektive zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen gibt.

Wenn man aber unter Führung der westlichen Geldgeber das Land mit neoliberalen Reformen überzieht, werden sich auch die Verhältnisse zu Russland sehr schwierig gestalten, da Russland - zu Recht oder zu Unrecht ist eine andere Frage - darauf beharren wird, dass die Ukraine wegen der gemeinsamen Geschichte und der sich (besonders auf der Krim) überschneidenden Bevölkerungsanteile nicht vollkommen losgelöst von Russland betrachtet werden kann.

Aber all das und die Schuld des Westens (der Finanzmärkte) beim Entstehen der unhaltbaren Situation werden wieder praktisch nirgends diskutiert. Jeder westliche Politiker kommt sich jetzt wichtig vor und wedelt mit Milliardensummen, ohne zu sagen, dass er bereit wäre, für die systemischen Reformen der Weltwirtschaft (eine globale Währungsordnung) in die Bresche zu springen, die für die Ukraine noch mehr als für die anderen osteuropäischen Länder lebensnotwendig ist.

Der Text von Heiner Flassbeck wurde mit freundlicher Genehmigung der Website flassbeck-economics[4] entnommen, auf der kritische Analysen und Kommentare zu Wirtschaft und Politik zu finden sind.

Anhang

Links

[1] http://www.nachdenkseiten.de/?p=20862

[1] http://commons.wikimedia.org/wiki/File:National_Bank_of_Ukraine_at_night.JPG?uselang=de

[2] http://www.flassbeck-economics.de/abo-previewbulgarien-und-rumaenien-zwei-weitere-laender-auf-der-verliererstrasse-und-die-folgen/

[2] http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de

[3] http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/ukraine-in-der-wirtschaftskrise-schulden-und-korruption-a-955263.html

[4] http://www.flassbeck-economics.de/sigmar-gabriel-und-die-abenomics/

Putins Gewaltpolitik und die deutsche Abwendung vom Westen

7. April 2014

Der zweite Akt der Invasion der Ukraine hat begonnen. Von Moskau und von Drahtziehern des ehemaligen Janukowitsch-Regimes eingeschleuste und bezahlte (und demnächst wohl bewaffnete) Sturmtruppen und Schlägerbanden, die Stalin und Putin hochleben lassen, zetteln in der Ost-Ukraine systematisch Unruhen an, um dem Kreml den Vorwand zu liefern, weitere Teile des Landes zu erobern und zu annektieren.

Die deutsche Außenpolitik, die alles daran gesetzt hat, den Westen von entschiedenen Gegenmaßnahmen gegen die russische Aggression abzubringen, um den Gewaltherrscher im Kreml gnädig zu stimmen, steht jetzt vor den Scherben ihrer so groß angepriesenen „Vermittlungsbemühungen“. Auch diese weitere Zuspitzung der Entwicklung wird sie aber vermutlich kaum davon abbringen, an ihrer leisetreterischen Politik gegenüber dem russischen Autokraten festzuhalten.

Eher sieht es danach aus, dass Deutschland vom westlichen Bündnis abrücken wird, als sich der – im Zeichen einer völkischen Ideologie vom Großrussentums vorangetriebenen – Aggression endlich wirksam entgegenzustellen. Eine Mehrheit der Deutschen befürwortet diese Abkehr von einer festen Verankerung im Westen laut einer jüngsten Umfrage des „Deutschlandtrends“ jedenfalls bereits. Lavierende “Zurückhaltung” angesichts eines massiven Angriffs auf die europäische Friedensordnung durch eine autoritäre, expansive Macht und Abwendung von der Westintegration, der Nachkriegs-Deutschland Freiheit und Wohlstand zu verdanken hat – das ist wahrlich ein stolzes Resultat von 60 Jahren vermeintlicher deutscher Anstrengungen, „Lehren aus der Geschichte“ zu ziehen!

Auf die offene Gewaltanwendung folgte die Erpressung, und nun wieder die Gewalt. Wladimir Putin und sein Außenminister Lawrow erklärten noch vergangene Woche, sie planten keine weiteren militärischen Aktionen gegen die Ukraine. Dafür forderten sie im Ton eines Ultimatums, die Ukraine müsse zu einer lockeren „Föderation“ umgebaut werden, in der die Interessen jener Teile der ukrainischen Bevölkerung „geschützt“ seien, die von Moskau als „Russen“ definiert und als der Protektion durch den Kreml bedürftig beansprucht werden. Zudem müsse sich die Ukraine verpflichten, nicht der Nato beizutreten.

Moskaus will die Zerstückelung der Ukraine erpressen

Mit anderen Worten: Russland verzichtet auf weitergehende militärische Aggression nur, wenn der Westen ihm freiwillig zugesteht, was es sich sonst gewaltsam holen würde. Der Westen soll zustimmen, dass die Ukraine zergliedert und große Teile des Landes unter die Kontrolle Moskaus gestellt werden. Die verbliebene Restukraine aber soll auf ihre Souveränitätsrechte – zu denen auch die Freiheit gehört, seine Bündniszugehörigkeiten selbst zu wählen -, verzichten, so weit sie dem Kreml nicht in den Kram passen.

Nachdem Russland zudem angeblich einen Teilabzug der an der ukrainischen Grenze massierten russischen Truppen angekündigt hatte, reagierten die westlichen Staatenlenker erst einmal erleichtert. Denn man hat die Gewaltlogik bis zu einem gewissen Grad bereits akzeptiert: Wenn der Aggressor seine Beute behält, weitere Raubzüge jedoch fürs erste unterlässt, wertet man das als „Entspannungssignal“ (so Deutschlands Außenminister Frank-Walter Steinmeier). Man gibt damit zu erkennen, dass man sich mit der Annexion der Krim abgefunden hat, und, da man sich davor fürchtet, weiteren Expansionsfeldzügen Moskaus wirksam entgegenzutreten, händeringend darauf hoffen muss, Putin werde von sich aus davon absehen.

Die Absicht der USA und Großbritanniens, Nato-Truppen in die östlichen Mitgliedsstaaten des Bündnisses zu verlegen, um ein Zeichen zu setzen, dass die westliche Allianz zumindest diese im Ernstfall zu verteidigen bereit wäre, sind von Deutschland erfolgreich hintertrieben worden. Unverdrossen folgt Berlin der Logik, der Aggressor dürfe unter keinen Umständen „provoziert“ und die Situation nicht weiter „eskaliert“ werden. Deshalb stellt es sich auch westlichen Absichten entgegen, der Ukraine (wie auch Georgien) die Nato-Mitgliedschaft in Aussicht zu stellen.

Dumm nur, dass von einem russischen Truppenrückzug in Wirklichkeit überhaupt keine Rede sein kann. Offensichtlich handelte es sich bei dessen Ankündigung um eine Finte, die Putin der deutschen Bundeskanzlerin in einem ihrer häufigen Telefonate aufgetischt hat, mit denen Angela Merkel „den Gesprächsfaden nicht abreißen lassen“ will. Die scheinbare Geste des Einlenkens war wohl als eine Art Zuckerl gedacht, um das von Wunschdenken in Putins guten Willen erfüllte Deutschland darin zu bestärken, entschiedene Schritte der Nato zu torpedieren.

Steinmeier steuert die deutsche Politik auf Äquidistanz

Dass die Nato übrigens überhaupt über eine Entsendung von Truppen ins Baltikum und nach Polen diskutieren muss, liegt daran, dass sie bei der Aufnahme der osteuropäischen Staaten ins Bündnis darauf verzichtet hatte, dort Streitkräfte zu stationieren – um Moskau deutlich zu machen, dass sich die Nato-Osterweiterung keinesfalls gegen Russland richtete. So viel zu der hierzulande von allen Seiten verbreiteten Legende, Russland sei vom westlichen Verteidigungsbündnis „eingekreist“ und bedroht worden (vgl. hier).

Da er bei der Einverleibung der Krim auf keinen ernst zu nehmenden westlichen Widerstand gestoßen ist, behält sich Putin vor, zu jedem ihm genehmen Zeitpunkt auch in die Ost-Ukraine einzufallen. In dieser Position kann er getrost darauf warten, dass unter dem Dauerdruck der Gewaltandrohung bzw. –anwendung der ohnehin halbherzige westliche Widerstandswille gegen die russischen Ansprüche ganz erschlaffen und der Westen die ukrainische Regierung dazu drängen wird, diesen um des lieben Friedens Willen nachzugeben.

Die Chancen dafür stehen für Putin nicht schlecht. Schon spricht Steinmeier davon, dass man bei der Aushandlung des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine womöglich zu „einseitig“ gehandelt und zu wenig Rücksicht auf russische Interessen genommen habe. Man dürfe die Ukraine und andere nach Westen strebende Staaten in der russischen „Einflusszone“ nicht vor eine „Entweder-Oder-Entscheidung“ für die EU oder die von Russland geplante „Eurasische Union“ stellen. Als habe die EU dies in Wirklichkeit jemals

getan, und als ob es nicht im Gegenteil Moskau wäre, das mit Drohungen, Erpressungen und Subversion seine Nachbarstaaten daran zu hindern versucht, sich der EU anzunähern, weil es sie statt dessen in das Zwangskorsett russischer Vorherrschaft zwingen will.

Nach und nach steuert Steinmeier die Bundesregierung so in eine Politik der Äquidistanz, die der völkischen Ideologie, die hinter Putins Ankündigung steckt, die „russische Welt" „wiedervereinigen" zu wollen, eine mit dem Streben einer unabhängigen Nation wie der Ukraine nach Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gleichwertige Legitimität zugestehen will.

Der selektive deutsche "Antifaschismus"

Räumt man Putin aber erst einmal das Recht ein, unabhängigen Nationen wie der Ukraine unter der Vorgabe, zur „Schutzmacht" für alle „Russen" außerhalb der russischen Grenzen berufen zu sein, ihre Staatsform vorzuschreiben, gibt man ihm einen Blankoscheck, diese Methode der Expansion auch in anderen Nachbarländern anzuwenden. Dies scheint jedoch den vielstimmigen, lagerübergreifenden Chor der angeblichen Russlandverstehern nicht zu bekümmern, die mit ignoranten historischen Scheinargumenten anzuzweifeln versuchen, dass die Ukraine überhaupt ein Recht auf staatliche Unabhängigkeit besitze.

Das sei doch gar keine richtige Nation, urteilt Oberweltstratege Helmut Schmidt über die Ukraine, und von deutschen Riesen-Weltstaatsmännern außer Dienst wie Klaus von Dohnanyi müssen sich Ukrainer in Talkshows darüber belehren lassen, sie könnten „sich nicht einfach aus einer Einflusszone herauslösen." Was man im Falle Ostdeutschland und Osteuropas 1989/90 noch als Sieg des Freiheitswillens freier Völker feierte, soll den Ukrainern also untersagt sein. Der direkteste Weg, den Imperialismus Putins schönzureden und zu rechtfertigen, scheint es für seine Apologeten zu sein, das Opfer seiner Aggression einfach aus der Weltgeschichte verschwinden zu lassen. Wo gar keine Nation existiert, kann es ja auch kein Bruch des Völkerrechts sein, ihr Teile ihres Staatsgebiets zu rauben.

Ganz in diesem Sinne wirbt Alice Schwarzer um Verständnis für Putins „wehrhafte Strategie der eisernen Faust" – man staunt, wie viel Bewunderung die Chef-Feministin plötzlich für die Männlichkeitsideale gewalttätiger Machos aufbringt – mit dem ach so vorbildlich antifaschistisch klingenden Argument, so lange sei es schließlich „noch nicht her, dass Nazi-Deutschland Russland überfallen hat." (Infam übrigens, wie Schwarzer damit insinuiert, die westlichen Demokratien könnten heute eine ähnliche Bedrohung für Russland darstellen wie einst Hitlerdeutschland.)

Russland überfallen? In Wahrheit hat Nazi-Deutschland damals die Sowjetunion überfallen, und das heißt: nicht nur Russland, sondern eben auch die Ukraine und Weißrussland, deren Territorium, im Gegensatz zu dem Russlands, sogar zu hundert Prozent von Wehrmacht und SS besetzt war Deren Bevölkerung war damit in vollem Umfang der rassistischen Versklavungspolitik ausgesetzt, die der Nationalsozialismus ihr gegenüber ebenso betrieb wie gegenüber der russischen.

Daraus scheint sich für den gewöhnlichen deutschen Antifaschismus diesen Völkern gegenüber jedoch keine besondere deutsche Verpflichtung zum Verständnis ihrer Nöte abzuleiten. Eher schon ist man hierzulande geneigt, der Putin-Propaganda zu glauben, nach der die ukrainische Demokratiebewegung von „Faschisten" und Antisemiten gesteuert

werde. Daran scheint auch die Tatsache nichts ändern zu können, dass die führenden Vertreter der jüdischen Organisationen der Ukraine etwas völlig anderes sagen und sich vollständig mit dem ukrainischen Kampf für Demokratie, Unabhängigkeit und gegen die russische Aggression identifizieren. (siehe hier, hier, hier und hier). Und sich im übrigen vehement verbitten, dass sich ausgerechnet Putin und seine ultranationalistischen Gefolgsleute in der Ukraine als Beschützer der ukrainischen Juden aufspielen.

Eroberung im Namen einer aggressiven "Volkstums"-Ideologie

Dabei gibt es in der Tat eine finstere Geschichte von mörderischem Antisemitismus im ukrainischen Nationalismus sowie von ukrainischer Kollaboration mit den Nazis, im Krieg gegen die Rote Armee wie beim Holocaust. Allerdings hat es auch russische Kollaborateure gegeben, die sich in den Dienste der NS-Invasoren stellten, sei es in der „Wlassow-Armee" oder in Einheiten der Waffen-SS. Generell hat der großrussische Nationalismus (wie auch seine sowjetische Mutation) in Sachen Judenhass- und verfolgung wohl kaum eine bessere Reputation vorzuweisen als sein ukrainischer Gegenpart. Wie auch Rechtsextremismus und Antisemitismus im heutigen Russland mitnichten weniger verbreitet sind als in der Ukraine – vielmehr trifft eher das Gegenteil zu (auch wenn Putin selbst durchaus kein Antisemit ist und antisemitische Umtriebe unter dem Deckel zu halten versucht.).

Schon gar nicht kommt in der deutschen „antifaschistischen" Meisterezählung der Hitler-Stalin-Pakt vor, mit dem die Sowjetunion Hitler freie Bahn für seinen Überfall auf Polen gab, und in dessen Folge Stalin die deutsche Kriegsführung im Westen durch massive Rohstoffliegerumgen entscheidend unterstützte – abgesehen davon, dass sich die Sowjets bei dieser Gelegenheit ihrerseits Ostpolen einverleibten. Die Ängste der Osteuropäer aber, Deutschland und Russland könnten sich unter anderen Vorzeichen erneut über ihre Köpfe hinweg einigen, finden aber bei den selbstgerechten deutschen Vergangenheitsbewältigern kein verständiges Ohr.

Groß war bei diesen dagegen die Empörung, als Wolfgang Schäuble kürzlich eine Analogie zwischen Putins Annexion der Krim und Hitlers Annexion des Sudetenlandes 1938 zog. Dabei lag er damit völlig richtig. Nicht im Entferntesten hatte er damit ja gemeint, dass Putin wie der NS-Diktator die ganze Welt mit Angriffskriegen überziehen wolle oder gar einen Holocaust plane. Worum es geht, ist der Hinweis auf die Übereinstimmung der Methode, die gewaltsame Veränderung von Grenzen mit der „Heimholung" eines in der „Fremde" vermeintlich unterdrückten „Volkstums" zu begründen. Dass sich der Westen 1938 dieser Logik beugte und einen demokratischen Staat einer nur dem Gesetz der Gewalt folgenden Willkürherrschaft preisgab, ist sein Sündenfall, den er heute unter keinen Umständen wiederholen darf.

Dabei es ist fraglich, ob Moskau einen offenen Einmarsch in die Ostukraine überhaupt nötig hat. Seine Strategie zielt eher auf eine verdeckte Operation wie auf der Krim: Die Übergangsregierung in Kiew geht davon aus, dass in acht der 25 Verwaltungsgebiete der Ukraine prorussische Unruhen inszeniert und die Gebiete dann „mit Hilfe von als \`Selbstschutzmilizen´ getarnten russischen Spezialeinheiten und unter dem indirekten Schutz russischer Truppenmassierungen in eine Sezession von Kiew hineingeführt werden sollten." (FAZ vom 1.4.2014).

Zuletzt, so heißt es dort weiter, fing der ukrainische Grenzschutz bis zu 500 getarnte Diversanten täglich ab, die aus Russland eingeschleust werden sollten. Doch selbst, wenn es (noch) nicht zu einer offenen Invasion kommen sollte, wird Moskau weiter alle Hebel in Bewegung setzen, die Stabilität der Ukraine zu untergraben und den Aufbau einer funktionierenden, proeuropäischen Demokratie zu verhindern. Dazu gehören neben der fortgesetzten militärischen Drohung und der Infiltration des Landes durch Provokateure auch Mittel wie die jüngst bekanntgegebene, einer wirtschaftlichen Kriegshandlung gleichkommenden, Preiserhöhung für russische Gaslieferungen um bis zu 80 Prozent.

Putins neue Weltordnung – im Bündnis mit Europas extremer Rechten

Es wird höchste Zeit, dass in Deutschland die Dimension der Herausforderung begriffen wird, die der Putinismus nicht nur für die internationale Rechtsordnung und die Prinzipien des friedlichen Zusammenlebens der Staaten und Nationen in Europa, sondern für die liberale demokratische Zivilisation des Westens insgesamt darstellt. Massiv treibt Putin derzeit die Gleichschaltung der russischen Gesellschaft voran – gemäß einer Ideologie, die einen mystischen großrussischen Nationalismus mit der Restauration sowjetischer Herrschaftspraktiken kombiniert. Kritiker werden als „Vaterlandsverräter“ denunziert und mundtot gemacht, verbliebene Menschenrechtsgruppen und regierungskritische Sender ausgehoben, und nationale Mobilisierungsituale aus der Stalin-Ära wiederbelebt.

Nichts weniger will Putin damit erschaffen als ein autoritäres Gegenmodell zu den von ihm als schwächlich und verkommen verachteten westlichen Demokratien mit ihrem Pluralismus der politischen Strömungen und Lebensweisen sowie ihrem hedonistischen Egalitarismus, der sogar Schwulen erlaubt, so zu leben, wie sie es wollen. Dafür genießt Putin auch im Westen wachsende Sympathie und Unterstützung, von ganz links bis ganz Rechts. Keinen der sozialdemokratischen, liberalen und linken „antifaschistischen“ Beschwichtiger und Putin-Versteher scheint es aber zu beunruhigen, dass sich extreme Rechte und Rechtspopulisten in Europa, vorneweg die französische Front National, auf die Seite des Putin-Regimes geschlagen haben, weil sie dessen Projekt einer neuen antiliberalen Weltordnung teilen. Lieber warnt man rituell vor dem Einfluss der rechten Swoboda-Partei im ukrainischen Übergangskabinett, die in aktuellen Umfragen bei etwa fünf Prozent liegt (ihr Präsidentschaftskandidat bei unter zwei Prozent) – und die kürzlich mit dem Bündnis rechter Parteien in Europa wegen dessen Parteinahme für Putin gebrochen hat.

URL:
http://www.tt.com/home/8413279-91/nina-chruschtschowa-putin-will-es-den-amerikanern-zeigen.csp

Tiroler Tageszeitung online – 20. Mai 2014

Nina Chruschtschowa: „Putin will es den Amerikanern zeigen“

Wien/Kiew (APA) - In den Augen von Nina L. Chruschtschowa, Urenkelin des einstigen Sowjet-Partei- und Regierungschefs Nikita Chruschtschow, resultiert das Handeln des Kreml-Chefs Wladimir Putin aus dessen KGB-Erziehung. „Stalin ist sein Held“, sagte die in den USA lehrende Historikerin bei der Präsentation ihres Buchs über Großvater Leonid in Wien.

Der russische Staatschef hat mehrfach kritisiert, dass ihr Großvater Nikita Chruschtschow die Krim 1954 der Ukraine überließ, die Halbinsel sozusagen „verschenkte“, rief die Chruschtschow-Enkelin in Erinnerung. Mit der Annexion der Krim vermeinte Putin den Russen „ihren Stolz zurückgegeben zu haben“. Jetzt befinde sich der Kreml-Chef „fast an den Toren Europas“, wie Chruschtschowa es ausdrückte.

Europa sei gefordert, Führungsstärke zu zeigen. Es gelte, einen Dialog, „Verhandlungen ohne Waffen zu führen“, sagte Chruschtschowa. Die NATO stelle keine Bedrohung dar. Die Autorin, die an der New School University in New York das Fach Internationale Beziehungen unterrichtet, erinnerte daran, dass Putin, als er an die Macht kam, selbst erklärt hatte, die NATO bedeute keine Gefahr, denn Russland sei ein europäisches Land.

Die amerikanisch-russische Politikanalystin hat den Eindruck, dass die Chemie zwischen den beiden Großmachtführern Wladimir Putin und Barack Obama nicht wirklich stimmt. „Putin und Obama können nicht miteinander.“ Putin habe mit Minderheiten keine Freude, das habe sich auch im Tschetschenien-Konflikt gezeigt. Obama wiederum wolle von allen geliebt werden und sei beunruhigt, „weil Putin ihn nicht mag“. Den Hang, alles kontrollieren zu wollen, hätten beide gemeinsam.

„Putin will es den Amerikanern zeigen", analysiert Chruschtschowa die politische Befindlichkeit. Dahinter stehe der Gedankengang: Wenn die Amerikaner sogar ihre Freunde ausspionieren, wenn sie im Irak Krieg führen, warum sollten die Russen dann nicht auch auf der Krim und in der Ukraine tätig werden. Putin praktiziere ein „Top down system" (von oben nach unten). Am Schluss des Buches stelle sie selbst die Frage, ob Russland jemals eine Demokratie werden könne, so die Autorin.

Chruschtschowa betitelt ihr Buch „The lost Khrushchev – A journey into the Gulag of the Russian Mind". Der „verlorene Chruschtschow" – damit meint sie ihren Großvater Leonid, der 1943 als Kampfpilot abstürzte. Die Sowjets schufen die Legende, dass er überlebt, desertiert und mit den Nazis kollaboriert habe, schließlich gefasst und als „Verräter" unter Stalin hingerichtet wurde. Wie Stalins mächtiger Außenminister Wjatscheslaw M. Molotow ihr als Kind ins Gesicht sagte, dass diese Verräter-Version „Quatsch" sei – das stellt die Autorin an den Beginn ihres Werks. Sie kommt zu dem Schluss: „Wenn man etwas über den Kreml schreibt, lügt jeder."

Jetzt hat Chruschtschowa diesen bisher ungeklärten Teil ihrer Familiengeschichte aufgearbeitet. Das Buch enthält auch zahlreiche Fotos des Chruschtschow-Clans. Eingehend analysiert die Autorin den russischen Charakter und den „geistigen Gulag", wie der zweite Teil des Buchtitels besagt, und den ein Kritiker als „Neigung zu Despotismus und Paranoia" bezeichnet. Sie widmet das Buch ihrer Mutter Julia, über die sie schreibt: „Auch meine Mutter war ein Produkt des Gulag, nicht seiner physischen Brutalität, aber seiner Geisteshaltung."

Chruschtschowas Recherchen an Originalschauplätzen und ihre Gespräche mit Zeitzeugen führen herauf bis in die Putin-Ära. „Als modernen Zar, der im Namen traditioneller Werte regiert, westliche Dekadenz ablehnt" (Stichwort feministische Band Pussy Riot) und der ein neo-sowjetisches Land vor Augen habe, beschreibt sie den russischen Präsidenten im Buch. Auch die Olympischen Spielen in Sotschi trifft Kritik: Beim Medaillenregen für die Russen sei viel manipuliert worden und die ökologischen Schäden seien noch nicht abzuschätzen, betonte sie bei ihrem Wien-Auftritt.

(Nina L. Khrushcheva, „The Lost Khrushchev: A Journey into the Gulag of the Russian Mind"; in englischer Sprache; Tate Publishing, New York, USA; 320 Seiten, 15 Euro; 2014; ISBN 948-1-62994-544-6)

04.05.2014

Bürgerkrieg in der Ukraine "Der Westen ist immer eingeknickt"

Da war die Welt noch in Ordnung: Angela Merkel mit Wladimir Putin, David Cameron und Barack Obama beim

DA WAR DIE WELT NOCH IN ORDNUNG: ANGELA MERKEL MIT WLADIMIR PUTIN, DAVID CAMERON UND BARACK OBAMA BEIM G8-GIPFEL IM JUNI 2013 IN NORDIRLAND.

(Foto: ASSOCIATED PRESS)

Kämpfe in der Ostukraine, Feuer und Tote in Odessa: Die Situation in der Ukraine spitzt sich weiter zu. Andreas Umland (https://twitter.com/UmlandAndreas), der an der Kiewer Mohyla-Akademie Politikwissenschaft lehrt, fordert im Interview mit n-tv.de: Der Westen muss mehr Druck machen. Russland sei bei weitem nicht so stark, wie es sich gerne präsentiert.

n-tv.de: Seit Tagen gibt es heftige Kämpfe in Kramatorsk und Slawjansk, am Freitag kam es zu dem Feuer in Odessa, bei dem Dutzende Menschen starben. Ist die Lage in der Ukraine völlig außer Kontrolle?

Andreas Umland: Außer Kontrolle würde ich nicht sagen. Aus meiner Sicht gibt es eine groß angelegte Unterwanderung der Ukraine, die von Russland gesteuert und finanziert wird. Das Ziel ist, einen ordnungsgemäßen Verlauf der Präsidentschaftswahlen am 25. Mai zu verhindern, und für den künftigen Präsidenten ein Legitimitätsproblem zu schaffen. Wenn es in den nächsten Wochen so weitergeht, ist es tatsächlich fragwürdig, wie man ordnungsgemäß Wahlen in der Ost- und Südukraine durchführen kann.

Sie sprechen von einer durch Russland geförderten Unterwanderung. Was für Hinweise gibt es dafür?

Die Ukraine war in den vergangenen 22 Jahren schon in vielen riskanten Situationen, bei denen es zu Ausschreitungen hätte kommen können: Wirtschaftskrisen, Protestaktionen, politische Spannungen. Bis auf einige Handgreiflichkeiten im Parlament hat es aber nie eine auch nur annähernd ähnliche gewaltsame Auseinandersetzung gegeben. Das ist ein Argument, welches darauf verweist, dass Russland dahintersteckt.

Gibt es konkretere Hinweise?

Natürlich führt Russland keine offene Intervention durch. Aber es gibt viele Indizienbeweise. Da sind zum Beispiel die gut bewaffneten Freischärler und die Filmaufnahmen von Spezialeinheiten, die Milizstationen übernehmen und dann wieder verschwinden. Zuletzt gab es den merkwürdigen Vorgang, dass mit Wladimir Lukin eine offizielle russische Figur die Freilassung der inhaftierten OSZE-Beobachter arrangiert hat. Dazu kommen Ähnlichkeiten mit den Ereignissen in Georgien 2008 und auf der Krim 2014.

Kiew warnt schon seit Tagen vor einer russischen Invasion. Wie realistisch ist es, dass Putin Truppen nicht nur an die Grenze, sondern sogar in die Ukraine schickt?

Ich glaube nicht, dass es zu einer Invasion regulärer Truppen kommt. Man könnte sich vorstellen, dass es kurze Militärschläge oder Grenzüberschreitungen der russischen Armee gibt, aber wahrscheinlich keine Annexion wie im Fall der Krim. Das wäre für Putin ein zu riskantes Szenario. Meine Vermutung ist eher: Er versucht die Instabilität, die er in der Ost- und Südukraine erzeugt, zu nutzen, um den gesamten ukrainischen Staat unkonsolidiert zu halten, ausländische Investitionen abzuschrecken und zu verhindern, dass sich eine europäisierte, demokratische und erfolgreiche Ukraine zum Gegenmodell für das Putin-System entwickelt.

Der russische Außenpolitik-Experte Fjodor Lukjanow sagt, nur ein schmutziger Hinterzimmer-Deal könne den Zerfall der Ukraine noch stoppen. Stimmen Sie zu?

Das höre ich jetzt zum ersten Mal. Ich weiß nicht, was das bedeuten soll. Die russische Führung wird ihre Agenten nur zurückpfeifen, wenn erheblicher Druck aus dem Westen kommt. Die bloße Androhung von Sanktionen wird im Kreml offenbar nicht ernst genommen. In der russischen Wirtschaft beziehungsweise der privaten Situation der Menschen, insbesondere der politischen und Wirtschaftsbosse, müsste sich etwas signifikant ändern, damit ein kollektives Umdenken der Moskauer Elite beginnt.

Sie halten es also für möglich, dass Russland durch Sanktionen einknickt und nicht zusätzlich provoziert wird?

Russland blufft meinem Eindruck nach, was den Effekt möglicher Sanktionen angeht. Es stellt sich als stärker, unabhängiger und unberührbarer dar, als es tatsächlich ist. Die Verflechtung Russlands mit der europäischen, ja mit der Weltwirtschaft ist derart tiefgehend, dass das westliche Potenzial Druck auszuüben, groß ist - wenn man es denn wirklich möchte und bereit ist, die eigenen Kosten solcher Sanktionen zu tragen.

Der erste Friedensgipfel in Genf ist gescheitert. Hätte ein zweites Genf eine Chance?

Ja, sicherlich. So etwas macht immer Sinn. Aber solange die russische Führung nur rhetorisch, selektiv und symbolisch unter Druck ist und nicht mit deutlich spürbaren ökonomischen und sozialen Konsequenzen seiner Politik konfrontiert wird, wird es sein Verhalten nicht ändern. Für Putin sind solche Verhandlungen dann nur Zeitgewinn und diplomatisches Geplänkel. Schaut man auf die Beispiele Transnistrien, Abchasien, Südossetien und Krim, sieht man: Der Westen ist letztlich immer eingeknickt und hat sich nach lauten Protesten mit dem neuen Status Quo, den Russland jeweils schuf, abgefunden. Solange Putin den Eindruck hat, dass der Westen nicht ernsthaft reagiert, wird er den jetzigen Kurs weiterführen.

Zeichnen die deutschen Medien aus Ihrer Sicht ein objektives Bild von der Lage in der Ukraine?

Es gibt die Tendenz einer merkwürdigen Äquidistanz. Man hat die ukrainische und die russische Seite, und einige Beobachter versuchen so eine Art balanciertes Mittelfeld zu finden. Meiner Ansicht nach ist das falsch. Natürlich ist die Ukraine kein ideales Land, es gibt viele Probleme wie Korruption, Oligarchie, Rechtsextremismus. Trotzdem ist die Ukraine ein souveräner Staat. Die neue Regierung ist mit einer großen Mehrheit von einem gewählten Parlament bestätigt worden. Premierminister Arseni Jazenjuk hat 371 von 450 Stimmen bekommen und damit mehr Legitimität, als viele ukrainische Regierungschefs vor ihm. Die häufige Darstellung, dass die Kiewer Interimsregierung nicht legitim sei, ist eine russische Ente, die erstaunlich weite Verbreitung in der westlichen Medienlandschaft gefunden hat. Generell scheinen die Maßstäbe, die man an die Ukraine anlegt, manchmal höher zu sein, als für EU-Mitgliedsländer. Die expansionistische, xenophobe und homophobe russische Autokratie wird dagegen nicht selten mit erstaunlichem Respekt und Verständnis behandelt. Das verwundert …

Mit Andreas Umland sprach Christian Rothenberg

Quelle: n-tv.de

Deutschlandfunk – Interview

Beitrag vom 21.06.2014 06:50 Uhr

URL dieser Seite: http://www.deutschlandfunk.de/ukraine-konflikt-man-erkennt-die-expansionslust-des.694.de.html?dram:article_id=289737



Russische Soldaten bei einem Manöver mit Panzer.

UKRAINE-KONFLIKT

"Man erkennt die Expansionslust des russischen Systems"

Wolfgang Templin im Gespräch mit Jürgen Liminski

Anders als die Deutschen seien die Menschen in Polen nicht blind gegenüber den russischen Intentionen, sagte Wolfgang Templin, bis vor einem halben Jahr Vertreter der Heinrich-Böll-Stiftung in Warschau, im DLF. Russland wolle seine alten Einflusszonen wieder dominieren.

Templin sagte weiter: "Mich verstört das Maß an egoistischem Wegducken, an Blindheit, was wir hier in Deutschland haben, wenn es darum geht, was diese neue Situation für uns alle bedeutet." In Polen sei die Bereitschaft viel größer, die Ukraine aktiv zu unterstützen. "Wir brauchen eine ganz enge Partnerschaft mit Polen", forderte er.

Zur aktuellen Regierungskrise in Warschau sagte er, Neuwahlen würden Polen entscheidend lähmen. "Das würde eine ernsthafte - und ich würde sogar sagen bedrohliche - Zuspitzung der Situation bedeuten."

Das Interview in voller Länge:

Jürgen Liminski: Amerika und Europa erhöhen in der Ukraine-Krise den Druck auf Russland. Zunächst nur verbal, man droht mit weiteren Sanktionen, sollte Moskau seine Truppen nicht von der ukrainischen Grenze abziehen.

Der ukrainische Präsident Poroschenko hat eine Waffenruhe in der Ostukraine angeordnet, gleichzeitig mehr Autonomie und Wahlen für die Bevölkerung in dieser Region angeboten. Die prorussischen Separatisten lehnen dieses Angebot allerdings ab und gleichzeitig konzentriert Russland, wie eben gehört, wieder Truppen an der Grenze. Kampfpause oder Waffenstillstand?

Ausgerechnet in dieser Situation schliddert der ukrainische Nachbar Polen in eine politische Krise, die möglicherweise Auswirkungen auf das Geschehen der Region haben kann. Und darüber will ich jetzt sprechen mit Wolfgang Templin, er war bis vor einem halben Jahr vier Jahre Leiter der Heinrich-Böll-Stiftung in Warschau. Guten Morgen, Herr Templin!

Wolfgang Templin: Guten Morgen!

Liminski: Herr Templin, in Polen kann es zu Neuwahlen kommen. Lähmt das das Land in einer Situation, in der es wegen der Krise in der Region Führung braucht?

Templin: Wenn es zu Neuwahlen käme, würde das eine ernsthafte und, ich würde sagen, sogar bedrohliche Zuspitzung der Situation in Polen bedeuten. Es würde Polen in einem Moment entscheidend lähmen und schwächen, in dem die Rolle unseres östlichen Nachbarn von entscheidender Bedeutung ist.

"Tödlicher Grad an Gegnerschaft"

Liminski: Nun bleiben Regierungen bis zur Wahl ja immer im Amt. Funktionierende oder amtierende Regierungen sind das eine, eine glaubwürdige und mitreißende Regierung das andere. Wäre da in dieser Situation eine Allparteienregierung zeitweise denkbar in Polen?

Templin: Beim Zustand der politischen Situation in Polen, beim verbissenen, nahezu tödlichen Grad an Gegnerschaft, den die Parteien dort gegeneinander entwickelt haben, schließe ich eine solche Möglichkeit aus, die in anderen Ländern vielleicht möglich wäre.

Liminski: Wird es denn wegen der Ukraine-Krise zu erhöhten Verteidigungsausgaben kommen, egal, wer demnächst in Warschau regiert?

Templin: In Polen sind sich alle politischen Kräfte, ungeachtet ihrer wirklich heftigen Gegnerschaft, der Herausforderung, die durch die Situation in der Ukraine entstanden ist, bewusst. Ich gehe davon aus, es würde unter jeder möglichen neuen Regierung zu einer solchen Erhöhung der Verteidigungsausgaben kommen.

Liminski: In der Ukraine-Frage ist, wenn ich das richtig höre, Polen also relativ geschlossen. Liegt das nun am Russland-Bild der Polen oder an der Kenntnis des Nachbarn?

Templin: Das liegt an der langen Vertrautheit Polens mit der Entwicklung, mit der Situation in Russland. Beim Nachbarn muss man unterscheiden Russland als Gesellschaft beziehungsweise das russische System. Und es geht um die Vertrautheit der Polen mit dem russischen System. Und da ist man frei von allen Illusionen. Was die jetzige Entwicklung betrifft, mögliche kommende Herausforderungen und Gefahren, ich gehe von einer ganz großen Ernüchterung in Polen aus und von einer Bereitschaft, von einer Entschlossenheit, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen.

"Russland will seine alten Einflusszonen wieder erobern"

Liminski: Die Kenntnis des Nachbarn, also Ukraine und natürlich auch Russlands, führt das zu einem anderen Bild in Polen zu der Gefahrenlage?

Templin: Ja, vor allem deswegen, weil man die Expansionslust des gegenwärtigen russischen Systems erkennt, weil man in Polen aufgrund der historischen und aktuellen Erfahrung ganz genau weiß: Es ist damit zu rechnen, dass Russland, das russische System nicht bei der gegenwärtigen Situation stehen bleiben will, nur die Ukraine zu destabilisieren, sondern seine alten Einflusszonen wieder zu erobern. Das heißt nicht, in Polen einzumarschieren, sondern einen Grad von Dominanz herzustellen, wie er früher existierte. Und dem will man sich auf keinen Fall unterordnen oder stellen.

Liminski: Was würde denn Ihrer Meinung nach passieren, wenn Russland zum Beispiel in der Ostukraine einmarschieren würde?

Templin: Das würde eine Situation hervorrufen, die ganz Europa, also auch die EU zu Konsequenzen zwänge, die man sich momentan überhaupt nicht vorstellen will. Aber eine solche Situation würde dann eintreffen.

Liminski: Sie sind, Herr Templin, seit einem halben Jahr wieder in Deutschland, haben sozusagen die Ukraine-Krise in Polen und in Deutschland im Bild, auf dem Schirm. Was sind denn sozusagen die markantesten Unterschiede im öffentlichen Meinungsbild?

Templin: Mich frappiert, mich verstört das Maß an egoistischem Wegducken, an Blindheit, was wir hier in Deutschland haben, wenn es darum geht, was diese neue Situation für uns alle bedeutet. In Polen ist der Realismus viel größer, ist die Bereitschaft, aktiv tätig zu werden, die Ukraine zu unterstützen, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, viel stärker. Ich würde mir wünschen, dass das Bewusstsein dafür, wir alle sind hier gefordert,

wir brauchen eine ganz enge Partnerschaft mit Polen, Deutschland hat eine entscheidende Verantwortung dafür, dass dieses Bewusstsein viel stärker wäre und die Bereitschaft, dementsprechend zu handeln!

"Neue Bedrohungs- und Instabilitätssituation"

Liminski: Bei dem Stichwort Blindheit will ich noch mal nachhaken: Meinen Sie damit Blindheit gegenüber den russischen Intentionen?

Templin: Ich meine Blindheit gegenüber den russischen Intentionen und vor allem Blindheit gegenüber einer neuen Situation, völlig unvergleichbar mit dem Maß an Stabilität und Akzeptanz der friedlichen Realität, die wir in den vergangenen Jahrzehnten hatten. Russland, das heißt, das russische System unter Putin stellt mit seiner Politik in den vergangenen Monaten eine so neue Bedrohungs- und Instabilitätssituation her, wie wir sie nach dem Zweiten Weltkrieg vergleichbar nicht hatten.

Liminski: Ist das auch Common Sense in Polen, sieht man das in Polen auch so mit Blick auf Deutschland? Dass die Deutschen hier blind sind gegenüber diesen Gefahren?

Templin: In Polen ist das Bewusstsein und das Bedauern darüber präsent. Man hofft darauf, dass in Deutschland das Bewusstsein für die gemeinsame Verantwortung wächst. Das Bemühen darum ist vorhanden, es gibt Gespräche, es gibt Kontakte. Und ich kann mir nur vorstellen, dass es bei uns auf der deutschen Seite ankommt, dass es so wirkt, dass die bisher vorhandenen, aber unzureichenden, ich würde fast sagen: halbherzigen Bemühungen um wechselseitige Kooperation, um ein positives Wahrnehmen des polnischen Partners ungeachtet jeder erneuten politischen Krise dort vorhanden ist, dass man das aufgreift und dass Deutschland und Polen gemeinsam hier nicht nur als wie vorher Partner und Reformmotor, sondern Partner in der Krise reagieren können.

Liminski: Krise in Polen und Krise in der Ukraine, Auswirkungen, unterschiedliche Einschätzungen. Das war Wolfgang Templin, bis vor einem halben Jahr Leiter der Heinrich-Böll-Stiftung in Warschau. Besten Dank für das Gespräch, Herr Templin!

Templin: Ich bedanke mich auch, danke!

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Weiterführende Information

Poroschenko verkündet Waffenruhe *[http://www.deutschlandfunk.de/ukraine-konflikt-poroschenko-verkuendet-waffenruhe.1818.de.html?dram:article_id=289734]* (Deutschlandfunk, Aktuell, 20.06.2014)

Grenze zu Russland unter Kontrolle *[http://www.deutschlandfunk.de/ostukraine-grenze-zu-russland-unter-kontrolle.1766.de.html?dram:article_id=289664]* (Deutschlandfunk, Informationen am Mittag, 20.06.2014)

Mehr als 200 Tote bei Kämpfen im Osten *[http://www.deutschlandfunk.de/ukraine-schwerste-kaempfe-im-osten.1773.de.html?dram:article_id=289630]* (Deutschlandfunk, Informationen am Morgen, 20.06.2014)

Russland Tod in Moskau

http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/schmerzmittel-unter-verschluss-tod-in-moskau-13090600-p3.html?printPagedArticle=true#pageIndex_3

In Russland versterben todkranke Patienten unter unvorstellbaren Qualen. Lindernde Schmerzmittel werden als Drogen kriminalisiert. Eine Erfahrungsgeschichte.

12.08.2014, von Boris Schumatsky
Anfang dieses Jahres, zwei Monate nach dem Tod meines Vaters, schoss sich in Moskau ein pensionierter Admiral in den Kopf. Wie mein Vater war er krebskrank. „Niemand ist schuld an meinem Tod außer dem Gesundheitsministerium und der Regierung“, stand auf dem Zettel den er hinterließ. Am Tag vor dem Selbstmord hatte die Gattin des Admirals vergeblich versucht, Morphin-Ampullen für ihn zu bekommen. Morphin ist das wirksamste Schmerzmittel, das verabreicht wird, wenn nichts anderes mehr hilft.

Als ich von der Krebsdiagnose meines Vaters erfuhr, erfasste mich noch vor der Trauer Panik. Davor, dass er würde leiden müssen. Der russische Staat behandelt Schmerzmedikamente als verbotene Drogen. Wer das Verbot ignoriert, ob Arzt, Patient oder Angehöriger, bekommt als Drogendealer acht Jahre Lagerhaft. Nur einer von zehn Krebstoten in Russland darf schmerzfrei sterben.

Das Gesicht eines menschenfeindlichen Staates

Als unlängst einer ehemaligen KZ-Insassin Schmerzmittel verweigert wurden, sagte der Arzt zu ihren Verwandten: „Wenn sie Auschwitz überlebt hat, wird sie auch die kommende Nacht überstehen.“ Dabei sind Schmerzmittel vorhanden und preiswert. Doch die Ärzte haben Angst vor der Drogenpolizei. Einige machen sich auch die althergebrachte Einstellung des russischen Staates zu eigen, wonach der Untertan leiden muss. In der Sowjetunion waren Abtreibungen oder Zahnbehandlungen ohne Betäubung die Norm. Um der staatlich verordneten Tortur zu entgehen, besorgen sich einige heute Heroin bei echten Drogendealern, oder sie fliehen in den Freitod.

Der krebskranke Admiral hatte die Produktion von Interkontinentalraketen beaufsichtigt und saß nach seiner Pensionierung im Vorstand einer Bank. Er war Angehöriger der Staatselite, gewissermaßen die Personifikation dieses Staates. Zugleich war er ihm hilflos ausgeliefert. Über Schmerzpatienten, die sich umbringen, bemerkte ein zuständiger Beamter: „Das ist ihre persönliche Art von Euthanasie.“ Als mein Vater nur noch Wochen zu leben hatte, flog ich nach Moskau. Er brauchte Morphin. Der behandelnde Arzt verstand das, er durfte aber keine solchen „Rauschmittel“ verschreiben.

Ich bekam einen Zettel mit Stempel und zwei Unterschriften, der mir, wie der Arzt meinte, in der nächsten Instanz helfen würde. Für meinen Vater stand außer Zweifel, warum der Staat ihn und andere Mitbürger leiden lässt. Dieser menschenfeindliche Staat hatte für ihn ein Gesicht. Kleine Augen, zerfurchte Haut, einen Schnauzer, den der Dichter Ossip Mandelstam „Kakerlakenbart“ nannte, und eine Pfeife im Mundwinkel: Josef Stalin. Als mein Vater noch nicht ein Jahr alt war, hatte Stalin seinen Großvater erschießen lassen. Mein Vater wuchs auf mit dem Stempel FMVF - Familienmitglied eines Volksfeindes. Sein Leben lang musste er mit dem Staat ringen, zuerst um ein würdiges Leben, dann um ein würdiges Sterben.

Die Rache des Staates

Ich fuhr zur nächsten Instanz, die starke Schmerzmittel verschreiben konnte, dem Bezirks-Onkologen. Der Medizinbeamte, kahlköpfig und mit einer Goldkette um den Hals, weigerte sich, etwas zu verschreiben, ohne sich selbst davon überzeugt zu haben, dass der Patient

tatsächlich Schmerzen leidet. Es war derselbe junge Mann, der auch dem Admiral das Morphin verweigerte. Nächste Woche würde er vorbeischauen. Als ich drängte, weil mein Vater starke Schmerzen habe, schnitt er mir das Wort ab: „Hier haben alle Schmerzen!“

Das ist das russische Herrschaftsprinzip. Mein Vater versuchte, mit dem Regime so wenig wie möglich in Berührung zu kommen. Einmal bekam er ein Angebot, das man kaum ablehnen konnte. Er sollte in die Staatspartei eintreten. Mein Vater antwortete: „Verpisst euch!“ Das Ende seiner Karriere nahm er in Kauf, fortan arbeitete er als schlechtbezahlter Ingenieur. Mein Vater versuchte, die Utopie zu leben, er wagte es, frei zu sein in einem totalitären Staat, dessen Metastasen in jede Zelle der Gesellschaft hineinwuchsen.

Er hätte gern eine künstlerische Laufbahn eingeschlagen, aber Kunst und Film waren wichtig für die Staatspropaganda und Volksfeinden verschlossen. Nach dem Ende der Sowjetunion erfüllte er sich seinen Traum und wurde Vorstand eines Vereins von Kunstwissenschaftlern. Putins wieder erstarkter Staat konnte ihm nichts antun, bis er im Sterben lag.

Wie in den ärmsten Ländern der Welt

Schließlich verschrieb der Onkologe meinem Vater die kleinstmögliche Dosis. In den Formularen, die ich unterschreiben musste, wurde mir bei Missbrauch mit Strafverfolgung gedroht. Es folgten Unterschriften, Stempel, und ich wurde ins dritte Krankenhaus geschickt. Dort gab es noch drei Stempel und Unterschriften von der Oberschwester und der Buchhaltung. Beschleunigen konnte man nichts, alle sagten nur: „Wollen Sie mich in den Knast bringen?“ Als ich endlich alle Stempel für das Morphin hatte, fuhr ich zu einer Sonderapotheke. Die Betäubungspflaster, die ich dort bekam, müsse ich nach Gebrauch bei der zuständigen Stelle abgeben, schärfte mir die Apothekerin ein.

Es gab in Russland immer Menschen, die den Staat wie einen bösartigen Tumor behandeln oder ganz entfernen wollten. Je bösartiger der Staat, desto vehementer war der Drang nach Heilung, der Traum von der Befreiung vom Leid. Unter diesen Umstürzlern und Utopisten war ein Philosoph, der zu Leo Tolstois Zeit als unscheinbarer Bibliothekar in Moskau lebte und viel radikaler war als alle Tolstois, Bakunins und Lenins. Nikolaj Fjodorow, so hieß der bis heute verehrte Denker, nannte den Zarenstaat eine „todbringende Kraft“. Gleichzeitig glaubte Fjodorow, dass nur die russische Autokratie in der Lage sei, die wichtigste Aufgabe der Menschheit zu verwirklichen: den Tod abzuschaffen.

Meines Vaters Schmerzen wurden bald so stark, dass die niedrigdosierten Pflaster verbraucht waren. Doch ein neuer Gang durch die Behörden war nicht nötig. Mein Vater starb. Der Tod ist überall gleich, unterschiedlich ist das Sterben. Sogar in vielen der ärmsten Länder der Welt ist die palliative Hilfe besser entwickelt als im ölreichen Russland. Für Nikolaj Fjodorow wäre freilich selbst ein solcher Fortschritt zu wenig gewesen. Kein moralischer Mensch könne sich damit abfinden, dass unsere Ahnen tot sind, meinte er. Also stünden wir vor der Wahl, entweder den Gestorbenen ihr Leben zurückzugeben oder selbst zu sterben. Fjodorow hat der russischen Revolution und der Avantgarde vorgemacht, das Unmögliche zu wagen.

Der Glauben an den heiligen Narren

Die Menschen würden nur dann Brüder, lehrte der rebellische Schüler der Aufklärung, wenn sie für ein gemeinsames Projekt zusammenfänden. Als Erstes müsse man die „technologischen, sozialen und politischen Bedingungen schaffen, die es ermöglichen würden, alle Menschen, die je gelebt haben, auf technische, künstliche Weise wiederauferstehen zu lassen“.

Dazu würde man aus der Rinde unseres Planeten alle Atome und Moleküle bergen, aus denen die Körper unserer Ahnen einst bestanden. Auch ihr Geist solle durch historische Forschungen wiederbelebt werden. Die Millionen und Abermillionen von Ahnen und Nachkommen, die sich dann endlich umschlingen würden, wären aber zu viele für unsere Erde. Daher stellt Fjodorow der verbrüderten Menschheit als dritte Aufgabe, den Kosmos zu erschließen.

Viele Zeitgenossen hielten den Begründer der Philosophie des russischen Kosmismus für einen heiligen Narren. Fjodorow gab sein Geld für Bücher aus, er besaß nie einen Wintermantel und starb an der Folgen einer Erkältung. Er wäre bestürzt gewesen über die Kondolenz-SMS, die mir ein deutscher Schriftsteller schickte: Es sei schon verrückt, dass das Natürlichste im Leben so traurig ist! Fjodorow weigerte sich, das Natürliche zu akzeptieren. Der westliche Pragmatismus war ihm zu feige. Er sah auch wenig Sinn darin, die despotische Regierungsform zu demokratisieren. Der Zar war für Fjodorow als Gegner zu klein, sein Gegner war der Tod.

Zwischen Kosmos und Krebs

Heute will dieser Staat sich jedes Toten sogleich bemächtigen. Nur Stunden nach Vaters Tod kam ein Arzthelfer, ein junger Mann in blauer Uniform mit langen Haaren und Hornbrille. Ich solle die Pflaster abnehmen und zur Medizinbehörde zurückbringen, mahnte er. Sonst würde ich im Knast landen. Dann klingelte die Polizei an der Tür. Ein verschlafener Beamter hob die Decke über dem kalt werdenden Körper meines Vaters an und betrachtete die bis zur Decke reichenden Bücherregale. Dann setzte er sich an den Küchentisch und füllte eine halbe Stunde lang einen Stapel Formulare aus.

Wie kann einer weiterleben, dessen Vater gestorben ist? fragte Fjodorow. Mein Vater starb vier Monate vor Beginn des Kriegs gegen die Ukraine. Der hätte ihn nicht überrascht. Als ich dreizehn war, erzählte mir Vater zum ersten Mal, in was für einem Staat wir leben. „Übertreibe bitte nicht“, erwiderte ich wie ein Erwachsener, und als ich erwachsen wurde, sagte ich ihm das immer. Mein Vater nahm nie an der Protestbewegung sowjetischer Dissidenten teil, obwohl er viele von ihnen kannte. „Ich führe keinen Krieg mit einem Atomstaat“, sagte er. Auswandern wollte mein Vater dennoch nicht. Er lebte ja nicht im Russland Stalins, Breschnews, Putins. Seine Heimat war das Russland von Nikolaj Fjodorow.

Dieses Russland kann genauso radikal sein, wie sein Regime absolutistisch ist. Fjodorows Nachfolger setzten seine Visionen nach und nach in die Praxis um, bis die ersten Weltraumraketen Sputniks und Kosmonauten ins All brachten. Fjodorows Russland ist gelebte Utopie. Wenn Stalin oder Putin von Raketen träumten, dann von Langstreckenwaffen mit Atomsprengköpfen. Die Kremlherrscher waren für meinen Vater immer nur „Ganoven“. Er nannte sie nie bei ihren Namen, so wie man das Wort Krebs nicht ausspricht.

Es kamen zwei Sanitäter, um die Leiche meines Vaters abzuholen. Das für ihn vorgesehene Leichenhaus lag in einer entfernten Vorstadt, es war nicht möglich, ihn in ein näheres zu bringen oder ihn auch nur einen Tag zu Hause zu behalten. „Haben Sie die Pflaster abgenommen?“, fragte mich der ältere der beiden Sanitäter, der nett sein wollte. Dann packten sie Vater in einen schwarzen Sack wie ein Verkehrsunfallopfer und schafften ihn fort. Als sie sich draußen vor dem Haus unbeobachtet glaubten, schleiften sie den Körper wie einen Kartoffelsack über den Asphalt. Der Staat holte den Staatsfeind am Ende ein. Und sein Land lebt weiter zwischen Kosmos und Krebs.



13.12.13 | **Verhandlungen mit Opposition**

Regierung in Kiew macht keine Zugeständnisse

Eine erste Gesprächsrunde zwischen Regierung und Opposition hat keine Fortschritte gebracht. Janukowitsch schlug zwar versöhnliche Töne an – auf die Forderungen seiner Gegner ging er aber nicht ein. *Von Gerhard Gnauck, Warschau*



Foto: dpa

Gegner am runden Tisch: Vitali Klitschko (l.) und Präsident Janukowitsch

Sie haben miteinander gesprochen in Kiew. Aber eine wirkliche Annäherung gab es nicht bei dem Dialog zwischen Opposition und Regierung in der Ukraine. Oppositionsführer Vitali Klitschko sagte nach dem Treffen des sogenannten Runden Tisches am Freitag, die Regierung sei keinen Schritt auf die Opposition zugegangen. Ein Durchbruch war bei dem Treffen allerdings auch nicht erwartet worden. Und so wird es bei der für Sonntag geplanten Großdemonstration auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz bleiben.

In seinen Eröffnungsworten hatte Janukowitsch zwar versöhnlichen Ton angeschlagen und eine Amnestie für alle festgenommenen Demonstranten in Aussicht gestellt. Außerdem räumte er ein, dass sich die Sicherheitskräfte nicht korrekt verhalten hätten bei den Polizeieinsätzen gegen die Demonstranten. Wirkliche Zugeständnisse machte Janukowitsch allerdings nicht.

Oppositionsführer Arseni Jatsenjuk forderte deshalb erneut den Rücktritt von Ministerpräsident Mikola Asarow und jenen des Innenministers, die er für die Gewalt gegen Demonstranten verantwortlich machte. Das ganze Volk müsse sehen, dass niemand die Hand gegen friedliche Demonstranten erheben dürfe.

Delegation aus Kiew in Brüssel

Die Opposition organisiert seit drei Wochen Massenproteste gegen Janukowitsch. Anlass war dessen Abkehr von einer Bindung des Landes an die Europäische Union. Inzwischen sagt die Regierung, die Ukraine werde das Assoziierungsabkommen doch noch unterzeichnen.

Zugleich sprach erstmals seit dem gescheiterten EU-Gipfel (Link: http://www.welt.de/122396231) in Vilnius eine hochrangige Delegation aus Kiew in Brüssel vor. EU-Kommissar Stefan Füle (Link: http://www.welt.de/122876762) sagte nach den Gesprächen, man werde auf dieser Basis "einen Fahrplan für die Implementierung des Abkommens erarbeiten". Brüssel werde auch die Ukraine bei einer Einigung mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) unterstützen und schnell alle Aspekte der Implementierung untersuchen, gerade mit Blick auf die schwierige wirtschaftliche Lage des Landes.

Die von Füle angekündigte Hilfe meint offenbar einen ohnehin geplanten zweiten Schub der sogenannten makroökonomischen Hilfen. Die erste Tranche umfasst 650 Millionen Euro, die zweite Tranche dürfte ungefähr genauso hoch sein. Die Auszahlung der Gelder hängt aber von Reformzusagen der Ukrainer ab. Der IWF hatte zuletzt Kredite von rund 15 Milliarden Dollar ausgesetzt, weil die Ukraine ihre Auflagen nicht erfüllte. Erst wenn der IWF grünes Licht gibt, werden auch die Europäer auszahlen.

Kein Alibi für Janukowitsch

Der Chef des Auswärtigen Ausschusses im EU-Parlament, Elmar Brok (CDU), sagte der "Welt": "Es darf jetzt nicht an der Schwerfälligkeit der Entscheidungen im IWF liegen, dass Janukowitsch ein Alibi erhält, sich zur Überbrückung kurzfristiger Notwendigkeiten an Russland zu halten."

In der Ukraine gingen die Demonstrationen weiter. Die Menge auf dem Majdan-Platz befürwortete die Teilnahme der wichtigsten Oppositionsführer an einem "runden Tisch" mit dem Präsidenten. Inzwischen haben die Behörden offenbar fast alle festgenommenen Demonstranten freigelassen, was die Opposition gefordert hatte. Präsident Viktor Janukowitsch schlug für sie Straffreiheit vor. "Leute, die festgenommen wurden, sollten freigelassen werden", sagte Janukowitsch laut seinem Büro.

Die Demonstranten erweiterten ihr Protestlager um weitere Zelte. Auch haben Hochschullehrer begonnen, im Rahmen einer "offenen Universität" neben dem Camp Vorlesungen und Diskussionen abzuhalten. Der reichste Mann des Landes, der bisher regierungsnahe Oligarch Rinat Achmetow, hat sich am Freitag erstmals in einer persönlichen Erklärung mit den Demonstranten solidarisiert. Dies berichtete das neue Portal Espreso.tv (Link: http://espreso.tv/) .

Ermutigender Kontakt zu Merkel

Am Abend zuvor hatte der Oppositionspolitiker Vitali Klitschko (Link: http://www.welt.de/122681740) in einer ARD-Liveschaltung seine Absicht bekräftigt, für das Amt des Staatspräsidenten zu kandidieren. "Ich bin glücklich darüber, wie viel Unterstützung wir in diesen Tagen aus dem Ausland bekommen, besonders aus Deutschland", schrieb Klitschko in der "Bild"-Zeitung. Der Kontakt zu Kanzlerin Angela Merkel und weiteren Politikern sei "sehr ermutigend und hilft uns weiter".

Klitschko hält das neue Entgegenkommen der ukrainischen Regierung bei dem EU-Assoziierungsabkommen für vorgetäuscht. Das sei Propaganda, um die Massen zu beruhigen. Russland treibe Staatspräsident Janukowitsch inzwischen vor sich her. "Ich bin für eine enge Freundschaft zu Russland, aber gegen die Zollunion", so Klitschko. Die Ukraine gehöre zu Europa. Russland versucht mit erheblichem Druck, seine Nachbarn in eine postsowjetische Zollunion zu drängen, aus der 2015 die "Eurasische Union" werden soll.

Unterstützung aus Deutschland

Der Kampf um die Zukunft der Ukraine (Link: http://www.welt.de/themen/ukraine/) zieht auch Deutschland immer mehr in seinen Bann: Am Freitag meldete sich der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Robert Zollitsch (Link: http://www.welt.de/themen/robert-zollitsch/) , zu Wort. "Deutschland hat eine Funktion des Vermittelns und muss diese wahrnehmen", sagte der katholische Geistliche am Freitag. "Der deutschen Regierung kommt die Aufgabe zu, (in Kiew) einen friedensstiftenden Ausgleich zu suchen und diesen stellvertretend für Europa in Gang zu bringen."

Mit einem Appell solidarisieren sich 72 Bürgerrechtler aus der ehemaligen DDR mit der Pro-Europa-Bewegung in Kiew. "Mit Respekt sehen wir Ihren Kampf für eine freie und demokratische Ukraine. Wir schätzen Ihren Mut und die Entschlossenheit, mit der Sie mit Füßen und Fahnen auf den Straßen der Ukraine für die Grundwerte Europas stimmen", heißt es in dem am Freitag verbreiteten Schreiben.

Die Bürgerrechtler, darunter der frühere Leipziger Nikolaikirchen-Pfarrer Christian Führer, bieten den Ukrainern ihre Unterstützung an, damit "Menschen- und Bürgerrechte zum Fundament Ihrer Heimat werden." Sie hoffen außerdem, "dass auch Russland im Herzen Europas ankommen möge", und verurteilen die Gewalt gegen friedliche Demonstranten.

Mitarbeit: Christoph B. Schiltz

LE MONDE
diplomatique

vom 10.1.2014

Eine Chance für die Ukraine

von Jakob Mischke und Andreas Umland

Um den Vertrag mit der Ukraine noch zu ermöglichen, müsste die EU auf Russland Druck ausüben. Andererseits kann Brüssel den Wunsch Moskaus, an den Assoziationsverhandlungen beteiligt zu werden, durchaus als Chance betrachten.

Am 21. November 2013 überraschte der ukrainische Ministerpräsident Mykola Asarow die Europäische Union mit der Erklärung, dass Kiew die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit Brüssel aussetze. Beobachter postsowjetischer Politik hatten zwar nie Zweifel daran, dass der Europakurs des ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch und seiner Regierung bestenfalls halbherzig war.

Doch schien der Assoziierungsvertrag sowohl für den Staats- als auch den Regierungschef der Ukraine eine gute Möglichkeit zu sein, ihre stetig an Popularität verlierende dreieinhalbjährige Regentschaft doch noch in einen Erfolg zu verwandeln. Die Unterzeichnung des geschichtsträchtigen Abkommens hätte insbesondere Janukowitsch zu einer historischen Figur gemacht, seine eventuelle Wiederwahl als Präsident 2015 befördert sowie ihm und seiner Familie darüber hinaus informellen Schutz vor Verfolgung in der Zukunft verschafft.

Auf dem Ostpartnerschaftsgipfel in Vilnius Ende November 2013, auf dem auch Angela Merkel anwesend war und das EU-Ukraine-Abkommen unterzeichnet werden sollte, blieb Janukowitsch jedoch kühl. Zur großen Enttäuschung insbesondere der ukrainischen Intellektuellen und Jugend, die bis zuletzt auf eine positive Wendung gehofft hatten, kehrte der ukrainische Präsident mit leeren Händen von diesem Treffen der EU mit den sechs postsowjetischen Staaten ihres Nachbarschaftsprogramms in die Hauptstadt Kiew zurück. Die darauffolgenden Proteste in vielen Städten der Ukraine erschüttern nun das Regime von Janukowitsch und Asarow in seinen Grundfesten. Die Proteste zeigen, welche Risiken, die wankelmütigen Lenker der Ukraine mit ihrem abrupten Schwenk eingegangen sind.

Janukowitschs und Asarows Weigerung, den von ihrer eigenen Regierung im Sommer 2012 paraphierten und einem offiziellen EU-Integrationsgesetz der Ukraine folgenden Vertrag nun auch zu unterzeichnen, war offenbar keine autonome Entscheidung. Alles deutet darauf hin, dass der während der letzten Monate massiv erhöhte russische Druck auf Kiew eine Rolle spielte, womöglich den Ausschlag gab. Putin möchte ganz offensichtlich, dass die Ukraine, anstatt sich mit der EU zu assoziieren, der Zollunion beziehungsweise der künftigen Eurasischen Union mit Russland, Weißrussland und Kasachstan anschließt.

Offene Warnungen, versteckte Drohungen

Im August 2013 demonstrierte Russland der Ukraine kurz, mit welchen Folgen sie im Falle einer Vertragsunterzeichnung mit der EU rechnen müsste. Durch eine unangekündigte Verschärfung der Zollregeln an der russisch-ukrainischen Grenze wurde nahezu der gesamte ukrainische Export nach Russland für fünf Tage gestoppt. Die Verluste der ukrainischen Exporteure wie auch russischer Importeure gingen in die Millionen. Seither hat es von russischen offiziellen Repräsentanten eine Vielzahl weiterer offener Warnungen und versteckter Drohungen für den Fall gegeben, dass die Ukraine den EU-Assoziierungsvertrag unterzeichnet.

Das russische Druckpotenzial ergibt sich aus der Asymmetrie der Handelsbeziehungen Russlands und der Ukraine. Der Anteil der Ukraine an den russischen Importen beträgt nach Zahlen der WTO 5,5 Prozent. Er

könnte leicht durch Importe aus anderen Ländern oder auch Eigenproduktion ersetzt werden. Dahingegen geht etwa ein Viertel der ukrainischen Exporte nach Russland (ungefähr so viel wie in die EU), ein Drittel in die gesamte von Moskau dominierte Zollunion.

Ein großer Teil der von der Ukraine nach Russland exportierten Waren, etwa diverse Maschinen und Anlagen, kann nicht ohne kostspielige Qualitätsanpassungen auf anderen Märkten abgesetzt werden. Ganze Industriezweige sind daher vom russischen Markt mehr oder minder abhängig. Hinzu kommt, dass die Ukraine auf Rohstoff-, insbesondere Gaslieferungen aus Russland angewiesen ist. Und Putin hat mehrfach, so 2004 bei der Yukos-Affäre(1) oder 2008 beim Georgienkrieg, deutlich gemacht, dass für ihn im Zweifelsfall ökonomische Kalkulationen zweitrangig sind.

Was immer man über Janukowitsch denken mag: Er und seine Regierung, wie die Ukraine insgesamt, stehen vor einem Dilemma. Mittel- bis langfristig mag das Assoziierungsabkommen mit der EU für die Ukraine viele Chancen bieten und den einzigen Weg für eine nachhaltige Modernisierung der maroden Wirtschaft und ineffektiven Verwaltung darstellen. Kurzfristig jedoch haben sich die Kosten für eine Anpassung der ukrainischen Wirtschaft an den EU-Markt durch die angekündigten "Schutzmaßnahmen" Russlands drastisch erhöht.

Im Falle russischer Sanktionen nach Art des Importstopps vom August müsste die Ukraine für ihre EU-Assoziierung mit einem Einbruch ihrer Industrieproduktion, wachsender Arbeitslosigkeit, mit sozialen Unruhen und Währungsverfall bezahlen. Die Wirtschaftslage der Ukraine ist ohnehin prekär - nicht zuletzt weil Russland bereits erste Handelsbeschränkungen, quasi als Vorwarnung, verhängt hat. Weitere russische Importbeschränkungen würden die Ukraine in die Rezession stürzen, die zur Destabilisierung des fragilen Staates führen könnte.

Trotz dieser ernsten geopolitischen Konfrontation in ihrer unmittelbaren Nachbarschaf hat die EU bisher lediglich mit pathetischen Verlautbarungen an die Adresse Russlands und wagen Hilfsversprechen an Kiew reagiert. Vor allem haben die Mitgliedstaaten der EU bisher keinen Zusammenhang zwischen ihren eigenen Handelsbeziehungen mit Russland und dem russisch-ukrainischen Konflikt geschaffen. Die EU erklärt zwar, eine Partnerschaft mit der Ukraine eingehen und sich durch den größten Außenvertrag ihrer Geschichte mit der Ukraine assoziieren zu wollen. Aber tatsächlich als Partner der Ukraine zu agieren und die daraus resultierende Verantwortung zu übernehmen - dazu ist die Union offenbar nicht bereit. Die eigenen lukrativen Russlandgeschäfte und die von der EU mitverursachten Spannungen in den russisch-ukrainischen Beziehungen werden als getrennte Angelegenheiten behandelt.

Mit der geplanten Assoziierung würde die Verantwortung der EU nicht mehr an der ukrainischen Grenze enden, und das Land könnte mit seinen Problemen nicht mehr alleingelassen werden. Das kann zwar nicht bedeuten, dass die EU die zu erwartenden Verluste einfach durch Geldtransfers oder Kredite ausgleicht, wie die ukrainische Regierung es wünscht: Bei der gegenwärtig herrschenden Korruption im ukrainischen Staatsapparat wäre das ohnehin ein Fass ohne Boden. Doch die EU könnte der Ukraine offiziell anbieten und gleichzeitig dem Kreml klar signalisieren, dass die Gleichbehandlung ausländischer Exporteure auf dem russischen Markt von den assoziierten Partnern künftig gemeinsam eingefordert werden wird.

Die EU kann hier zu ihrem eigenen Nutzen sowohl ihre Kompetenz in Schlichtungsverfahren als auch ihr weltwirtschaftliches Gewicht zur Geltung bringen. Sollte die russische Regierung sich auf keine Schlichtung etwa durch die WTO einlassen und Strafmaßnahmen gegen eine mit der EU assoziierte Ukraine rücksichtslos durchsetzen, müsste auch laut über direkte Gegenmaßnahmen gegenüber Moskau nachgedacht werden. Die Union wäre dazu in der Lage: Sie ist der mit Abstand größte Handels- und Innovationspartner Russlands.(2)

Dies könnte die EU in zweifacher Hinsicht ausnutzen: Russland hat viel Erdgas und Dutzende potenzielle Kunden rund um die Welt. Doch die meisten der russischen Pipelines führen gen Westen und können nicht ohne Weiteres ersetzt werden. Zudem braucht Russland die Überweisungen aus Europa dringend. Sollte es tatsächlich zu einem Handelskrieg mit der Ukraine kommen, könnte die EU durch beschleunigte Substitution die Gasimporte aus Russland schneller herunterfahren als bislang geplant - und so auch ihre Abhängigkeit von der russischen Außenpolitik verringern. Ein eindeutiges Signal in diese Richtung kann der Östlichen Partnerschaft wieder Bedeutung verleihen.

Zum anderen könnte die EU Putins Wunsch, in den ukrainischen Assoziierungsprozess einbezogen zu werden, als Chance begreifen. Brüssel könnte Moskau eine Beteiligung an künftigen Absprachen sowie ein dreiseitiges Zusatzmemorandum anbieten und Russland damit an der Schaffung des neuen Freihandelsraums beteiligen. Dies wäre freilich nur dann sinnvoll, wenn dadurch die Unterzeichnung des bereits paraphierten Textes nicht verzögert würde oder das ukrainische Assoziierungsabkommen nicht neu verhandelt werden müsste.

Putin möchte mit der EU zusammenarbeiten, um Russlands Wirtschaft technologisch zu erneuern. Er will dies vor allem, um sein Staatsmodell, in dem er und seine Vertrauten Milliarden zur Seite schaffen können, auch in Zukunft zu sichern. Der Verkauf von Rohstoffen schafft dabei nur kurzfristig Stabilität. Er erlaubt keine nachhaltige Modernisierung der russischen Wirtschaft, was mittelfristig deren Konkurrenzfähigkeit wie auch die Legitimität des Putin-Regimes gefährdet. Ein tatsächlich effektiver Umbau des Wirtschaftssystems kann aber nicht nur durch den Import neuer Technologien erfolgen - die staatliche Verwaltung müsste verbessert werden, was wiederum Risiken für das heutige russische Modell birgt.

Szenarien für die nächsten Wahlen

In einem ähnlichen Zwiespalt, ob sie sich auf regelbasiertes Wirtschaften einlassen sollen oder nicht, befinden sich die ukrainische Führung und die sogenannten Oligarchen. Diese Ambivalenz war ein zweiter wichtiger Grund für der Nichtunterzeichnung des Assoziierungsabkommens im November. Anfang Dezember sah es zwar kurzzeitig so aus, als ob sich einige Oligarchen sowie von ihnen abhängige Parlamentsabgeordnete gegen den Kurs des Präsidenten wenden und auf die Seite der Demonstranten schlagen würden. Doch konnte Janukowitsch nach der raschen Moskauer Milliardenspritze und Gaspreissenkung die Reihen wieder schließen. Damit scheint ein baldiger Rücktritt der Regierung oder gar des Präsidenten, wie es die Demonstranten auf dem Euromaidan fordern, wieder in die Ferne gerückt zu sein.

Die drei Oppositionsparteien Ukrainische demokratische Allianz für Reformen (UDAR), "Vaterland" und "Freiheit" sind auf dem Euromaidan vor allem durch ihre Vorsitzenden und potenziellen Präsidentschaftskandidaten präsent: den ehemaligen Boxer Vitali Klitschko, den Vorsitzenden der Tymoschenko-Partei, Arsenij Jazenjuk, und den Nationalisten Oleh Tjahnybok. Das Interesse der parlamentarischen wie außerparlamentarischen Opposition an der europäischen Integration besteht vor allem darin, die Ukraine vom russischen Einfluss zu befreien, ökonomisch zu modernisieren und zu einem Rechtsstaat zu machen. Dass durch die Assoziierung die ukrainische Wirtschaft kurzfristig Schaden nehmen kann, halten die Oppositionellen für das geringere Übel.

Im Prinzip befürworten alle wesentlichen politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen, mit Ausnahme der Kommunisten, einen proeuropäischen Kurs. Die Parteien haben lediglich unterschiedliche Ansichten darüber, wie mit den Kosten der EU-Integration umgegangen und inwieweit russischem Druck nachgegeben werden soll. Zwar ist die Unterstützung bei der Bevölkerung der Ost- und Südukraine für eine Europäisierung geringer als im Zentrum und Westen; insofern bildet der Euromaidan die Ukraine nicht repräsentativ ab. Doch der Großteil der Elite - Politiker, Professoren, Unternehmer, Künstler wie Beamte - steht hinter der Assoziierung und einer möglichen EU-Mitgliedschaft.

In den anstehenden Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2015 ist Klitschko der mit Abstand aussichtsreichste Kandidat unter den drei Oppositionsführern. Zwar hat er wenig politische Erfahrung und ist ein bislang ungelenker öffentlicher Redner, doch nach Umfragen verfügt der Boxweltmeister bereits jetzt über genug Rückhalt in der Bevölkerung, um im zweiten Wahlgang die Stichwahl gegen Janukowitsch klar zu gewinnen. Bemerkenswert an Klitschkos Popularität ist, dass sie, stärker als bei den anderen Kandidaten, in allen Landesteilen mehr oder minder groß ist.

Die drei Oppositionsparteien sind ideologisch unterschiedlich ausgerichtet und werden von ambitionierten Politikern geführt, die sich in der Vergangenheit häufig gestritten haben. In den letzten Wochen haben die Parteiführer Klitschko, Jazenjuk und Tjahnybok allerdings stets Einigkeit demonstriert. Das gibt Hoffnung, dass die drei Parteien auch in einem künftigen Vorwahlkampf zusammenarbeiten werden. Zwar besteht insbesondere zwischen Klitschkos eher liberaler UDAR-Partei und Tjahnyboks nationalistischer "Freiheit" ein erheblicher programmatischer Bruch. Angesichts ihres skrupellosen Gegners und aufgrund gemeinsam überstandener Konfrontationen mit der Regierung scheint sich jedoch ein nachhaltiger Modus Vivendi zwischen den wichtigsten Oppositionsgruppen herausgebildet zu haben. Auch werden Beobachter und

Aktivisten der Protestbewegung darauf achten, dass die Chance zum Machtwechsel nicht durch Rangeleien in der Opposition vertan wird.

Voraussetzung ist allerdings, dass, zum einen, die Ukraine weiterhin eine Präsidialrepublik bleibt und es, zum anderen, bei den Wahlen mit rechten Dingen zugeht. So könnte Klitschko auch noch kurz vor den Wahlen trotz (oder gerade wegen) seiner großen Popularität von einer Kandidatur ausgeschlossen werden, da nur Personen antreten dürfen, die in den vorhergehenden zehn Jahre dauerhaft in der Ukraine gelebt haben. Der diesbezügliche Gesetzestext ist nicht eindeutig, doch er könnte gegen Klitschko, der eine Villa in Hamburg besitzt und in Deutschland Steuern zahlte, eingesetzt werden. Darüber hinaus muss man damit rechnen, dass das Wahlergebnis, wie schon früher geschehen, durch Stimmenkauf oder Druck auf öffentliche Angestellte manipuliert wird.

In einem zweiten Szenario kann es passieren, dass man sich auf eine Verfassungsänderung einigt und die Ukraine in eine parlamentarische Republik verwandelt. In diesem Fall läge das Zentrum der Macht in der Werchowna Rada (Oberster Rat). Falls es bei einer solchen Machtverschiebung nicht zu Neuwahlen käme, entspräche die Sitzverteilung dem vielfach kritisierten Ergebnis der Parlamentswahlen vom Oktober 2012. Damals konnte die jetzige Mehrheit für die Regierungspartei und die Kommunisten nur mit diversen Tricks und Manipulationen gesichert werden. Auch bei diesem Szenario bleibt jedoch unbestimmt, wie die künftige Führung aussehen würde: Da Janukowitsch' Partei der Regionen ein Konglomerat verschiedener Interessenvertretungen ist, könnte sie bei einer Fortsetzung der politischen Krise 2014 oder 2015 eine neue Regierung bilden, in eine proeuropäisch und eine prorussische Fraktion auseinanderbrechen oder die Koalition mit einer der Oppositionsparteien suchen.

Die innen- wie außenpolitische Zukunftsperspektive bleibt unklar - wie auch immer die gegenwärtige Krise ausgeht, ob die Präsidentschaftswahlen tatsächlich 2015 stattfinden und wer sich am Ende durchsetzt. Selbst bei einer stabilen Fortführung der jetzigen Regierung kann das Kalkül der ukrainischen Oligarchen, die weiterhin eine entscheidende Rolle spielen, eine andere Richtung opportun erscheinen lassen. Womöglich wäre dann auch Janukowitsch, entweder in seiner jetzigen oder einer nächsten Amtszeit, wieder daran interessiert, das Assoziierungsabkommen zu unterzeichnen.

Unabhängig von der Position der künftigen ukrainischen Regierung sollte der Wunsch des Kreml, in die Verhandlungen zum Abschluss der EU-Assoziierungsabkommen mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft eingebunden zu werden, nicht von vornherein als Störfaktor betrachtet werden. Eine trilaterale Gesprächsrunde Brüssels, Moskaus und Kiews über den Abbau von Handelshindernissen kann als Instrument zum schrittweisen Export europäischer Werte und Normen über die Ostpartnerschaftsländer hinaus begriffen werden. Die EU muss dabei die Moskauer Bedenken ernst nehmen und deutlich machen, dass es nicht darum geht, die Ukraine aus dem russischen Machtbereich herauszulösen und in ihren eigenen zu integrieren. Selbst wenn ein solcher Kompromiss nicht zustande käme oder erfolglos wäre: Allein der Vorschlag würde die Position Moskaus schwächen. Brüssel hätte guten Willen gezeigt, und Moskau könnte nicht mehr die Rolle des als Schmuddelkind von Europa ausgeschlossenen Opfers einnehmen.

Es liegt längerfristig ohnehin im Interesse der EU, dass international vereinbarte Rechtsprinzipien und Konfliktregelungsmechanismen für den Austausch von Waren und Dienstleistungen auch über die Grenzen der Freihandelszonen mit den Ländern der Ostpartnerschaft hinaus funktionieren.

Fußnoten:
(1) Im Zusammenhang mit den Anklagen gegen Michail Chodorkowski wurde der größte russische Konzern Yukos 2004 in den Ruin getrieben.
(2) 45 Prozent der russischen Exporte gehen in die EU; drei Viertel der Direktinvestitionen in Russland kommen aus EU-Unternehmen. Russland ist Abnehmer für 7,3 Prozent der EU-Exporte.

Jakob Mischke betreibt das ForumNET.Ukraine (**www.forumnetukraine.org**). Andreas Umland ist DAAD-Lektor für Politikwissenschaft an der Kiewer Mohyla-Akademie.

Le Monde diplomatique Nr. 10306 vom 10.1.2014, 502 Zeilen, Jakob Mischke / Andreas Umland

Bitte beenden Sie Ihr Schweigen !

Offener Brief zur aktuellen Situation in der Ukraine

Großhennersdorf, den 27. Januar 2014

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel,
sehr geehrter Herr Außenminister Steinmeier,

dieses Jahr jährt sich zum 25. Mal die Friedliche Revolution und der Mauerfall. Nach fast 60 Jahren ununterbrochener Diktatur im Osten Deutschlands hat unser Volk das Tor aufgestoßen zu Freiheit und Demokratie in einem vereinten Deutschland. Wir tun in diesem Land alles, um die Bedeutung und die Würde dieser Ereignisse im Bewusstsein der Menschen wachzuhalten. Es heißt zu recht, dass wir aus diesem Geist heraus Gegenwart und Zukunft unsers Landes und Europas mitgestalten.

Wir Deutschen waren auf diesem Weg seit 1989 nie allein und haben nach anfänglicher Irritation, auch einiger großer Mächte, ein einhelliges Votum für unsere erkämpfte Chance bekommen. Nun dürfen wir aber über diese Erfolgsgeschichte um Himmelswillen nicht vergessen, dass sich daraus für uns die sehr große Verpflichtung ergibt, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln auch denen beizustehen, die unseren Werten verpflichtet um ihre Freiheit in Europa kämpfen.

An dieser Stelle müssen wir unbedingt über die Ukraine reden. Mit Bestürzung müssen wir feststellen, dass Sie, die derzeitigen politischen Repräsentanten unseres Landes, dieser Verantwortung in keiner Weise gerecht werden. Der millionenfach artikulierte Ruf nach Freiheit vom Majdan in Kiew und inzwischen aus fast allen anderen Landesteilen der Ukraine hat einen klaren und unmissverständlichen Beistand im Namen unseres Volkes und des freien Europas verdient. Und das besonders in einer Situation, in der nun auch die äußerste Gewaltanwendung des Regimes Janukowitsch zu befürchten ist und Russlands Regierung offen neoimperial agiert. Sie dürfen uns nicht missverstehen, wenn wir klare und deutliche Assoziationen zum Volksaufstand am 17. Juni 1953 haben, besonders zum Versagen von damals.

Wir wissen, dass den aufständigen Ukrainern sehr bewusst ist, dass sie sich von Deutschland und der EU nicht zuviel versprechen können. Aber sie müssen erwarten dürfen, dass insbesondere Sie ganz klar die grundsätzliche Legitimität ihres Protestes herausstellen, dass Sie die politischen Ziele unterstützen und dass Sie klar benennen, welche Bedeutung eine freie Ukraine für Deutschland hat. Wir erwarten, dass Sie sich in der EU dafür einsetzen, dass der Ukraine im Rahmen des ausgearbeiteten Assoziierungsabkommens eine eineindeutige europäische Perspektive aufgezeigt wird. Wir erwarten weiterhin dringlich, dass Deutschland und die EU mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dem russischen Präsidenten deutlich machen, dass das Selbstbestimmungsrecht des ukrainischen Volkes als allerhöchstes Gut betrachtet wird. Setzen Sie sich ohne Wenn und Aber öffentlich dafür ein, dass die Regierung Janukowitsch sofort zurücktritt, um den Weg für Neuwahlen freizumachen und machen Sie ebenso deutlich, dass Sie die Ukraine nicht mehr als Janukowitsch's innere Angelegenheit betrachten.

Die Zeit drängt !

Wir fühlen uns ausdrücklich dem Inhalt und Geist des Appells von Tomasz Różycki an die polnische Regierung verbunden (siehe Anhang).

In respektvoller Hochachtung,

Andreas Schönfelder, Thomas Pilz
Umweltbibliothek Großhennersdorf

An

den Sejm, den Premierminister, den Außenminister der Republik Polen, an alle, die handeln können und sollten:

Hiermit appelliere ich an die

Regierenden der Republilk Polen, mit sofortiger Wirkung Sanktionen gegen die aktuellen Machthaber in der Ukraine – mit Wiktor Janukowytsch an der Spitze – zu verhängen, da ihnen die Eskalation des Widerstands, das Blutvergießen, die Vernichtung der Demokratie in der Ukraine und der Kampf gegen das eigene Volk anzulasten sind. Das schiere Ausmaß der Gewalt, der Missachtung der Menschenwürde und der bürgerlichen Freiheiten, für die das heutige politische Regime die Verantwortung trägt, ist ein unvorstellbarer Skandal, der die europäischen Werte herabwürdigt, auf die wir doch so stolz sind. Dort sterben Menschen. Ich vermag mir nicht vorzustellen, dass Polen gelassen ein weiteres Blutvergießen abwartet, Gewalt und Diktatur toleriert und zulässt. Ich rufe hiermit zum diplomatischen Handeln auf, wenn es tatsächlich Werte gibt, die uns einen und nach denen wir leben wollen. Die Ukrainer, die in unser Europa wollen, wollen in ein Europa, das seine Freiheiten verteidigt, nicht in ein Europa, dass die Missachtung menschlichen Lebens und der Menschenwürde kalt lässt. Worauf warten wir noch? Jede Stunde des Zauderns kann das Leben weiterer Opfer kosten.

Tomasz Różycki

Donnerstag, 23.01.2014 | 2399 Aufrufe

Offener Brief von Jurij Andruchowytsch

Liebe Freunde und vor allem internationale Journalisten und Redakteure,

an diesen Tagen bekomme ich von Ihnen sehr viele Briefe mit Bitten, die aktuelle Situation in Kiew und in der Ukraine generell zu beschreiben, das, was gerade passiert, zu bewerten und meine Vision wenigstens der nächsten Zukunft zu formulieren. Da ich einfach rein physisch nicht imstande bin, für jede Ihrer Zeitschriften einen ausführlichen analytischen Aufsatz zu verfassen, habe ich mich für diese kurze Ansprache entschieden, die jeder von Ihnen je nach Bedarf verwenden kann.

Die wichtigsten Dinge, die ich Ihnen sagen muss, sind folgende:

Während der knapp vier Jahren seiner Herrschaft brachte das Regime des Herrn Janukowytsch das Land und die Gesellschaft bis zu einem Zustand äußerster Spannung. Noch schlimmer – es trieb sich selbst in eine Sackgasse, wodurch er sich auf Dauer und mit allen Mitteln an der Macht halten muss, um nicht strafrechtlich hart zur Verantwortung gezogen zu werden. Die Dimensionen des gestohlenen und rechtswidrig angeeigneten übersteigen jegliche Vorstellungen von menschlicher Habsucht.

Die einzige Antwort, die dieses Regime schon seit über zwei Monaten gegenüber den friedlichen Protesten verwendet, ist die Gewalt, und zwar eine eskalierende, eine „kombinierte“ Gewalt: Angriffe der Polizeisondertruppen auf den Maidan werden ergänzt durch individuelle Verfolgung oppositioneller Aktivisten und einfacher Teilnehmer der Protestaktionen (Beobachtung, Prügel, Verbrennung von Autos und Wohnungen, Einbrüche, Verhaftungen, Gerichtsprozesse wie vom Fließband). Das Schlüsselwort ist dabei die Einschüchterung. Da es nicht funktioniert und die Menschen um so massenhafter protestieren, greift das Regime zu immer härteren Repressalien.

Eine entsprechende „Rechtsgrundlage“ schuf es am 16. Januar, als die vom Präsidenten völlig abhängigen Abgeordneten mit allen möglichen Prozedur-, Tagesordnungs- und sogar Verfassungsverletzungen durch Handheben (!) innerhalb von wenigen Minuten (!) über eine Reihe von Gesetzesänderungen abstimmten, die tatsächlich im Land eine Diktatur und einen Ausnahmezustand einführten, ohne den explizit ausrufen zu müssen. Indem ich zum Beispiel diesen Text schreibe und verbreite, falle ich unter einige strafrechtliche Paragraphen daraus, etwa für Dinge wie wie „Verleumdung“, „Aufhetzung“ etc.

Nun ja, wenn man diese Gesetze akzeptiert, muss man davon ausgehen, dass in der Ukraine alles verboten ist, was von den Machthabern nicht erlaubt wird. Und erlaubt ist nur eines – zu gehorchen.

Die ukrainische Gesellschaft akzeptierte diese „Gesetze“ nicht, und am 19. Januar trat sie wieder zahlreich auf – um ihre Zukunft zu verteidigen.

In den Fernsehnachrichten aus Kiew können Sie heute Protestierende in aller Art Helmen und Masken sehen, manche haben Holzstöcke in der Hand. Glauben Sie nicht, dass das irgendwelche „Extremisten“ „Provokateure“ oder „Rechtsradikale“ sind. Auch meine Freunde und ich gehen zu unseren Kundgebungen jetzt in solcher oder ähnlicher Ausstattung. In diesem Sinne wären heute auch ich, meine Frau, meine Tochter und unsere Freunde „Extremisten“. Es bleibt uns nichts übrig: wir schützen das Leben und die Gesundheit – von uns und von unseren Angehörigen. Auf uns schießen Soldaten der Sicherungsstreitkräfte, unsere Freunde werden von ihren Scharfschützen umgebracht. Die Zahl der getöteten Aktivisten betrug nur im Regierungsviertel und nur an den zwei letzten Tagen nach verschiedenen Angaben 5 oder 7 Personen. Dutzende Menschen in Kiew sind verschollen.

Wir können die Proteste nicht stoppen, denn das würde bedeuten, dass wir mit einem Land in der Form eines lebenslangen Gefängnisses einverstanden sind. Die junge Generation der Ukrainer, die in der postsowjetischen Zeit aufgewachsen sind, akzeptiert grundsätzlich keine Diktatur. Wenn die Diktatur siegt, wird Europa mit der Aussicht eines Nordkoreas an seiner Ostgrenze rechnen müssen und – nach unterschiedlichen Einschätzungen – mit zwischen 5 und 10 Millionen Flüchtlingen. Ich will Ihnen keine Angst machen.

Wir haben hier die Revolution der Jungen. Der unerklärte Krieg der Macht ist vor allem gegen sie gerichtet. Abends, wenn es dunkel wird, bewegen sich unbekannte Gruppen von „Menschen in Zivilkleidung“ durch Kiew, die hauptsächlich junge Menschen angreifen, vor allem diejenigen, die die Maidan-Symbole – sprich EU-Symbole – tragen. Diese Menschen werden entführt, in den Wald

gebracht, dort entkleidet und in der bitteren Kälte gefoltert. Seltsamerweise sind Opfer von solchen Festnahmen am häufigsten junge Künstler – Schauspieler, Maler, Dichter. Man hat den Eindruck, als ob irgendwelche „Todesschwadrone“ ins Land eingelassen worden wären, deren Aufgabe es ist, das Beste, das es hat, zu vernichten.

Noch ein markantes Detail: Die Polizisten nutzen Kiewer Kliniken als Fallen für verletzte Protestierende, nehmen sie dort fest und (ich wiederhole – Verletzte!) verschleppen sie zum Verhör in unbekannte Richtung. Es ist extrem gefährlich geworden, auch für einfache Passanten, die zufällig mit einem Splitter einer Polizei-Kunststoffgranate verwundet worden sind, sich ins Krankenhaus zu wenden. Ärzte sind ratlos und überlassen ihre Patienten den sogenannten „Rechtsschützern“.

Zusammenfassend: In der Ukraine sind Verbrechen gegen Menschlichkeit im vollen Gange, für die die heutige Macht verantwortlich ist. Wenn es in dieser Situation auch wirklich Extremisten gibt, so ist das die Spitze des Staates.

Und nun zu den beiden Ihren Fragen, die für mich traditionell am schwierigsten sind: Ich weiß nicht, was weiter kommt, und ich weiß nicht, was Sie für uns tun können. Sie können jedoch diese meine Ansprache je nach Ihren Möglichkeiten und Kontakten verbreiten. Und noch – leiden Sie mit uns mit. Denken Sie an uns. Wir werden trotzdem gewinnen, trotz aller Ausschreitungen. Das ukrainische Volk erkämpft die europäischen Werte einer freien und gerechten Gesellschaft schon jetzt ohne Übertreibung mit eigenem Blut. Ich hoffe sehr, dass Sie das schätzen werden.

23. Januar 2014 // **Jurij Andruchowytsch**

Übersetzerin: **Olha Sydor** (kleine redaktionelle Anpassungen: **Martin Dietze**)

Geraubte Zukunft: Reiche Machthaber, arme Ukraine

10.02.2014 | 18:18 | Von Tymofiy Havryliv (Die Presse)

Am Majdan geht es nicht um die EU. Er geht um Würde und Freiheit.

Es war etwas Phantasmagorisches daran, als das ukrainische Staatsoberhaupt, Viktor Janukowitsch, noch im Frühherbst 2013 auf eine Annäherung mit der Europäischen Union zusteuerte: ein Mann, der die ganze Macht im Land in seinen Händen konzentrierte. Ein Mann, der die Sicherheitskräfte beachtlich vergrößert und ihre Finanzierung wesentlich angehoben hat, dafür blieben sämtliche lebenswichtigen Bereiche unterfinanziert.

Ein Mann, der das Parlament, Instrument und Symbol einer modernen Demokratie, zu einer Art Kanzlei herabstufte, in der Gesetze verabschiedet werden, die die meisten Abgeordneten niemals zu Gesicht bekommen haben. Ein Mann, der die Gewaltenteilung für einen Trick seiner Konkurrenten oder gar des Westens hält.

Der Schock des 21.November

Viktor Janukowitsch und das Assoziierungsabkommen mit der EU? Man fragte sich nicht. Man freute sich. Sogar die an und für sich kritischen Geister waren fasziniert, dass eine starke Hand das Land in Richtung Westen steuert. Irgendwie wird es schon sein. Die westlichen Winde werden schon einen positiven Einfluss auf den Präsidenten ausüben.

Die Generation der Dissidenten sah darin die Erfüllung ihrer lang ersehnten Wünsche, die sie zur Sowjetzeit mit erheblichen Freiheitsstrafen hatten bezahlen müssen. Man übersah, dass inzwischen eine neue Generation von Bürgerrechtlern da war – der Kritiker des Regimes von Viktor Janukowitsch.

Dann kam der 21.November 2013 – ein Schock für alle. Die Jugendlichen fühlten sich ihrer Zukunft beraubt und gingen auf den Majdan. Ihr friedlicher Protest wurde in der Nacht am 30.November aufs das Brutalste niedergeschlagen. Es gingen Hunderttausende auf die Straßen. Es ging nicht mehr um das Assoziierungsabkommen. Nicht in erster Linie. Es ging um die Zukunft, um das Heute und Morgen. Es ging um Würde und Freiheit. Menschen wurden verprügelt, verschleppt und getötet. Das Wort Todeseskadronen fiel. Die Gesetze vom 16.Jänner 2014 bekräftigten die Diktatur.

Mykola Asarows Lügen

Nachdem die Protestierenden und die Opposition den Rücktritt von Mykola Asarow, der an der Spitze der ukrainischen Regierung gestanden war, erzwungen hatten, begab der sich als Erstes ausgerechnet nach Wien, wo sein Sohn die Vorzüge der von Herrn Asarow so verpönten Demokratie genießt. Monatelang schreckte Herr Asarow die Ukrainer mit der EU und ihren Werten. Monatelang verbreitete er über das Leben und die Zustände in der EU Lügen.

Die Demonstranten am Majdan bezeichnete Asarow, der der Korruption beschuldigt wird, als „Terroristen". Während die ukrainischen Bürger sich bei den EU-Konsulaten anstellen und sich einem regelrechten Verhör unterziehen müssen, um in den Schengen-Raum einreisen zu dürfen, verfügen die Vertreter des Regimes und ihre Finanziers über ungehinderte Reisefreiheit.

London, nicht Moskau

Die Familien der Vertreter und Nutznießer des Regimes leben im Westen, ihr Kapital und ihre Liegenschaften befinden sich in der EU und in den Steueroasen der Welt. Ihre Kinder studieren nicht in Moskau, sondern in London. Sie, die die Menschenrechte im eigenen Land mit Füßen treten, wollen von allen respektiert werden. Sie sind reiche Leute. Dafür ist die Ukraine arm. Zur Gänze heruntergewirtschaftet. Von diesen Leuten.

Tymofiy Havryliv (geboren 1971 in Iwano-Frankiwsk) studierte Germanistik, Literaturwissenschaft und Philosophie in Lviv. Er ist Schriftsteller, Übersetzer und Blogger, schreibt Lyrik, Erzählungen, Essays, Romane. Auf Deutsch erschienen ist sein Roman „Wo ist dein Haus, Odysseus? (Ammann Verlag, Zürich 2009).
E-Mails an: **debatte@diepresse.com**



Proteste in der Ukraine 18. Februar 2014

Live-Streams aus Kiew

Euromaidan - Chronologie der Ereignisse

Vorläufiges Fazit der Verhandlungen zwischen Opposition und Präsident

18. Februar 2014

MEHRERE TOTE BEI AUSEINANDERSETZUNGEN AM PARLAMENT - POLIZEITRUPPEN STÜRMEN MAIDAN

21:50 Seit Beginn des Sturms des Maidan sind fünf Demonstranten und ein Soldat der Polizeitruppen gestorben. Damit gab es heute schon 15 Todesopfer in der Ukraine.

21:40 Alle Krankenwagen Kiews sind im Dauereinsatz. Alle 17 Krankenhäuser Kiews sind mittlerweile mit Verletzten vollgestopft.

21:30 In Lwiw haben Demonstranten auch das Gebäude der Polizei besetzt.

21:15 Den Demonstranten ist es offenbar gelungen, den Angriff der Polizeitruppen von der Seite des Europäischen Platzes zurückzuschlagen.

21:10 Auf dem Maidan ist ein weiterer Angehöriger der Polizeitruppen gestorben. Nach Medienangaben erlitt er eine Schussverletzung.

21:07 Brände sind im Einkaufszentrum "Globus" auf dem Maidan und im Gewerkschaftsgebäude ausgebrochen.

21:05 In Lwiw und Iwano-Frankiwsk haben Demonstranten die zuvor freigegebenen Gebäude der Gebietsverwaltungen wieder gestürmt.

20:58 Auch von der Seite des Europäischen Platzes gehen die Polizeitruppen jetzt zum Angriff über. Der Maidan wird damit von zwei Seiten aus attackiert. 20.000 Menschen halten weiter aus.

20:45 Die Flammen auf dem Maidan nähern sich dem Zentrum des Maidans, der Bühne, an.

20:45 Nach Medienberichten ist es US-Vizepräsident gelungen, eine Gespräch mit Janukowytsch zu führen.

20:28 Es ist eine Schande, dass aufgrund irgendwelcher GEMA-Bedenken die Youtube-Livestreams von Espresso TV und des 5. Kanals in Deutschland nicht verfügbar sind.

20:20 Der Maidan steht in Flammen. Schwarze Rauchschwaden hängen über dem Kiewer Stadtzentrum. Die Metro ist stillgelegt, der einzige berichtende Fernsehkanal landesweit abgeschaltet.

20:20 Nach Medienberichten versuchen sowohl Angela Merkel als auch Jose Barroso Präsident Janukowytsch zu erreichen. Janukowytsch ist den ganzen Tag abgetaucht und geht nicht ans Telefon. Beobachter in Kiew werten dies als ein Zeichen, dass nach der gestrigen erneuten Milliardenhilfe schon der russische Präsident Putin über die Ereignisse in der Ukraine entscheidet.

20:14 Aus der Richtung des Michailowski-Platzes strömen immer mehr Menschen auf den Maidan. Mut und Entschlossenheit der Ukrainer sind bewundernswert.

20:10 Vor den Barrikaden in der Institutski-Straße brennt ein Wasserwerfer.

20:05 Vitali Klitschko befindet sich im Gewerkschaftshaus. Arsenij Jazenjuk versucht direkte Verhandlungen mit Präsident Janukowytsch aufzunehmen. Janukowytsch geht nach verschiedenen Berichten nicht ans Telefon, auch nicht für zahlreiche ausländische Regierungschefs, die versuchen, ihn zu erreichen.

19:55 Ein Schützenpanzer (BTR) brennt auf dem Kreshatyk. Kiewer Bürger stellten sich in der Stadt einem weiteren BTR in den Weg und zwangen das Fahrzeug zur Umkehr.

19:50 Jazenjuk und Klitschko rufen die Polizeitruppen auf, sich 200 Meter zurückzuziehen und die Gewalt einzustellen. Sie kündigten an, dass sie vom Maidan nicht zurückweichen werden.

19:45 Auf dem Maidan gibt es ein weiteres Todesopfer unter den Demonstranten.

19:30 Die Liveübertragung des 5. Kanals ist jetzt auch im Kabel und per Satellit ausgefallen. Die Ukrainer haben keine Quelle für direkte Informationen vom Maidan mehr.

19:30 Am heutigen Tag gab es in Kiew bisher neun Tote, sieben Demonstranten und zwei Angehörige der Sicherheitskräfte.

19:20 Von der Bühne sind Erklärungen zu hören, dass die Demonstranten nur friedlich auf dem Maidan bleiben wollen. Sie rufen die Sicherheitskräfte auf, nicht weiter Gewalt anzuwenden. Die Demonstranten singen die ukrainische Nationalhymne.

19:16 Die Polizeitruppen versuchen mit drei Wasserwerfern die Barrikaden in der Institutska-Straße zu durchbrechen. Schüsse sind zu hören. Demonstranten werfen Molotow-Cocktails und Steine. Auf dem Maidan halten weiter 20.000 Menschen aus.

19:15 Der ukrainische 5. Kanal, der als einziger live vom Maidan berichtet, wurde aus dem analogen Empfangsetz genommen.

19:10 Rinat Achmetow, reichster Oligarch der Ukraine, hat zur Einstellung der Gewalt gegen ukrainische Bürger aufgerufen.

19:00 Auf dem Maidan befinden sich derzeit etwa 20.000 Demonstranten.

19:00 Im Kiewer Stadtzentrum sind mehrere Schützenpanzer und Wasserwerfer aufgefahren.

18:55 Die ukrainischen Sicherheitskräfte rufen Frauen und Kinder auf, den Maidan zu verlassen, da sie dort eine "antiterroristische Operation" durchführen würden.

18:55 Die ukrainische Führung - Regierung und Präsident - melden sich nicht zu Wort, während im Kiewer Stadtzentrum bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen.

18:50 Mehrere hundert Polizeitruppen rücken in der Institutska-Straße auf den Maidan vor. Die Barrikaden brennen.

18:50 Die Demonstranten verstärken die verbliebenen Barrikaden auf dem Maidan.

18:50 Die Polizei versperrt den Verkehr auf den Einfahrtsstraßen nach Kiew. Die Straßen in Kiew sind voller Menschen, die Metro ist komplett stillgelegt.

18:30 Sicherheitskräfte der Einheit Alfa des Geheimdienstes und Berkut des Innenministeriums mit Schusswaffen stürmen die Barrikaden auf dem Kreshatyk und in der Institutska-Straße.

18:00 Die gesamte vierte Etage des Gewerkschaftsgebäudes, in dem der Stab der Demonstranten eingerichtet ist, ist voll mit Verletzten.

16:30 Aus dem ganzen Stadtzentrum von Kiew gibt es Berichte von extrem brutalen Übergriffen der Polizeitruppen auf Demonstranten. In vielen Videos und Streams sind brutale Misshandlungen zu sehen, bei denen meist mehrere Polizisten einzelne Demonstranten brutal schlagen und treten.

16:20 Polizeitruppen haben den Europäischen Platz besetzt und die Hrushewskij-Straße geräumt. Das Ukrainische Haus (Kongresszentrum) wurde gestürmt und die Demonstranten verhaftet. An den Barrikaden in der Institutski-Straße stehen mehrere hundert Polizeitruppen mit Wasserwerfen und Räumgerät.

15:50 Polizeitruppen stürmen die Barrikaden des Maidan mit Wasserwerfern und schwerem Gerät.

15:50 Viele Journalisten berichten von gezielten Angriffen der Sicherheitskräfte auf Korrespondenten und Kameraleute.

15:45 Tausende Polizeitruppen schlagen auf ihre Schilde und gehen von mehreren Seiten auf den Maidan zu.

http://zik.ua/pl/news/2014/02/20/na_majdanie_zgin_29letni_wykadowca_ukraiskiego_uniwersytetu_katolickiego_462818

Na Majdanie zginął 29-letni wykładowca Ukraińskiego Uniwersytetu Katolickiego

Dzisiaj z rana na Placu Niepodległości w Kijowie został zastrzelony przez snajpera służb specjalnych 29-letni wykładowca Ukraińskiego Uniwersytetu Katolickiego Bogdan Solczanyk.



O czym na swej stronie w Facebook poinformował dyrektor Religijno-Informacyjnej Służby Ukrainy Taras Antiszewski.

NZZ.CH
Neue Zürcher Zeitung

Donnerstag, 6. März 2014, 05:48

Putin wie Hitler?

Geschichtslektion von Hillary Clinton

Beat Ammann, Washington   Donnerstag, 6. März 2014, 05:48



Hillary Clinton während ihrem Auftritt an der University of California. *(Bild: AP / Keystone)*

Hillary Clinton, einst First Lady und vor der Weltöffentlichkeit betrogene Ehefrau, dann Senatorin, dann Aussenministerin, hält die Öffentlichkeit im Ungewissen über ihre Zukunft. Die Mehrheit der Auguren neigt wohl zur Ansicht, sie riskiere 2016 einen zweiten Anlauf, um als erste Frau Staatsoberhaupt der Vereinigten Staaten zu werden. Sie ist schon auf jede erdenkliche Weise gefragt worden, ob sie antrete, doch hat sie sich nicht festgelegt.

Erfahrung und Fehler

Sie hält quer durchs weite Land Reden – oft für gutes Geld –, mischt sich aber normalerweise nicht mit Kommentaren ins Tagesgeschäft ein. Ihre lange Erfahrung in der Politik wird ihr oft als Plus angerechnet, etwa im Vergleich zu Barack Obama, der lediglich ein paar Jahre Senator gewesen war, ehe er sich ins Weisse Haus zu katapultieren vermochte. Allerdings wird es auch desto leichter, jemandem Fehler und Irrtümer anzulasten, je länger jemand an hohen Stellen präsent war.

Das dreiste Vorgehen Putins gegenüber der Ukraine hat Clintons Rolle beim «reset» wieder ins Gespräch gebracht, mit dem Obama zu Beginn seiner Amtszeit die Beziehungen mit Russland neu lancieren wollte. Gegner Obamas werfen ihm verstärkt vor, er sei naiv gewesen, und Putin habe ihn seither an die Wand

gespielt. Obama habe Amerikas Position in der Welt geschwächt, und mangels Katze tanzten nun die Mäuse. Clinton als Obamas Aussenministerin trug diese Politik mit und setzte sie um.

Zwar steht das Urteil darüber aus, ob Putin auf der Krim wirklich aus einer Position der Stärke handle, doch gehört es zum innenpolitischen Spiel, dass Hillary Clintons zahllose Opponenten nun frohlocken. Sie sei dafür mit verantwortlich, dass Putin sich gewiss sei, den Amerikanern auf der Nase herum tanzen zu können. Clinton hat sich nun mit einem Vergleich zu Wort gemeldet, der von solch kurzfristigen allfälligen Kausalketten ablenkt.

Ein grober Kerl

Die frühere Aussenministerin verglich in einer Rede in Kalifornien Putins Vorgehen mit jenem von Hitler, ohne die beiden Personen gleichzusetzen. Putin will laut eigenen Angaben die Ukrainer russischer Herkunft oder Abstammung vor angeblicher Aggression durch nicht-russische Ukrainer schützen. Hitler benutzte analoge Argumente, um sogenannte Volksdeutsche, die weit herum in Osteuropa lebten, «heim ins Reich» zu holen, wie es damals hiess. Genauer, das Dritte Reich kam zu ihnen, in Gestalt von Hitlers Angriffs- und Eroberungskriegen.

Einer der schärfsten Kritiker Obamas und Clintons, Senator McCain, benutzt eine ähnliche Argumentation, um zu begründen, warum die Reaktion der amerikanischen Regierung völlig ungenügend sei. Der Republikaner McCain, der sich selbst zwei Mal um die Präsidentschaft bewarb, wies darauf hin, dass in vielen anderen Ländern Russen lebten, etwa in Polen und in den baltischen Ländern. Er sagte zwar nicht, Putin werde demnächst dort einmarschieren, doch mahnt er zur Vorsicht. Hillary Clinton liess indessen ihre Vertrautheit mit den handelnden Personen glänzen. Sie kenne Putin – und seinesgleichen: ein grober Kerl mit dünner Haut.

Clinton relativiert Vergleich zwischen Putin und Hitler

(ap) Die frühere amerikanische Aussenministerin Hillary Clinton hat ihren Vergleich zwischen Adolf Hitler und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin relativiert. Sie habe Putin nicht direkt mit Hitler verglichen, stellte sie am Mittwoch in einer Rede an der Universität von Kalifornien in Los Angeles klar. Vielmehr habe sie am Vortag in Long Beach erklärt, dass die Haltung Russlands auf der Krim an Aussagen erinnere, die Deutschland während der 30er Jahre getätigt habe.

«Ich will jeden dazu anhalten, eine ein wenig historische Sichtweise zu haben», sagte sie am Mittwoch in Los Angeles. «Ich habe sicher keinen Vergleich getätigt. Aber ich empfehle, dass wir etwas aus dieser Taktik lernen können, die früher schon benutzt wurde», sagte sie.

Offener Brief an Günther Jauch zur Sendung "Putins Machtspiele = Gibt es jetzt Krieg?"

Sehr geehrter Herr Jauch,
am vergangenen Sonntag haben Sie sehr kurzfristig die Lage in der Ukraine zum Thema Ihrer Sendung gemacht. Ihr Anliegen, bewegende Ereignisse brandaktuell zu diskutieren, ist verständlich. Befremdend jedoch, auf welchem Niveau und vor allem mit welchen „Experten" Sie darüber diskutiert haben.

Erlauben Sie mir, Ihnen dies zu verdeutlichen: Der Titel Ihrer Talkshow: „Putins Machtspiele – gibt es jetzt Krieg?" ließ eine der Aufklärung verpflichtete und politisch ausgewogenen Diskussion erwarten. Umso verblüffter war der interessierte Zuschauer allerdings, mit welchen Experten Sie diese Sendung, auf die Sie sich inhaltlich offenbar nur begrenzt vorbereiten konnten, zu führen gedachten.
Um jeden falschen Eindruck zu vermeiden: Es steht mir nicht zu, Ihren Diskussionspartnern pauschal die Kompetenz abzusprechen, obwohl die Frage auf der Hand liegt, was Herrn Gysi für seine Teilnahme qualifiziert hat, außer dass er für diesen Abend bereits zugesagt hatte. Dabei wäre es durchaus spannend gewesen, Herrn Gysi zu hinterfragen, warum sich seine Partei mit den Unabhängigkeitsbestrebungen unserer östlichen Nachbarstaaten von Russland so schwer tut und so viel Verständnis für Präsident Putins Politik aufbringt. Bedauerlicherweise haben Sie das verpasst. Stattdessen gaben Sie Herrn Gysi erneut die Gelegenheit, wahlweise den GAZ-Putin-Freund Gerhard Schröder oder Kofi Anaan als Vermittler zwischen Europa, Russland und der Ukraine vorzuschlagen. Es fehlten nur noch der Dalai Lama sowie Egon Krenz und Hans Modrow, die dann übersetzen könnten. Allein seiner Aussage: „Wir wissen sehr wenig – und das ist die Wahrheit" konnte man uneingeschränkt zustimmen.

Doch nicht Herr Gysi alleine trug zum erschreckenden Niveau Ihrer Sendung bei. Auch die Besetzung der weiteren Runde führte unweigerlich zu der Annahme, dass Sie nicht bemüht waren oder es Ihnen in der Kürze der Zeit nicht gelungen war, aktiv mit dem Thema befasste Politiker bzw. sachkundige Experten zu gewinnen. Deswegen frage ich, ob es nicht besser gewesen wäre, es bei der ursprünglichen und sicher gehaltvolleren Debatte über Armutsunterschiede in Deutschland zu belassen als eine solch peinliche und dürftige Diskussion zu führen.

Ich kann und will nicht auf all die kruden Behauptungen eingehen, die in Ihrer Sendung gefallen sind. Allein Ihre Zwischenfragen: „Wo liegt die Ukraine, wie tickt sie, wie russisch ist sie?" hatten oft das scherzhafte Niveau Ihrer Eingangsfragen von „Wer wird Millionär". Dafür braucht man in Wikipedia-Zeiten wahrlich keinen Polittalk. Leider fehlte andererseits im Bildbeitrag über die Krim, dass die Tataren, die ursprünglichen Bewohner der vom Zaren eroberten Halbinsel, auf Stalins Befehl im August 1944 (ein vergessener Jahrestag) unter großem Leid und Opfern komplett deportiert wurden und erst 1988 sich im Hinterland wieder notdürftig ansiedeln durften. Wenn es eine bedrohte Minderheit auf der mehrheitlich von Russen in den ehemaligen Tatarenhäusern bewohnten Krim gibt, dann sind es diese Krimtataren.

Anstatt den Fragen nach zu gehen, wie Putins eklatanter Bruch des Völkerrechts geahndet, wir diesem gefährlichen Irredentismus entgegentreten können und wie die Garantien des Budapester Memorandum von 1994 erfüllt werden können, haben Sie auf einen nicht zur Debatte stehenden NATO-Einsatz insistiert.
Abenteuerlich war allerdings die steile These von Frau Hoffman: „wie das Assoziierungsabkommen verhandelt wurde sei fahrlässig gewesen". Dazu gab es keinen Widerspruch. Im Gegenteil schien sich die Runde darin einig, dass auch die EU einen Anteil, wenn nicht sogar den Hauptanteil an dieser Krise hat. Nun mag die ehemalige FAZ-Korrespondentin in ihrer Moskauer Abgeschiedenheit damals nicht mitbekommen haben, dass dieses Abkommen auf den ausdrücklichen Wunsch der Ukraine noch unter Julia Timoschenko und seit 2006 ausgiebig und sorgsam verhandelt wurde; es ein Wahlversprechen von Präsident Janukowitsch gab es fortzusetzen und abzuschließen; das ukrainische Parlament diesen Weg befürwortet hat; es seit Mai 2012 paraphiert vorliegt; Janukowitsch es im Dezember 2012 in Brüssel unterzeichnen wollte, die EU aber darauf bestand, dass zuvor die politische Strafverfolgung bzw. der Rachefeldzug gegen die Akteure der Orangenen Revolution (und das war nicht nur der Fall Timoschenko) beendet werden muss. Bis dahin gab es keine Einwände aus Moskau. War doch Putin III. mit der Niederschlagung der Opposition im eigenen Land beschäftigt. Erst sein „Triumph" im Syrienkrieg hat ihn ermuntert der Ukraine zu drohen und die Unterzeichnung des Abkommens durch einen schon mal angedeuteten Handelskrieg zu unterbinden.

Empörend ist für mich die Information dass die fragwürdige Besetzung Ihrer sonntäglichen „Expertenrunde" nicht nur der knappen Zeit, sondern auch einer selektiven Kandidatenauswahl geschuldet war. Dabei können Sie von Glück reden, denn hätte es der Linkspartei missfallen, wäre der Lanz-Shit-Storm auch auf: „Keine Gebühren für Günter Jauch" ausgedehnt worden. Es ist doch nicht so, wie ich mittlerweile weiß, dass alle Diskutanten, die zu einer größeren Ausgewogenheit der Sendung hätten beitragen können, nicht erreichbar waren. Warum ist es Ihnen nicht einmal eingefallen, ein angemessenes Gegengewicht für den auch als „Putins Sprachrohr" bekannten russischen Journalisten Ivan Rodionov zu finden? So konnte er alle Facetten der psychologischen Kriegsführung dem erstaunten Publikum präsentieren. Ihnen war zwar ein gewisses Unbehagen anzumerken. Das war´s dann aber auch. Stehen blieben Aussagen, wie: „Putin hat noch gar nichts gemacht, er bereitet sich nur auf den Ernstfall vor; es ist eine gefühlte Invasion; Heckenschützen der Opposition haben auf den Maidan geschossen; was auf der Krim passiert ist das Spiegelbild von Kiew usw. usw."
Vermutlich ist Ihnen und den meisten Zuschauern noch nicht mal aufgefallen, das Rodionovs ungeheuerliche Behauptung: „Dimitrij Jarosch, der Sprecher des rechten Sektor, hätte den Terroristen Doku Umarow aufgefordert den Terrorkrieg in Russland zu entfachen" erst in der Nachfolgesendung „Tagesthemen" beiläufig widerlegt wurde. Obwohl längst bekannt war, nur seltsamerweise der Runde nicht, dass Jarosch von dieser Aufforderung selbst überrascht war und sie nicht erhoben hatte. Seine Homepage wurde gehackt. Vermutlich von denen, die uns seit Tagen mit abgehörten Telefongesprächen versorgen. Aber unsere Empörung wird offenbar ausschließlich von der NSA absorbiert.

Sehr geehrter Herr Jauch, sicher sind Sie sich der Stellung Ihrer Sendung als Leitmedium der medialen Politdebatte in Deutschland bewusst. Vielleicht gebührt Ihnen zu viel der Ehre, aber mit Ihrer Sonntagssendung haben Sie nicht nur der politisch verantwortlichen Berichterstattung in Deutschland einen russischen Bären aufgebunden bzw. Bärendienst erwiesen, sondern auch dem Vertrauen der Zuschauer in das Herangehen, das Niveau und die Neutralität und Ausgewogenheit unserer öffentlich-rechtlichen Medien.

Fünfundzwanzig Jahre nach der Friedlichen Revolution, die wir in diesem Jahr mit zahlreichen Festveranstaltungen gedenken, erwarte ich, dass unser wiedervereinigtes Deutschland mit Respekt und Verständnis anerkennt, dass auch unseren östlichen Nachbarn das Recht auf eine unabhängige und freiheitliche Entwicklung unabhängig von Russland zugestanden und darüber gewissenhaft informiert wird. Hier tragen auch Sie als Talkmaster eine Verantwortung, der Sie leider mit Ihrer Sendung nicht gerecht geworden sind.

Berlin, den 6. März 2014

Werner Schulz
Bürgerrechtler und bündnisgrünerEuropaabgeordneter

TELEPOLIS

Die Ukraine als Griechenland des Ostens?

Tomasz Konicz *14.03.2014*

Der IWF ist in mit europäischen Institutionen gerade dabei, die künftige Reform- und Wirtschaftspolitik der Ukraine festzulegen

Nimmt man die bisherigen Äußerungen von Funktionären des Internationalen Währungsfonds (IWF) für bare Münze, dann müssen die Bürger der Ukraine künftig wohl neue Löcher in ihre Gürtel bohren, um sie noch enger zu schnallen als bisher ohnehin üblich. Er sei von dem Reformeifer der neuen Machthaber "positiv überrascht" worden, erklärte[1] der Chef der Europa-Abteilung des IWF, Reza Moghadam, nach einer Ukrainevisite Anfang März. Die neuen Autoritäten in Kiew seien wild entschlossen, eine "Agenda wirtschaftlicher Reformen" in Angriff zu nehmen, so Moghadam.

Was hierunter zu verstehen ist, machten Mitglieder der Übergangsregierung schon kurz nach dem Umsturz in Kiew deutlich. Ende Februar kündigte[2] Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk "unpopuläre Maßnahmen" an, mit denen die Ukraine "aus der finanziellen Krise geführt" werden solle. Hierunter verstand Jazenjuk konkret Einsparungen im Staatshaushalt, die durch Entlassungen und Lohnkürzungen im Öffentlichen Dienst und im Beamtenapparat realisiert werden sollen.

Anfang März, kurz vor der Visite des IWF-Funktionärs in Kiew, wurde Jazenjuk noch deutlicher, indem er eine totale Unterordnung der Übergangsregierung unter die Weisungen des Währungsfonds ankündigte. Seine Administration werde "alle Auflagen des IWF erfüllen", erklärte der Regierungschef wenige Stunden vor dem Eintreffen der Delegation des Währungsfonds laut einem Bericht[3] der Financial Times (FT). Diese servile Haltung ist nach Jazenjuk auf einen einfachen Grund zurückzuführen: "Wir haben keine anderen Optionen." Hierbei brachte der Ministerpräsident die geschwächte Verhandlungsposition der neue Übergangsregierung zur Sprache, die nicht mehr zwischen Ost und West lavieren kann, sondern die Forderungen des Westens erfüllen muss, um politisch zu überleben.

Der ukrainische Regierungschef machte diese Bemerkungen laut FT vor einem "Treffen europäischer Geschäftsleute in Kiew", die offensichtlich bereits die Möglichkeiten für Investitionen und Aufkäufe in der Ukraine aus erster Hand ausloten wollten. Jazenjuk war offenbar entschlossen, seine illustre Zuhörerschaft nicht zu enttäuschen. Er werde die "Privatisierung von Teilen des Erdöl- und Gassektors der Ukraine" in Erwägung zeihen, beteuerte der Ministerpräsident. Hierbei handele es sich immerhin um "strategische Aktivposten der Ukraine", bemerkte die FT.

Die Übergangsregierung der Krim will einem Bericht[4] der "Stimme Russlands" zufolge bereits erste Details dieser Privatisierungswelle erfahren haben. Demnach würde das ukrainische Gasnetz an den US-Konzern Chevron gehen, während deutsche Konzerne sich in die ostukrainische Schwerindustrie einkaufen sollen. Zudem solle die Aufhebung des Verkaufsverbots landwirtschaftlicher Nutzflächen an Ausländer es westlichen Investoren ermöglichen, schnell Zugriff auf die weltweit besten Schwarzerdeböden zu erhalten. Eine Stellungnahme der ukrainischen Übergangsregierung zu diesen - unbewiesenen - Behauptungen der Führung der Krim liegt nicht vor.

Aufhebung des festen Wechselkurses mit dem Dollar geplant

Neben dem Kahlschlag im öffentlichen Dienst und dem Ausverkauf staatlicher "strategischer Aktivposten" im Energiesektor beharrt der IWF auf der Aufhebung des festen Wechselkurses zwischen der ukrainischen Währung und dem US-Dollar. Ein dadurch ausgelöster Währungsverfall käme einer Enteignung der Sparguthaben in der Ukraine gleich, da die Inflation rasch anschwellen dürfte. Zudem würde hierdurch die Übernahme von ukrainischen Staatsbetrieben, Agrarflächen, Immobilien und Unternehmen für westliches Kapital viel billiger werden. Je weiter die ukrainische Währung gegenüber dem Euro verfällt, desto günstiger können sich deutsche und europäische Konzerne dort einkaufen, da für gewöhnlich die Immobilien- und Bodenpreise einer raschen Inflationsentwicklung immer etwas hinterherhinken.



Bild: Business Men Marching[1]; Credit: thegoldguys.blogspot.de [2]. Lizenz: CC BY-SA 2.0[3]

Das Sparprogramm in der Ukraine wird angesichts des Haushaltsdefizits von 7,2 Prozent (2012) hart ausfallen, da nachfrageorientierte Politikansätze (wie Konjunkturpakete) für den Währungsfonds nicht infrage kommen. Die ärmsten Bevölkerungsschichten werden durch die bereits als sicher geltende Abschaffung der Subventionen für Erdgas am stärksten belastet werden. Die Energiesubventionen in der Ukraine funktionieren genau spiegelverkehrt zu denen in Deutschland: Während Unternehmen den vollen Gaspreis zu zahlen[5] haben, müssen Privathaushalte nur 16 Prozent der tatsächlichen Kosten tragen. Schließlich werden die Rentner der Ukraine entweder Kürzungen ihrer ohnehin mageren Renten hinnehmen oder die Bevölkerung wird sich auf ein höheres Renteneinstiegsalter gefasst machen müssen.

Neoliberale Schocktherapie

Dass bei der Durchsetzung dieses Sozialkahlschlags und Ausverkaufs ein an eine neoliberale "Schocktherapie" erinnerndes Tempo eingeschlagen werden soll, wird an der überstürzten Ankündigung der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und der EU deutlich. Dieses soll schon in der kommenden Woche unterzeichnet werden.

Dies haben offensichtlich Kanzlerin Merkel und der polnische Ministerpräsident Tusk in Warschau beschlossen, was übrigens ein bezeichnendes Licht auf die Entscheidungsprozesse in der "Europäischen Union" wirft. Als ein Zeichen des "guten Willens" hat Brüssel bereits jetzt die Zölle gegenüber der Ukraine ausgesetzt[6].

Mit der überstürzten Abschaffung der Zölle und der Einführung des Freihandels dürften "viele Bereiche der ukrainischen Wirtschaft extrem unter Druck geraten", wie es etwa die Nachrichtenagentur AP vorsichtig formulierte[7]. Viele ukrainische Unternehmen werden tatsächlich der europäischen Konkurrenz schlicht nicht gewachsen sein; sie werden entweder Bankrott gehen oder zu einem Spottpreis von ihren westlichen Konkurrenzen übernommen werden. Die östliche Ukraine würde so mit Deindustrialisierung und rasch anschwellender Arbeitslosigkeit konfrontiert, um hiernach zu einer verlängerten Werkbank westlicher Konzerne zugerichtet zu werden. Ähnliche Prozesse dürften auch im Agrarsektor ablaufen.

Sollte dieser Austeritätskurs in der sich abzeichnenden Brutalität tatsächlich umgesetzt werden, dürfte er überdies die zunehmenden separatistischen Tendenzen in der Ostukraine befeuern und den drohenden Zerfall des krisengeschüttelten Landes wahrscheinlicher machen. Die verarmte Bevölkerung in der deindustrialisierten Westukraine hat kaum noch was zu verlieren, während im Osten der große Kahlschlag mitsamt massiven Entlassungswellen droht, die einen enormen Verelendungsschub auslösen dürften.

Es scheint wahrscheinlich, dass die Übergangsregierung möglichst viele der sozialen Grausamkeiten und Weichenstellungen bis zum Wahltermin im Mai durchpeitschen wird, da keiner der derzeitigen Akteure im Kabinett langfristige politische Ambitionen hegt und diese Regierungsmannschaft folglich nach dem Urnengang einfach auf die politische Müllhalde entsorgt werden wird. "Ich werde wahrscheinlich der unbeliebteste Ministerpräsident der Geschichte sein", witzelte Jazenjuk kurz nach Regierungsantritt. Zudem dürfte die kommende Regierung hierdurch in vielen Politikbereichen vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Folgen der Rosskur sind in Ost- und Südeuropa zu sehen

Was auf die ukrainische Industrie zukommt, kann am Beispiel der mittelosteuropäischen EU-Länder begutachtet werden. Sie verfügen über keine nennenswerte heimische Industriebasis mehr, sondern dienen als Billiglohnstandorte westlicher - insbesondere deutscher - Konzerne (Deutsch-Mittelost[8]). Polen, das als osteuropäischer Musterschüler unter den Transformationsländern gilt, weist immer noch eine Arbeitslosenrate von 14 Prozent[9] aus.

Umfassende Haushaltskürzungen, Belastungen von sozial Schwachen, überstürzte Privatisierungen - diese verhängnisvolle Rosskur "kommt einem bekannt vor", stellte [10] das Wall Street Journal fest. Man sollte die "Kalte-Kriegs-Rhetorik ignorieren". Die Situation in der Ukraine erinnere "an Griechenland im März 2010 und Zypern Anfang 2013", hieß es in dem Blogbeitrag. Alle "Hilfen" seien mit der "berüchtigten Konditionalität" versehen, die Kredite an Haushaltskürzungen und Strukturreformen geknüpft habe.

Die Ergebnisse dieser Rosskur in Südeuropa sind bekanntlich desaströs. Tatsächlich scheinen die Parallelen zwischen Ukraine und Südeuropa unübersehbar, da auch der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble sich mit den üblichen Forderungen nach harten Sparmaßnahmen gemeldet hat. "Voraussetzung für Hilfen sind immer die notwendigen Reformen, die die Ukraine auf den Weg bringen muss. Für diese Konditionalität als Voraussetzung für Hilfen steht der IWF. Insofern ist es Position der Bundesregierung, dass es in diesem Prozess einer starken, koordinierenden Rolle des IWF bedarf", sagte[11] der Sprecher des Finanzministeriums, Hans Joachim Narzynski, während einer Pressekonferenz am 28. Februar.

Alle scheinbar großzügigen Finanzierungsversprechen, die bislang der Ukraine gemacht wurden, sind an diese eine Voraussetzung gebunden: den Abschluss eines Strukturanpassungsprogramms mit dem IWF. Dies gilt etwa für die von der EU-Kommission angebotenen Kredite in Höhe von 11 Milliarden Euro, die laut Reuters "vielleicht zufällig der Summe entsprechen, die Russland der Ukraine angeboten hatte, bevor die Regierung von Präsident Viktor Janukowitsch" gestürzt wurde[12].

Diese "Hilfen" würden nur im Fall der Durchführung "umfassender Reformen und der Unterzeichnung eines Deals zwischen der Ukraine und dem Internationalen Währungsfonds" ausgezahlt. Ähnlich äußerte sich die Weltbank, die im Gegenzug für "Reformen"[13] einen Kredit von drei Milliarden US-Dollar zusagte.

Dabei haben der IWF und Kiew schon eine längere, von Spannungen und Brüchen gekennzeichnete Geschichte aufzuweisen. Nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise musste die Ukraine, wo 2008 eine von europäischen Banken befeuerte Schuldenblase platzte, auf Kredite des IWF im Umfang von 16,4 Milliarden US-Dollar zurückgreifen [14], um die Eskalation der damaligen Schuldenkrise abzuwenden. Das Programm wurde nach einem Jahr wieder eingefroren, weil sich Kiew - damals noch unter der Regierung Julia Timoschenko - weigerte, die Bedingungen des IWF zu erfüllen.

Auch damals ging es um eine Abschaffung der Gassubventionen und um die Freigabe der Währung. Einen ähnlichen Verlauf nahm ein zweites Kreditprogramm, dass 2010 zwischen Janukowitsch und dem IWF abgeschlossen wurde. Beim dritten Anlauf schient nun der IWF am Ziel.

ukraine.htm

Anhang

Links

[1]

http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr1487.htm

[1] http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Free_3D_Business_Men_Marching_Concept.jpg?uselang=de

[2] http://radioukr.com.ua/de/475/557449/

[2] http://thegoldguys.blogspot.com

[3] http://www.ft.com/intl/cms/s/0/75cde896-a300-11e3-9685-00144feab7de.html#axzz2vkBe5kfD

[3] http://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.de

[4] http://voiceofrussia.com/news/2014_03_09/Crimean-leaders-blame-Kiev-for-selling-Ukraine-off-for-IMF-loans-1082/

[5] http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/ukraine-in-der-wirtschaftskrise-schulden-und-korruption-a-955263.html

[6] http://www.owc.de/2014/03/11/eu-setzt-zoelle-fuer-die-ukraine-aus/

[7] http://www.t-online.de/nachrichten/specials/id_68373832/ukraine-assoziierungsabkommen-birgt-chance-und-risiko-fuer-die-eu.html

[8] http://www.heise.de/tp/artikel/34/34952/

[9] http://www.polskatimes.pl/artykul/3361245,wiosna-na-rynku-pracy-juz-sie-zaczela-bezrobocie-w-lutym-spadlo-po-raz-pierwszy-od-2008-roku,id,t.html

[10] http://blogs.wsj.com/brussels/2014/02/28/why-germanys-ukraine-reform-refrain-sounds-familiar/

[11] http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2014/02/2014-02-28-regpk.html

[12] http://www.reuters.com/article/2014/03/05/eu-ukraine-support-idUSL6N0M227R20140305

[13] http://en.ria.ru/world/20140311/188309377/World-Bank-Pledges-3Bln-Loan-to-Ukraine-for-Reforms.html

[14] http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/hilfsgelder-fuer-ukraine-iwf-bei-geldvergabe-an-kiew-skeptisch/9562258.html

[15] http://www.heise.de/tp/ebook/ebook_11.html

Artikel URL: http://www.heise.de/tp/artikel/41/41235/



Ukraine Text von Antje Vollmer und Hauke Ritz

Von: Schultrein@aol.com
An: schultrein@aol.com
Datum: 17.03.2014 11:34:17

25 Jahre nach dem Mauerfall: Der Niedergang der neokonservativen Strategien

Nach dem Fall der Mauer und des Eisernen Vorhangs begann eine neue Epoche westlicher Außenpolitik, die durch die neokonservative Strategie geprägt war. Viele der damals formulierten überschwänglichen Ziele und Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Stattdessen häufen sich Misserfolge, für die die Namen Irak, Afghanistan, Libyen, Syrien, Georgien und seit kurzem auch Ukraine stehen. Wie ist es zu dieser Situation gekommen? Und gibt es überhaupt noch Alternativen zu einer geopolitischen Interessenpolitik, die offensichtlich so wenig erfolgreich ist ?

Teil 1: Der Sieg im Kalten Krieg und seine strategischen Illusionen.

Günstiger konnten die Bedingungen für den Westen gar nicht sein als zu Beginn der 90er Jahre: Der Warschauer Pakt war aufgelöst, die Sowjetunion war in einzelne Republiken zerfallen, China war noch kein ernstzunehmender Akteur auf der Weltbühne. Die langfristige Hegemonie des Westens über weite Teile der Welt, namentlich den Nahen Osten, Afrika und Lateinamerika, schien gesichert - nicht zuletzt durch seine durch die Zeitgeschichte „geadelte" kulturelle und politische Ausstrahlungskraft. Die USA schienen sowohl die Macht als auch die Legitimität zu besitzen, die Weltordnung des 21. Jahrhunderts zu bestimmen - die Tragödie des 11. September 2001 fügte dem sogar noch die weltweite Empathie hinzu. Die westlichen Eliten machten sich daran, die Welt im Rahmen der Globalisierung und eines deregulierten Finanzmarktes für den ungehinderten Kapital- und Warenverkehr zu erobern. Einmal vom revolutionären Schwung dieser Erfolge ergriffen, grassierten damals völlig ahistorische Blütenträume: Nicht nur das Ende der Geschichte war angesagt, sondern auch die Unumkehrbarkeit der unipolaren Welt und der sie tragenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Warum, so wurde getagträumt, sollte nicht auch das Kunstgebilde Jugoslawien und gleich noch das große China mit seiner 5000 Jahre alten Kultur- und Herrschaftstradition nach dem Muster der Sowjetunion auseinanderbrechen?

Die strategische Landkarte erschien vielversprechend: das erste, durchaus realistische Ziel der westlichen Außenpolitik war die Hegemonie über Osteuropa. Das zweite Ziel war die Neuordnung des Nahen Ostens mit den Mitteln des „regime -change" in all den Nationen, die früher Verbündete der SU waren (der ehemalige NATO-Oberbefehlshaber Wesley Clark nennt in einem Vortrag und Interview vom Jahr 2007ausdrücklich Irak, Syrien, Libanon, Libyen, Somalia, Sudan und Iran). Das dritte Ziel war der Zugang und Zugriff auf die zentralasiatische Region, wo die kommende Konkurrenz zu China vermutet wurde und sich damit die Chance

ergeben würde, Rußland und China auch von Land her einzukreisen. Auch dafür nahm der Iran eine Schlüsselstellung ein.

Der entscheidende Wendepunkt dieser anfangs erfolgreichen Geo-Strategie war der im Frühjahr 2003 von den USA fast im Alleingang begonnene Irak-Krieg, der der Logik der Beistandserklärung der NATO von 2001 für den bis heute andauernden „Krieg gegen den Terror" folgte. Als Ergebnis brachte dieser „Krieg gegen den Terror" eine Destabilisierung des gesamten Machtgefüges im vorderasiatischen Raum, Kampf der schiitischen gegen die sunnitischen Regime, Auflösung von Staatlichkeit, Rückfall in alte Clan-Strukturen, anhaltende Bürgerkriege, anwachsender Drogenhandel, erneute Stärkung von Taliban und Al Qaida und wachsende Feindschaft der schutzlosen Bevölkerungen im zentralasiatischen Raum gegen die USA als Hauptakteur des Drohnenkrieges.

Teil 2: Vision und Fehleinschätzung Michael Gorbatschows

Michael Gorbatschow hat selten offen über seine höchstpersönliche Bilanz des großen Umbruchs gesprochen, für den sein Name wie kein anderer steht. Wer aber die Chance hatte, ihn einmal – 15 Jahre danach - zu diesem Thema in einer sehr kleinen Runde zu hören, wird niemals den Ausdruck tiefster Verbitterung vergessen, mit dem er am Ende feststellte: Nirgendwo im Westen habe es damals einen echten Partner für ihn gegeben; wahrscheinlich habe keiner im anderen Lager auch nur annähernd begriffen, welches Risiko er, der damals mächtigste Mann jenseits des Eisernen Vorhangs, mit dem politischen Konzept „Glasnost und Perestroika" eingegangen sei; kein einziger Staatsmann im Westen habe verstanden, dass das von ihm angestrebte gemeinsame „Haus Europa" auch eine tiefgreifende Erneuerung der westlichen Strukturen, Institutionen und Denkweisen erfordert hätte, um eine völlig neue einmalige Zukunftsperspektive für den ganzen Kontinent zu eröffnen. Im gesamten westlichen Staatensystem, so müsse er rückblickend feststellen, habe nur ein Triumphalismus ohnegleichen und reine Siegermentalität geherrscht. Das sei am Ende der Grund gewesen, warum Russland, nach dem politischen Ausverkauf und der ökonomisch-politischen Anarchie der Jelzin-Jahre einen Machtmenschen wie Wladimir Putin geradezu gebraucht hätte, wollte es nicht gänzlich aus der Weltpolitik verschwinden.

Tatsächlich ist es immer noch sinnvoll, sich Klarheit darüber zu verschaffen, was Gorbatschow damals als politisches Konzept angestrebt hat. In nüchterner Einschätzung, dass weder das sowjetische Wirtschaftssystem, noch der aufgeblasene Militärapparat und schon gar nicht die innere Verfasstheit der sozialistischen Gesellschaften die Systemauseinandersetzung zwischen Ost und West gewinnen konnten, wollte er zwar auch sein eigenes Land retten, aber vor allem den Kalten Krieg zu Ende bringen – und damit zugleich die letzten Verwerfungen der beiden großen Weltkriege beseitigen. Wenn etwas bei Gorbatschow durchgängig stringent ist, dann seine Bereitschaft, Kriege und Kriegsbereitschaft zu beenden: Er ordnete den Rückzug aus Afghanistan an, er hob die Breshnew-Doktrin auf und erlöste die Verbündeten vom Zwangssystem des Warschauer Paktes, er bot den USA die völlige gegenseitige nukleare Entwaffnung bis zur Jahrtausendwende an, er reduzierte die eigenen Streitkräfte auf 500 000 Mann, er leitete eine Entspannungspolitik gegenüber China ein. Er ging dabei von

der unter Realpolitikern äußerst selten anzutreffenden, letztlich idealistischen Annahme aus, eine freiwillige Machtaufgabe könne auch auf der Gegenseite ungeahnte Wirkungen entfalten. Er vermutete, dass die Welt zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu einer völlig neuen multipolaren Weltordnung bereit sei und dass diese eine große Zukunft haben könne, wenn sie nicht so gewaltgeboren und gewaltgeprägt wäre wie die Nachkriegsordnungen des Versailler Vertrages von 1918 und des Systems von Jalta nach 1945.

Dass es um eine echte selbstbestimmte Machtaufgabe ging, beweist allein schon die weitgehende Gewaltfreiheit der Umstürze in so vielen einzelnen Ländern von 1989 an, die fast ohne Verlust von Menschenleben vollzogen wurden. Wer diese Tatsache bestreitet, fällt seiner eigenen Propaganda anheim, die behauptet, die sowjetischen Armeen und Funktionseliten seien schon so marode und ohnmächtig gewesen, dass die NATO-Nachrüstung, ein kesser Spruch von Ronald Reagan („Mister Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer ein"), ein deftiger Anrempler von Helmut Kohl (Vergleich Gorbatschows mit Goebbels), Friedensgebete, Kerzen, Transparente und Versammlungen auf den Straßen ein Weltreich dieser Größe allein in die Knie gezwungen hätten. Nein, über die Gewaltfreiheit dieses Umsturzes wurde letztlich nicht im Westen entschieden, sondern im Machtzentrum des Kreml. Das genau hat Gorbatschow in der Rückschau in seinem eigenen Land so unbeliebt gemacht und ihm den Ruf eingetragen, er habe 1989, als er das Militär in den Kasernen ließ und auf positive Reaktionen im Westen hoffte, nicht nur den Kalten Krieg, sondern gleich auch noch die beiden Weltkriege nachträglich für Russland verloren.

Immerhin bezahlte er diese gewaltarme Strategie nicht nur mit dem historisch überfälligen Auseinanderbrechen der Sowjetunion und Rußlands Absturz in die zeitweise Bedeutungslosigkeit, sondern auch mit der Tatsache, dass eine erweiterte und verstärkte NATO heute direkt an den Grenzen Russlands steht. Dass dies ein offensichtlicher Wortbruch gegenüber den diplomatischen Versprechungen aus den 2 plus 4 -Verhandlungen ist, wird auf Nachfrage gern so begründet: Diese Zusage habe man doch der Sowjetunion gegeben, die ja bekanntlich nicht mehr existiere! So zeigt sich drastisch, dass der Westen nach 1990 längst die eigene so erfolgreiche Strategie der Entspannung, der vertrauensbildenden Maßnahmen, der gemeinsamen Sicherheit, der KSZE und der Deeskalation zwischen den Blocksystemen verlassen hatte, auf deren Verlässlichkeit Gorbatschow noch vertraute – und ohne die er vermutlich nie in seine zentrale Position gekommen wäre.

Tatsächlich ist erst heute sichtbar, dass in diesem einseitigen Prozess des Pokerns und Übervorteilens, der sich Realpolitik nennt, auch der Westen langfristig eine der chancenreichsten Wegkreuzungen zu einer neuen anderen Nachkriegsordnung mutwillig verspielt hat, die zu einer krisenfesteren und friedlicheren Staatengemeinschaft des 21.Jahrhunderts hätte führen können. Das wurde relativ früh sichtbar, als in den Jugoslawienkriegen jede diplomatische Vermittlung von russischer Seite abgewiesen wurde – im Bewusstsein des erwarteten schnellen Sieges, der historischen Vorteile der eigenen Position und der weitgehenden Akzeptanz des beginnenden Menschenrechts-Bellizismus in den westlichen Medien bis hinein ins sozialdemokratische und grün-alternative Spektrum. Erst weitere 15 Jahre später, nach opferreichen Kriegen und Irrwegen kommt man in der Syrien-, Libanon- und Iran-Diplomatie langsam wieder auf diese Reste einer Strategie der

Entspannung, der gemeinsamen Sicherheit und der diplomatischen Lösungen zurück.

Teil 3: Das Zerschellen einiger westlicher Illusionen an der realen Welt.

Was machte die westlichen Staaten eigentlich 1990 so sicher, auf der historischen Siegerstraße nur voranschreiten zu müssen?

Fatalerweise war es vermutlich gerade die Leichtigkeit, mit der das sowjetische Blocksystem zusammenbrach, die der realpolitischen Schule und den geopolitischen Strategen in Washington, London und Bonn damals nahe legten, jetzt könne man die Landkarte Europas und dazu gleich noch das bestehende Völkerrecht in Windeseile verändern und damit ohne nennenswerte eigene Opfer Geschichte schreiben. Die Situation lud zu Umbrüchen ein, die Legende von der friedlichen demokratischen Revolution überzeugte Massen und Medien – der Mythos von dem „Fenster der einmaligen Gelegenheit", das nur beherzt von tatkräftigen Staatsmännern aufgestoßen werden müsse, schien überzeugend und befreite von unnötigen Grübeleien.

Hinzu kam, dass die schnelle Osterweiterung von NATO und EU von den betreffenden Nationen selbst mit Entschiedenheit gefordert wurde. Die Angebote der neoliberalen und auf Globalisierung ausgerichteten Wirtschaftsschule der Neokonservativen versprachen den schnellstmöglichen Anschluss an westlichen Wohlstand und den größtmöglichen Abstand zur untergegangenen Sowjetwelt. Für die begabten jungen Eliten dieser Länder – die meisten kamen aus den staatlich organisierten Jugendorganisationen, zu denen ein Michail Chodorkowski genau so gehörte wie Julia Timoschenko oder Angela Merkel – wurde dieses Versprechen auch glanzvoll erfüllt und machte sie zu besonders gelehrigen Musterschülern und Propagandisten der herrschenden Wende-Ideologien. Die praktischen Folgen der radikalen Umstellungsmaßnahmen in den meisten Ländern ernüchtern heute allerdings und zeigen auch die Verlierer der Wende: Massenarbeitslosigkeit, Korruption, Nationalchauvinismus und Fremdenphobien, sinkende Lebenserwartung und ständige Abwanderung qualifizierter Fachkräfte prägen viele postsozialistischen Staaten. Die Umstellung auf die neuen Systeme war oft, dank der „Hilfe" von westlichen Beratern, stur nach Lehrbuch erfolgt.

Vergessen wurde bei diesem triumphalen Aktivisten-Rausch, der dem Ende des Kalten Krieg folgte, die wichtigste Lehre aus den beiden Weltkriegen des vergangenen Jahrhunderts: Dass der Krieg nicht gewonnen ist, wenn es nicht gelingt, eine Friedensordnung zu installieren, die auch den Besiegten einschließt. Das ungerechte System von Versailles, das den jahrhundertealten Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn ersatzlos von der europäischen Landkarte gestrichen hatte und in vielen Details ebenfalls vom idealistisch-revolutionärem Elan eines Wilson geprägt war, hatte eine Welt voller unklarer Staatengebilde und national-chauvinistischer und rassistischer Ressentiments hinterlassen, die bereits den Keim zu neuem Unheil in sich bargen. Ebenso droht heute der zweite Kalte Krieg dem ersten zu folgen. Es scheint nur noch nicht ausgemacht, ob er gegen China oder gegen die islamische Welt – oder vielleicht sogar gegen beide – geführt werden soll.

Teil 4: Gibt es noch ein Rückkehr zur Diplomatie, zur Entspannungspolitik und zum Völkerrecht?

Es ist Zeit, innezuhalten und nachzudenken! Inzwischen ist klar, trotz Tibet und Tiananmen: China wird nicht den Weg der Sowjetunion gehen, so sehr sich das manche Menschenrechts-Bellizisten auch wünschen mögen. Putins Russland wird nicht an Pussy Riot-Aktivistinnen und noch nicht einmal an der Unterstützung für Michail Chodorkowski zugrunde gehen. Die militanten und oft im Ton äußerst aggressiven medialen Lifestyle-Kampagnen – Mohammed-Karikaturen, Freiheit für Google und Starbucks, Olympia-Boykott für den Dalai Lama – haben ihren Zenit überschritten. Sie waren Teil einer leichtfertigen kulturellen Trunkenheit, der politische Alltag kehrt zurück.

Vor allem: Der Nahe Osten, wo einmal alle Konflikte begannen und alle Großmacht -Interessen aufeinanderprallten, ist nicht befriedet, sondern in hohem Maße destabilisiert. Das Gleiche gilt für den Kaukasischen Raum, das „Herzland" des eurasischen Megakontinents. Die Schlüsselkriege, die in beiden Regionen revolutionäre Umbrüche erzeugen sollten, sind genau so gescheitert wie der Vietnam-Krieg aus jener Zeit, als der Kalte Krieg anderswo auch heiß war. Gescheitert ist damit noch einmal die diesmal umgekehrte Domino-Theorie: Gelänge es, in einem Staat dieser Region den angestrebten „regime-change" von außen zu bewirken – und sei es unter dem Vorwand der „responsibility to protect" – so würden die anderen zwangsläufig folgen. Dass dieses Scheitern so lange so wenig ins Bewusstsein der westlichen Öffentlichkeit drang, lag an der erheblich verbesserten „eingebetteten" medialen Kriegspropaganda und der gelungenen moralischen Aufrüstung für die Vollendung einer „Mission" der demokratischen Rettung der ganzen Welt. Aber auch hier beginnt Ernüchterung um sich zu greifen: Am Hindukusch wurde nicht unsere Freiheit verteidigt, sondern die sinnlose Illusion einer monokulturellen Weltordnung.

Es gab einmal andere Politik-Methoden, in jener Zeit, als die Welt noch nahe am Abgrund eines nuklearen Weltkrieges stand und unter der Knute rassistischer Diktaturen litt. Willy Brandt und Egon Bahr entwickelten sie gegenüber der (nicht-reformierten) SU, Henry Kissinger und Richard Nixon gegenüber der (maoistischen) VR China, Nelson Mandela innerhalb des Apartheid-Regimes Südafrika. Es war eine Politik des Dialogs ohne Vorbedingungen, die auf Entspannung, Wandel durch Annäherung, Offenheit für innere Reformen, Versöhnungsbereitschaft mit den Eliten der gegnerischen Seite und das Bewusstsein einer gemeinsamen Welt-Verantwortung setzten, nicht auf den Sieg des Stärkeren oder auf die Demütigung des Besiegten. Aus dieser Politik ist der KSZE-Prozess entstanden, eine Stärkung der UNO, eine Überwindung der Blockkonfrontation, eine Politik der vertrauensschaffenden Maßnahmen und gemeinsamer Sicherheitspartnerschaften.

Wenn alle neokonservativen Illusionen und Weltherrschaftsträume verflogen sind, bleibt uns hoffentlich noch Zeit genug , dahin zurückzukehren.

Antje Vollmer
Hauke Ritz
23.Januar 2014

Wladimir Putins Regierungserklärung zur Ukraine und der Krim vom 18. März 2014

Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin am 18. März 2014 im Kreml vor Abgeordneten der Staatsduma, vor Mitgliedern des Föderationsrats, Gouverneuren des Landes und Vertretern der Zivilgesellschaft bezüglich der Bitte der Republik Krim und der Stadt Sewastopol um Aufnahme in den Bestand der Russischen Föderation.



Guten Tag, sehr verehrte Mitglieder des Föderationsrats, sehr verehrte Abgeordnete der Staatsduma! Sehr geehrte Vertreter der Republik Krim und der Stadt Sewastopol – ja, sie sind hier, unter uns, als Bürger Russlands, Einwohner der Krim und Sewastopols!
Verehrte Freunde, heute haben wir uns zur Besprechung einer Frage hier versammelt, die lebenswichtig und von historischem Ausmaß für uns alle ist.
Am 16. März hat auf der Krim ein Referendum stattgefunden. Dieses Referendum verlief in voller Übereinstimmung mit demokratischen Normen und internationalen Vorschriften.
An der Abstimmung haben mehr als 82% der Wähler teilgenommen, über 96% sprachen sich für einen Anschluss an Russland aus. Diese Zahlen sind durchaus überzeugend.
Um zu verstehen, warum es zu genau dieser Wahl gekommen ist, genügt es, die Geschichte Russlands zu kennen und zu verstehen, was die Krim für Russland und was Russland für die Krim bedeutet.
Alles auf der Krim ist von unserer gemeinsamen Geschichte, unserem gemeinsamen Stolz durchdrungen. Hier liegt das antike Chersones, wo der heilige Fürst Wladimir getauft wurde. Seine geistliche Aufopferung – die Annahme des orthodoxen Glaubens – bestimmte die allgemeine kulturelle Basis, das Wertesystem und die Zivilisation voraus, welche die Völker Russlands, der Ukraine und Weißrusslands vereint. Auf der Krim gibt es Gräber der russischen Soldaten, durch deren Heldenmut die Krim im Jahre 1783 unter russische Herrschaft kam. Die Krim – das ist Sewastopol, eine Legende von einer Stadt, eine Stadt mit einem großartigen Schicksal, eine Festungsstadt und die Heimatstadt der Schwarzmeerflotte. Die Krim – das ist Balaklawa und Kertsch, Malachow und Sapun-gora. Jeder dieser Orte ist ein Heiligtum für uns, all das sind Symbole für militärischen Ruhm und Heroismus.
Die Krim ist eine einmalige Mischung aus den Kulturen und den Traditionen verschiedener Völker, und auch dadurch ähnelt sie dem großen Russland, wo im Verlauf der Jahrhunderte keine einzige der zahlreichen Völkerschaften verschwunden ist oder sich aufgelöst hat. Russen und Ukrainer, Krimtataren und Vertreter anderer Völkerschaften lebten und wirkten gemeinsam auf dem Boden der Krim, sie bewahrten sich ihre Eigenständigkeit, ihre Sprache und ihren Glauben.
Übrigens sind von den 2.200.000 Einwohnern der Krim heute fast anderthalb Millionen Russen, 350.000 Ukrainer, die überwiegend die russische Sprache als ihre Muttersprache betrachten, sowie ungefähr 290-300.000 Krimtataren, ein bedeutender Teil derer, wie das Referendum gezeigt hat, sich ebenfalls in Richtung Russland orientiert.
Ja, es gab eine Zeit, als man den Krimtataren, wie auch anderen Völkerschaften der UdSSR gegenüber mit Härte und Ungerechtigkeit aufgetreten ist. Ich will eines sagen: Millionen von Menschen verschiedener Nationalitäten wurden Opfer der damaligen Repressionen, vor allem natürlich auch Russen. Die Krimtataren sind inzwischen in ihre Heimat zurückgekehrt. Ich bin der Ansicht, dass es notwendig ist, alle politischen und rechtlichen Schritte dazu zu unternehmen, die Rehabilitation der Krimtataren zu vollenden und ihren guten Namen in vollem Umfang wiederherzustellen.
Wir achten Vertreter aller Nationalitäten, die auf der Krim leben. Das ist ihr gemeinsames Haus, ihre kleine Heimat, und es wäre sicher richtig – denn ich weiß, dass die Einwohner der Krim das unterstützen – gäbe es dort nebeneinander drei gleichberechtigte Landessprachen: Russisch, Ukrainisch und Krimtatarisch.
Verehrte Kollegen! Im Herzen und im Bewusstsein der Menschen war und bleibt die Krim ein unabdingbarer Bestandteil Russlands. Diese auf der Wahrheit und Gerechtigkeit beruhende Überzeugung war unerschütterlich und wurde von einer Generation an die nächste übergeben, vor ihr waren Zeit, Umstände und all die dramatischen Umbrüche machtlos, die wir und unser Land im Verlauf des 20. Jahrhunderts durchlitten haben.
Nach der Revolution haben die Bolschewiken aus verschiedenen Beweggründen – Gott möge ihnen ein Richter sein – bedeutende Gebiete des historischen Südrussland an die Ukrainische Unionsrepublik abgetreten. Das passierte ohne Berücksichtigung der nationalen Zusammensetzung der Bewohner, und das ist der heutige Südosten der Ukraine. 1954 folgte dann die Entscheidung, die Oblast Krim an die Ukraine zu übergeben, dazu kam noch die Stadt Sewastopol, obwohl diese damals direkt der Union unterstand. Der Initiator dahinter war der Chef der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Chruschtschow, persönlich. Was seine Beweggründe waren – ob das Streben nach Unterstützung bei der ukrainischen Nomenklatur, oder das Bemühen, seine Mitschuld an den massiven Repressionen in der Ukraine in den 1930er Jahren auszubügeln – sei dahingestellt; das mögen Historiker untersuchen.
Für uns ist etwas anderes wichtig: diese Entscheidung war eine Verletzung aller schon damals gültigen verfassungsmäßigen Normen. Diese Entscheidung wurde insgeheim, in Hinterzimmern getroffen. Natürlich wurde unter den Bedingungen des totalitären Staates nicht die Meinung der Bewohner der Krim und Sewastopols eingeholt. Natürlich gab es Fragen, warum denn die Krim plötzlich zur Ukraine gehört. Aber im Großen und Ganzen, das muss man direkt so sagen, wir verstehen das ja, wurde diese Entscheidung als reine Formsache empfunden, denn es war ja nichts als eine Umverteilung von Territorium innerhalb eines großen Landes. Damals war es nicht vorstellbar, dass die Ukraine und Russland einmal nicht mehr zusammen sein, dass sie zu verschiedenen Staaten werden. Aber so ist es gekommen.
Das, was unwahrscheinlich schien, wurde leider zu Realität. Die Sowjetunion zerfiel. Die Ereignisse entwickelten sich so schnell, dass kaum jemand unter den damaligen Menschen die ganze Dramatik der Ereignisse und ihrer Folgen einzuschätzen wusste. Viele Menschen sowohl in Russland, als auch in der Ukraine und auch in anderen ehemaligen Sowjetrepubliken hofften, dass die damals neu entstandene Gemeinschaft Unabhängiger Staaten zu einer neuen Form einer gemeinsamen Staatlichkeit erwächst. Es wurde ja eine gemeinsame

Währung, ein einheitlicher Wirtschaftsraum und gemeinsame Streitkräfte versprochen, doch all das blieben nur Versprechungen, dabei hat aber ein großes Land aufgehört zu existieren. Als die Krim sich nun auf dem Gebiet eines anderen Staates befand, hat Russland das so empfunden, als sei es nicht nur beraubt, sondern regelrecht bestohlen worden.
Gleichzeitig muss man einräumen, dass Russland selbst durch die Initiierung der Unabhängigkeitserklärungen dem Zerfall der UdSSR Vorschub geleistet hat, bei dessen Gestaltung sowohl die Krim, als auch die Hauptbasis der Schwarzmeerflotte Sewastopol vergessen wurden. Millionen von Russen gingen in einem Land schlafen, und wachten hinter einer Grenze auf; sie wurden in einem Augenblick zu einer nationalen Minderheit in den ehemaligen Sowjetrepubliken, und das russische Volk wurde damals zum größten geteilten Volk der Welt.
Heute, viele Jahre später, hörte ich, wie die Einwohner der Krim sagten, dass sie damals, 1991, wie ein Sack Kartoffeln einfach aus den einen Händen in andere übergeben wurden. Es ist schwer, dem zu widersprechen. Der russische Staat tat was? Er senkte sein Haupt und fand sich damit ab, schluckte diese Beleidigung. Unser Land befand sich damals in einer kritischen Lage, es konnte einfach nicht für seine Interessen einstehen. Doch die Menschen konnten sich mit dieser himmelschreienden historischen Ungerechtigkeit nicht abfinden. All diese Jahre haben sowohl die Bürger, als auch viele Persönlichkeiten der Gesellschaft dieses Thema oft angesprochen, indem sie sagten, dass die Krim seit jeher russische Erde sei, und Sewastopol eine russische Stadt. Ja, wir haben all das gut verstanden und im Herzen und in der Seele nachfühlen können, aber man musste von den Gegebenheiten ausgehen und nun auf einer neuen Grundlage gutnachbarliche Beziehungen mit der unabhängigen Ukraine aufbauen. Die Beziehungen zur Ukraine, mit dem ukrainischen Brudervolk waren und bleiben für uns höchst wichtig – ganz ohne Übertreibung.
Heute kann man bereits offen darüber sprechen, deswegen möchte ich Ihnen einige Details aus den Verhandlungen vom Beginn der 2000er Jahre anführen. Damals hat der ukrainische Präsident Kutschma mich gebeten, den Prozess der Grenzziehung der russisch-ukrainischen Grenze zu beschleunigen. Bis dahin war dieser Prozess faktisch nicht vorangekommen. Irgendwie hatte Russland die Krim als Teil der Ukraine anerkannt, doch Gespräche über eine Grenzziehung gab es nicht. Ich war mir der ganzen Schwierigkeiten dieser Sache bewusst, gab aber gleich Anweisung, mit dieser Arbeit zu beginnen – nämlich die Grenzen festzuschreiben, damit alle verstehen: durch ein Einverständnis mit einer Grenzziehung erkennen wir die Krim de facto und de jure als ukrainisches Territorium an, womit wir diese Frage ein für alle Mal klären.
Wir sind der Ukraine nicht nur in der Frage der Krim entgegengekommen, sondern auch in solch schwierigen Fragen wie der Grenzziehung im Aquatorium des Asowschen Meeres und der Straße von Kertsch. Wovon sind wir damals ausgegangen? Wir gingen davon aus, dass ein gutnachbarliches Verhältnis zur Ukraine für uns das Wichtigste ist, und dass es nicht Geisel unauflösbarer Territorialstreitigkeiten sein dürfe. Aber bei alledem rechneten wir natürlich auch damit, dass die Ukraine uns ein guter Nachbar sein wird, dass die Russen und die russischsprachigen Bürger in der Ukraine, besonders in ihrem Südosten, in Verhältnissen eines freundschaftlichen, demokratischen und zivilisierten Staates leben werden, wo ihre Rechte in Entsprechung mit internationalen Normen gewährleistet werden.
Allerdings begann die Lage sich anders zu entwickeln. Mal für Mal kam es zu Versuchen, die Russen ihrer historischen Erinnerungen zu berauben, mitunter auch ihrer Muttersprache, womit sie zwangsweise assimiliert werden sollten. Natürlich litten die Russen wie auch andere Bürger der Ukraine unter der permanenten politischen und staatlichen Krise, welche die Ukraine bereits seit mehr als 20 Jahren erschüttert.
Ich kann gut verstehen, warum die Menschen in der Ukraine Veränderung wollten. In den Jahren der Unabhängigkeit sind sie dieser Staatsmacht überdrüssig geworden. Es wechselten die Präsidenten, die Premiers, die Abgeordneten der Rada, aber das Verhältnis zu ihrem Land, zum Volk, blieb immer das Gleiche. Sie saugten die Ukraine aus, stritten untereinander um Vollmachten, Aktiva und Finanzströme. Dabei interessierte es die Mächtigen kaum, wie es den einfachen Menschen geht, warum beispielsweise Millionen von Ukrainern keine Perspektive im eigenen Land sehen und deshalb gezwungen waren, zu Tagelöhnerarbeiten ins Ausland zu gehen. Das will ich unterstreichen – es ging nicht um die „Silicon Valleys“, sondern genau um Tagelöhnerarbeiten. Allein in Russland gingen im vergangenen Jahr um die 3 Millionen Ukrainer einer Arbeit nach. Nach einigen Angaben beträgt die Summe ihrer Einkünfte für das Jahr 2013 in Russland insgesamt über 20 Milliarden US-Dollar, das sind etwa 12 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Ukraine.
Ich wiederhole: ich kann diejenigen gut verstehen, die unter friedlichen Losungen auf den Maidan gingen, um gegen Korruption, ineffiziente Staatsführung und Armut zu protestieren. Das Recht auf friedliche Proteste, auf demokratische Prozesse und Wahlen existiert ja gerade dazu, um eine Regierung abzuwählen, die den Menschen missfällt. Doch die, welche hinter den letzten Ereignissen standen, verfolgten ganz andere Ziele – sie bereiteten einem Staatsstreich die Wege. Dazu wurden Terror, Mord und Pogrome veranstaltet. Die treibenden Kräfte des Staatsstreichs waren Nationalisten, Neonazis, Russophobe und Antisemiten. Genau sie sind es auch, die bis heute in vielerlei Hinsicht das Leben in der Ukraine bestimmen.
Gleich zu Beginn wird von der sogenannten „Regierung“ über eine skandalöse Gesetzesvorlage einer Änderung der Sprachenpolitik im Lande beraten, durch die Rechte nationaler Minderheiten direkt verletzt würden. Freilich haben die ausländischen Sponsoren dieser heutigen „Politiker“, die Berater der heutigen „Regierung“ die Initiatoren dieser Idee sogleich zurückgepfiffen. Sie sind ja durchaus kluge Leute, das muss man ihnen schon zugestehen, und sie wissen, wozu Versuche führen werden, eine ethnisch reine Ukraine zu schaffen. Die Gesetzesvorlage wurde zurückgestellt, aber ganz offenbar auf Zeit. Von der Existenz dieser Gesetzesvorlage wird jetzt geschwiegen, offenbar kalkuliert man mit dem kurzen Gedächtnis der Menschen. Aber es ist allen vollkommen klar geworden, was genau die heutigen ideellen Erben Banderas – Hitlers Mittäter in der Zeit des Zweiten Weltkriegs – in nächster Zeit unternehmen werden.
Klar ist ebenso, dass es bis heute keine legitime exekutive Macht in der Ukraine gibt, es gibt niemanden, mit dem man verhandeln könnte. Viele staatliche Organe sind von Titelbetrügern usurpiert worden, dabei haben sie keine Kontrolle über irgendetwas im Lande, im Gegenteil – und das will ich betonen – oftmals befinden sie sich unter der Kontrolle von Radikalen. Um zu einem Empfang bei manchem Minister der heutigen Regierung vorgelassen zu werden, benötigt man die Genehmigung bewaffneter Schläger vom Maidan. Das ist kein Scherz, sondern heutige Realität.
Denen, die dem Putsch Widerstand leisteten, wurden Repressionen und Strafexpeditionen angedroht. Und natürlich war die russischsprachige Krim die erste in dieser Reihe. Im Zusammenhang damit haben sich die Bewohner der Krim und Sewastopols an Russland gewandt, mit dem Aufruf, ihre Rechte und ihr Leben zu schützen und das, was im Lande ablief, nicht zuzulassen – was aber bis heute noch in Kiew, in Donezk, in Charkow und anderen Städten in der Ukraine passiert.
Natürlich konnten wir diese Bitte nicht ausschlagen, wir konnten die Krim und ihre Bewohner nicht der Not überlassen, denn das wäre Verrat gewesen.
Vor allem ging es darum, Bedingungen für eine friedliche, freie Meinungsäußerung zu schaffen, damit die Bewohner der Krim ihr Schicksal erstmals in der Geschichte selbst bestimmen konnten. Allerdings was hören wir heute von unseren Kollegen in Westeuropa, in

Nordamerika? Uns wird gesagt, wir würden die geltenden Normen des Völkerrechts verletzen. Erstens, es ist sehr gut, dass sie sich wenigstens daran erinnern, dass es ein Völkerrecht gibt – vielen Dank schon allein dafür; besser spät, als nie.
Und zweitens, das Wichtigste: was ist es denn, was wir angeblich verletzen? Ja, der Präsident der Russischen Föderation bekam vom Oberhaus des Parlaments das Recht, die Streitkräfte in der Ukraine einzusetzen. Doch von diesem Recht wurde streng genommen noch nicht einmal Gebrauch gemacht. Die Streitkräfte Russlands sind nicht auf das Territorium der Krim eingedrungen, sondern sie waren in Entsprechung mit einem internationalen Vertrag bereits dort. Ja, wir haben unsere Gruppierung vor Ort verstärkt, haben dabei aber – und ich möchte das unterstreichen, damit es alle wissen und es hören – die maximal zulässige Mannstärke unserer Truppenpräsenz auf der Krim nicht überschritten; diese sieht 25.000 Mann vor, aber es bestand kein Bedarf an einer solchen Zahl.
Und weiter. Bei der Unabhängigkeitserklärung und der Ausrufung eines Referendums hat der Oberste Rat der Krim sich auf die UN-Charta berufen, in der davon die Rede ist, dass eine Nation über Selbstbestimmungsrecht verfügt. Übrigens hat die Ukraine selbst sich textlich fast identisch darauf berufen, als sie aus der UdSSR ausschied – das sei angemerkt. Die Ukraine nahm dieses Recht für sich in Anspruch, und den Bewohnern der Krim wird es verwehrt. Aus welchem Grund?
Außerdem stützte sich die Regierung der Krim auf den bekannten Präzedenzfall mit Kosovo, ein Präzedenzfall, den unsere westlichen Partner selbst geschaffen haben, quasi mit eigenen Händen, und zwar in einer Lage, die der in der Krim ganz analog ist; man erklärte die Trennung des Kosovo von Serbien für legitim und versuchte die Beweisführung, dass es keines Einverständnisses der Zentralmacht für solche unilateralen Unabhängigkeitserklärungen bedürfe. Der Internationale Gerichtshof der UN hat auf Grundlage von Paragraph 1 Punkt 2 der UN-Charta sein Einverständnis damit erklärt und in seiner Entscheidung am 22. Juli 2010 folgendes erklärt. Ich zitiere wörtlich: „Es besteht kein allgemeines Verbot einseitiger Unabhängigkeitserklärungen, das aus der Praxis des Sicherheitsrates resultieren würde" – und weiter: „Das allgemeine Völkerrecht beinhaltet keinerlei anwendbares Verbot von Unabhängigkeitserklärungen". Wie man so schön sagt, alles glasklar.
Ich mag es nicht besonders, Zitate anzubringen, aber kann doch nicht davon absehen, noch einen Auszug aus einem offiziellen Dokument zu bringen, diesmal ist das ein schriftliches Memorandum der USA vom 17. April 2009, das diesem Internationalen Gerichtshof im Zusammenhang mit der Anhörung zu Kosovo vorgelegt wurde. Wieder Zitat: „Unabhängigkeitserklärungen können, wie das auch häufig passiert, das innere Recht verletzen. Aber das bedeutet nicht, dass dadurch das Völkerrecht verletzt wird". Zitat Ende. Sie haben es selbst geschrieben, der ganzen Welt verkündet, alle zurechtgebogen, und nun regen sie sich auf. Worüber denn? Das, was die Bewohner der Krim tun, passt exakt in diese Instruktion – eine solche ist es ja faktisch. Das, was die Albaner in Kosovo (denen wir mit Achtung begegnen) dürfen, wird den Russen, Ukrainern und Krimtataren auf der Krim verwehrt. Wieder die Frage: Warum?
Von genau den gleichen – von den Vereinigten Staaten und von Europa – hören wir, dass Kosovo angeblich ein Sonderfall gewesen sei. Worin besteht denn das Besondere nach Meinung unserer Kollegen? Es stellt sich heraus, dass es darin besteht, dass es im Verlauf des Kosovokonflikts viele menschliche Opfer gegeben hat. Was ist das denn – ein juristisches Argument? In der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs ist davon überhaupt keine Rede. Wissen Sie, das sind schon nicht einmal mehr doppelte Standards. Das ist ein frappierend primitiver und unverhohlener Zynismus. Es kann doch nicht sein, dass man alles so grob für seine Interessen zurechtbiegt, ein und dieselbe Sache heute „schwarz" und morgen „weiß" nennt. Denn soll daraus etwa folgen, dass man einen jeden Konflikt bis zu menschlichen Opfern vorantreiben muss?
Ich will es direkt sagen: wenn die örtlichen Einheiten der Selbstverteidigung die Lage nicht rechtzeitig unter ihre Kontrolle gebracht hätten, hätte es dort auch Opfer geben können. Und Gott sei Dank ist das nicht passiert! In der Krim ist es zu keinem einzigen bewaffneten Zusammenstoß gekommen, es gab keine menschlichen Opfer. Was denken Sie, weshalb? Die Antwort ist einfach: weil es schwierig oder praktisch unmöglich ist, gegen ein Volk und dessen Willen Krieg zu führen. In diesem Zusammenhang möchte ich den ukrainischen Armeeangehörigen danken – und das sind nicht wenige, insgesamt 22.000 Mann mit voller Bewaffnung. Ich will denjenigen ukrainischen Armeeangehörigen danken, die sich nicht zu einem Blutvergießen haben hinreißen lassen und sich nicht mit Blut befleckt haben.
Verehrte Kollegen! Im Zusammenhang mit der Lage in der Ukraine spiegelt sich all das, was derzeit, aber auch bereits in den vergangenen Jahrzehnten in der Welt passiert. Nach dem Verschwinden der bipolaren Welt ist diese Welt nicht etwa stabiler geworden. Wichtige und internationale Institutionen erstarken nicht, im Gegenteil, häufig ist es so, dass sie an Bedeutung verlieren. Unsere westlichen Partner, allen voran die Vereinigten Staaten, ziehen es vor, in ihrer praktischen Politik nicht vom Völkerrecht, sondern vom Recht des Stärkeren Gebrauch zu machen. Sie glauben an ihre Erwähltheit und Exklusivität, daran, dass sie die Geschicke der Welt lenken dürfen und daran, dass immer nur sie allein Recht haben können. Sie handeln so, wie es ihnen einfällt: mal hier, mal da wenden sie Gewalt gegen souveräne Staaten an, bilden Koalitionen nach dem Prinzip „wer nicht mit uns ist, ist gegen uns". Um ihren Aggressionen das Mäntelchen der Rechtmäßigkeit zu verleihen, erwirken sie entsprechende Resolutionen bei internationalen Organisationen, und wenn das aus irgendeinem Grunde nicht gelingt, dann ignorieren sie sowohl den UN-Sicherheitsrat, als auch die UNO als Ganzes.
So war es in Jugoslawien – daran können wir uns gut erinnern – im Jahr 1999. Es war kaum zu glauben, ich traute meinen Augen nicht, doch am Ende des 20. Jahrhunderts wurde eine der europäischen Hauptstädte, Belgrad, von Raketen- und Bombenangriffen erschüttert, wonach eine wirkliche Intervention folgte. Was, gab es denn damals zu dieser Frage eine Resolution des UN-Sicherheitsrats, die ein solches Vorgehen gestatten würde? Nichts dergleichen. Danach folgten Afghanistan, Irak, und unverhohlene Verletzungen der UNSC-Resolution zu Libyen, als man anstelle der Errichtung einer sogenannten Flugverbotszone mit Bombardements begann.
Es gab auch eine ganze Serie an gesteuerten „farbigen" Revolutionen. Es ist klar, dass die Menschen in den Ländern, in denen sie passierten, müde waren von der Tyrannei, von der Armut, von der Perspektivlosigkeit, doch diese Gefühle wurden zynisch ausgenutzt. Diesen Ländern wurden Standards aufgezwungen, die in keinerlei Weise den Lebensweisen, den Traditionen oder der Kultur dieser Völker entsprachen. Im Endeffekt herrscht anstelle von Demokratie und Freiheit das Chaos, Gewalt und eine Abfolge an Staatsstreichen. Der „Arabische Frühling" wurde zum „Arabischen Winter".
Ein ähnliches Szenario kam in der Ukraine zur Anwendung. Im Jahr 2004 erfand man eine von der Verfassung nicht vorgesehene dritte Runde bei den Präsidentschaftswahlen, um den genehmen Kandidaten damit durchzubringen. Das ist ein Absurdum und ein Hohn gegenüber der Verfassung. Jetzt wurde eine vorab ausgebildete, gut ausgerüstete Armee aus bewaffneten Radikalen in das Szenario eingebracht.
Wir verstehen sehr gut, was hier abläuft, wir wissen, dass diese Aktionen sowohl gegen die Ukraine, als auch gegen Russland gerichtet waren, ebenso auch gegen eine Integration im eurasischen Raum. Und das während einer Zeit, in der Russland aufrichtig um Dialog mit unseren Kollegen im Westen bemüht war. Wir schlagen ständig Kooperation in Schlüsselfragen vor, wir wollen das gegenseitige Vertrauen fördern, wir wünschen, dass unsere Beziehungen auf Augenhöhe stattfinden, dass sie offen und ehrlich seien. Aber wir sehen keinerlei Entgegenkommen.

Im Gegenteil, wir wurden Mal ums Mal betrogen, es wurden Entscheidungen hinter unserem Rücken getroffen, man stellte uns vor vollendete Tatsachen. So war es mit der NATO-Osterweiterung, mit der Installation von militärischer Infrastruktur an unseren Grenzen. Uns wurde immer ein und dasselbe erzählt: „Na, das geht euch nichts an." Es ist leicht gesagt, es gehe uns nichts an.
So war es auch mit der Entfaltung der Raketenabwehrsysteme. Ungeachtet all unserer Befürchtungen bewegt sich die Maschinerie vorwärts. So war es auch mit dem endlosen In-die-Länge-Ziehen der Verhandlungen zu Fragen der Visafreiheit, mit den Versprechen eines ehrlichen Wettbewerbs und eines freien Zugangs zu den globalen Märkten.
Heute droht man uns mit Sanktionen, aber wir leben ohnehin schon unter einer Reihe an Einschränkungen, die für uns, unsere Wirtschaft und unser Land insgesamt sehr bedeutend sind. Beispielsweise haben die USA, danach auch andere Länder es noch im Kalten Krieg verboten, bestimmte Technologien und Ausrüstung an die UdSSR zu verkaufen, es gab dazu die sogenannten CoCom-Listen. Diese sind heute formal annulliert, aber nur formal, denn faktisch gelten viele Verbote auch weiterhin.
Kurz, wir haben allen Grund zu der Annahme, dass die sprichwörtliche Eindämmungspolitik gegen Russland, die sowohl im 18., im 19. und im 20. Jahrhundert betrieben wurde, auch heute noch fortgeführt wird. Man versucht ständig, uns in irgendeine Ecke zu drängen, und zwar dafür, dass wir eine unabhängige Position vertreten, dafür, dass wir diese verteidigen, und dafür, dass wir die Dinge beim Namen nennen und nicht heucheln. Im Falle der Ukraine haben unsere westlichen Partner eine Grenze überschritten, handelten grob, verantwortungslos und unprofessionell.
Sie waren doch ausgezeichnet im Bilde darüber, dass sowohl in der Ukraine, als auch auf der Krim Millionen russischer Menschen leben. Wie sehr muss man denn politisches Feingefühl und Augenmaß eingebüßt haben, um die Folgen seiner Handlungen nicht vorauszusehen? Russland ist an eine Grenze gelangt, hinter die es nicht mehr zurück konnte. Wenn man eine Feder bis zum Anschlag zusammendrückt, wird sie sich irgendwann einmal mit Gewalt ausspannen. Dessen sollte man immer gewahr sein.
Heute ist es notwendig, die Hysterie abzustellen, die Rhetorik aus Zeiten des Kalten Kriegs zu beenden und eine offensichtliche Sache anzuerkennen: Russland ist ein selbständiger, aktiver Faktor der internationalen Gemeinschaft, es hat, wie andere Länder auch, nationale Interessen, die man berücksichtigen und achten muss.
Dabei sind wir all denen dankbar, die unseren Schritten zur Lage auf der Krim mit Verständnis begegnet sind; wir sind dem chinesischen Volk dankbar, dessen Führung die Lage um die Ukraine und die Krim in der Fülle der historischen und politischen Komplexität betrachtete und auch weiterhin betrachtet; wir schätzen die Zurückhaltung und die Objektivität Indiens hoch.
Heute möchte ich mich ebenso auch an das Volk der Vereinigten Staaten von Amerika wenden, an die Menschen, die seit den Zeiten der Gründung dieses Staates, der Annahme der Unabhängigkeitserklärung stolz darauf sind, dass die Freiheit ihr höchstes Gut ist. Ist denn das Streben der Menschen auf der Krim nach freier Wahl ihres Schicksals nicht ebensolch ein Gut? Verstehen Sie uns.
Ich denke, auch die Europäer werden Verständnis haben, vor allem die Deutschen. Ich möchte daran erinnern, dass im Verlauf der politischen Konsultationen zur Vereinigung der BRD und der DDR auf, gelinde gesagt, Expertenebene, bei weitem nicht alle Vertreter der Länder, die Verbündete Deutschlands waren und sind, die Idee der Wiedervereinigung befürwortet haben. Unser Land hat, ganz im Gegenteil, das aufrichtige und unaufhaltsame Streben der Deutschen nach nationaler Einheit eindeutig unterstützt. Ich bin mir sicher, dass Sie das nicht vergessen haben, und rechne damit, dass die Menschen in Deutschland ebenso auch das Bestreben der russischen Welt, des historischen Russland nach Wiedererrichtung der Einheit unterstützen.
Ich wende mich ebenso an das Volk der Ukraine. Ich wünsche aufrichtig, dass ihr uns versteht: wir wollen euch auf keine Weise schaden oder eure nationalen Gefühle verletzen. Wir haben die territoriale Integrität des ukrainischen Staates immer geachtet, im Gegensatz übrigens zu denen, die die Einheit der Ukraine ihren politischen Ambitionen opfern. Sie prunken mit Losungen über eine Groß-Ukraine, doch genau diese sind es, die alles dafür tun, das Land zu spalten. Der heutige gesellschaftliche Konflikt lastet vollständig auf deren Gewissen. Ich möchte, dass ihr mich anhört, liebe Freunde. Glaubt denen nicht, die euch mit Russland schrecken wollen, die davon schreien, dass der Krim weitere Regionen folgen werden. Wir wünschen keine Spaltung der Ukraine, das ist nicht das, was wir brauchen. Was die Krim anbetrifft, so ist und bleibt sie russisch, ukrainisch und krimtatarisch.
Ich wiederhole es – sie wird, wie es seit Jahrhunderten gewesen ist, eine Heimat für Vertreter aller dort lebenden Völker bleiben. Aber sie wird nie eine Heimat für Bandera-Anhänger sein!
Die Krim ist unser gemeinsames Erbe und ein höchst wichtiger Stabilitätsfaktor in der Region. Dieses strategisch bedeutsame Territorium muss sich unter einer starken, stabilen Souveränität befinden, die zum heutigen Tag de facto nur Russland bieten kann. Sonst, liebe Freunde – und damit wende ich mich sowohl an die Ukraine, als auch an Russland – können wir die Krim insgesamt verlieren, und zwar in durchaus nicht langer Zeit. Bitte bedenken Sie diese Worte.
Ich möchte ebenso daran erinnern, dass es in Kiew bereits schon Erklärungen über einen Beitritt der Ukraine zur NATO gegeben hat. Was würde diese Perspektive für die Krim und Sewastopol bedeuten? Es würde bedeuten, das in einer Stadt der russischen militärischen Ehre die NATO-Flagge weht, dass es eine Bedrohung für den gesamten Süden Russlands gäbe – keine vorübergehende, sondern eine ganz konkrete. Alles, was hätte passieren können, ist eben das, was hätte passieren können, gäbe es die Wahl der Bewohner der Krim nicht. Dafür sei ihnen großer Dank.
Übrigens sind wir nicht gegen eine Zusammenarbeit mit der NATO, ganz und gar nicht. Wir sind dagegen, dass eine Militärallianz – und die NATO ist und bleibt bei allen internen Prozessen immer noch eine Militärallianz – vor unserem Zaun, an unserem Haus und auf unseren historischen Territorien das Sagen hätte. Wisst ihr, ich kann es mir einfach nicht vorstellen, dass wir nach Sewastopol zu Besuch bei NATO-Seeleuten fahren. Sie sind übrigens überwiegend ganz wunderbare Jungs, aber sollen sie lieber nach Sewastopol zu uns zu Besuch kommen, als wir zu ihnen.
Ich will es direkt sagen: es tut uns in der Seele weh, was gerade in der Ukraine passiert, dass Menschen leiden, dass sie nicht wissen, wie sie heute leben sollen und was morgen wird. Unsere Besorgnis ist verständlich, wir sind ja nicht einfach nur gute Bekannte, sondern wir sind faktisch, und das habe ich schon mehrfach betont, ein Volk. Kiew ist die Mutter der russischen Städte. Die alte Rus ist unser gemeinsamer Ursprung, und wir können nicht ohne einander, egal, was passiert.
Noch eines will ich sagen. In der Ukraine leben und werden weiterhin Millionen russischer Menschen, russischsprachiger Bürger leben, und Russland wird ihre Interessen auch weiterhin politisch, diplomatisch und juristisch schützen. Allerdings muss die Ukraine in erster Linie selbst daran interessiert sein, die Interessen dieser Menschen zu garantieren. Darin besteht ein Unterpfand für die Stabilität des ukrainischen Staates und der territorialen Integrität des Landes.
Wir wollen Freundschaft mit der Ukraine, wir wollen, dass sie ein starker, souveräner und sich selbst genügender Staat ist. Für uns ist die Ukraine ja einer der wichtigsten Partner, es gibt unzählige gemeinsame Projekte, und ungeachtet aller Dinge glaube ich an ihren Erfolg. Und das wichtigste: wir wollen, dass Frieden und Einvernehmen auf ukrainischem Boden einkehren, und gemeinsam mit anderen Ländern

wollen wir darin umfassende Unterstützung leisten. Doch ich wiederhole es: nur die Bürger der Ukraine selbst sind dazu in der Lage, im eigenen Haus für Ordnung zu sorgen.
Die Entschiedenheit der außenpolitischen Position Russlands beruhte auf dem Willen von Millionen von Menschen, auf einem gesamtnationalen Konsens, auf der Unterstützung der führenden politischen und gesellschaftlichen Kräfte. Ich möchte allen für diese patriotische Einstellung Dank sagen. Allen ohne Ausnahme. Doch für uns ist es jetzt wichtig, diese Konsolidierung auch weiterhin zu bewahren, um die Aufgaben anzugehen, die vor Russland stehen.
Wir werden es mit Sicherheit auch mit äußeren Gegenmanövern zu tun bekommen, doch wir müssen für uns selbst entscheiden, ob wir dazu bereit sind, unsere nationalen Interessen konsequent zu verteidigen, oder ob wir sie mehr und mehr aufgeben und uns wer weiß wohin zurückziehen. Manche westlichen Politiker schrecken uns bereits nicht nur mit Sanktionen, sondern auch mit der Perspektive einer Verschärfung der inneren Probleme. Es wäre interessant zu erfahren, was sie damit meinen: Aktivitäten einer gewissen „Fünften Kolonne" – also verschiedener „Vaterlandsverräter" – oder rechnen sie damit, dass sie die soziale und wirtschaftliche Lage Russlands verschlechtern können und damit eine Unzufriedenheit der Menschen hervorrufen? Wir betrachten solche Verlautbarungen als unverantwortlich und offen aggressiv, und werden entsprechend darauf reagieren. Dabei werden wir selbst niemals nach einer Konfrontation mit unseren Partnern – weder in Ost, noch in West – streben; ganz im Gegenteil, wir werden alles Notwendige unternehmen, um zivilisierte, gutnachbarliche Beziehungen aufzubauen, so, wie es sich in der heutigen Welt gehört.
Verehrte Kollegen!
Ich verstehe die Bewohner der Krim, die die Frage beim Referendum maximal direkt und klar formuliert haben: ob die Krim mit der Urkaine, oder mit Russland sein soll. Man kann mit Sicherheit sagen, dass die Führung der Krim und der Stadt Sewastopol und die Abgeordneten der gesetzgebenden Organe bei der Formulierung der Frage des Referendums jegliche Gruppen- und Parteieninteressen beiseitelegten und sich einzig von den wirklichen Interessen der Menschen haben leiten lassen. Eine jede beliebige andere Variante einer Volksabstimmung, wie verlockend sie auch auf den ersten Blick erschiene, wäre aufgrund historischer, demographischer, politischer und wirtschaftlicher Besonderheiten dieses Gebiets von nur zeitweiligem und unfestem Charakter; das würde zu einer weiteren Verschärfung der Lage um die Krim führen und sich auf denkbar schlechte Weise auf dem Leben der Menschen niederschlagen. Die Bewohner der Krim formulierten die Frage hart, kompromisslos und ohne jegliche Nuancen. Das Referendum verlief offen und ehrlich, und die Menschen auf der Krim haben klar und überzeugend ihren Willen bekundet: sie wollen mit Russland sein.
Auch Russland steht es bevor, eine schwierige Entscheidung zu treffen, unter Berücksichtigung der Gesamtheit an inneren und äußeren Faktoren. Wie ist jetzt die Meinung der Menschen in Russland? Hier gibt es, wie in jeder demokratischen Gesellschaft, verschiedene Standpunkte, doch die Position der absoluten – und das möchte ich unterstreichen – der absoluten Mehrheit der Bürger ist ebenso offensichtlich.
Sie kennen die jüngsten soziologischen Umfragen, die man in Russland dieser Tage durchgeführt hat: ungefähr 95 Prozent der Bürger sind der Meinung, dass Russland die Interessen von Russen und anderen Nationalitäten auf der Krim verteidigen sollte. 95 Prozent. Und mehr als 83 Prozent gehen davon aus, dass Russland das tun muss, selbst wenn eine solche Position unsere Beziehungen zu manchen Staaten verschlechtert. 86 Prozent der Bürger unseres Landes sind der Meinung, dass die Krim nach wie vor russisches Territorium, russische Erde sei. Und hier eine sehr wichtige Zahl, sie korreliert absolut mit dem Ergebnis des Krim-Referendums – fast 92 Prozent sind für eine Wiedervereinigung der Krim mit Russland.
Auf diese Weise ist sowohl die überwiegende Mehrheit der Bewohner der Krim, als auch die absolute Mehrheit der Bürger der Russischen Föderation für eine Wiedervereinigung der Republik Krim und der Stadt Sewastopol mit der Russischen Föderation.
Jetzt ist es an einer politischen Entscheidung in Russland selbst. Und diese kann sich einzig auf dem Willen des Volkes gründen, denn das Volk ist die Quelle einer jeden Macht.
Sehr geehrte Mitglieder des Föderationsrats! Verehrte Abgeordnete der Staatsduma! Bürger Russlands, Einwohner der Krim und Sewastopols! Auf Grundlage der Ergebnisse des Referendums, das auf der Krim stattgefunden hat, auf Grundlage der Willensbekundung des Volkes, bringe ich ein Verfassungsgesetz über die Aufnahme zweier neuer Subjekte – der Republik Krim und der Stadt Sewastopol – in den Bestand der Russischen Föderation im Föderationsrat ein; ich bitte ebenso darum, den zur Unterschrift vorbereiteten Vertrag über den Beitritt der Republik Krim und der Stadt Sewastopol zur Russischen Föderation zu ratifizieren. Ich zweifle nicht an Ihrer Unterstützung!

Dank an Martin Zeis!

Guten Tag zusammen,
die Regierungserklärung Putins wird hier in voller Länge einkopiert. Teilweise waren die Übersetzungs-Quelle und die angegebene Sekundärquelle überlastet. Früher hätte man den Text auf der Dokumentations-Seite der Frankfurter Rundschau finden können; sie war für Zehntausende eine wichtige Informationsquelle für den zeitgeschichtlichen Unterricht ... Im Zuge verschiedener Übernahmen der Zeitung und redaktioneller Kürzungen fiel diese wichtige dokumentierende Informationsquelle dem politischen Rotstift zum Opfer ...
Grüße, Martin Zeis

Originalquelle: http://kremlin.ru/news/20603

Übersetzung ins Deutsche von: www.chartophylakeion.de/blog/author/apxwn

Sekundärquelle: www.russland.ru/praesident-putins-regierungserklaerung-zur-ukraine-und-der-krim